

Rosa-Luxemburg-Stiftung
und
Frauenforum Ökonomie & Arbeit
Arbeit und soziale Gerechtigkeit
aus feministischer Sicht

Berlin, September 2000

Manuskripte 6/2000

Rosa-Luxemburg-Stiftung
und
Frauenforum Ökonomie & Arbeit
Arbeit und soziale Gerechtigkeit aus feministischer Sicht
Workshop 8.-10. September 2000 in Berlin
(hrsg. und lektoriert von Petra Müller)

ISBN 3-320-02961-4

Inhalt

Vorbemerkung	1
Trends	
<i>Petra Bläss</i>	
Gleichheit und Gerechtigkeit als Wettbewerbsfaktoren: Abschied von der Frauenfrage?	2
<i>Teresa Orozco</i>	
Internationale Gerechtigkeit und Geschlecht – Zur aktuellen Globalisierungsdebatte	7
Gerechtigkeit	
<i>Hanna Behrend</i>	
Gerechtigkeit – ein politischer Begriff	16
<i>Brigitte Bleibaum</i>	
Soziale Gerechtigkeit im Kontext sozialer Utopien	23
Arbeit	
<i>Gisela Notz</i>	
Erweiterter Arbeitsbegriff aus feministischer Sicht und seine Konsequenzen – Zum Sozialabbau und zur Aufwertung unbezahlter Frauenarbeit	33
<i>Carola Möller</i>	
Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette	43
<i>Anneliese Braun</i>	
Gleichheitsforderungen im Diskurs zur „Zukunft der Arbeit“ und ihre frauenpolitische Relevanz	52
<i>Petra Drauschke</i>	
Existenzsicherheit, Zeit und Muße – zu viel verlangt? Sichten alleinerziehender Frauen	61
Pointe	
<i>Mira Renka</i>	
Ergebnisse einer unwissenschaftlichen, unrepräsentativen, multikulturellen Umfrage zur Bedeutung von „Arbeit“ und zum Thema „Gerechtigkeit“	68
Autorinnen	80
Frauenforum Ökonomie & Arbeit	81

Vorbemerkung

„Wir alle wissen, was ‚arbeiten‘ bedeutet, wir alle wissen, was ‚gerecht‘ ist – oder etwa nicht? ‚Arbeit‘ ist ein zentraler Begriff in der Ökonomie, der je nach der jeweiligen theoretischen bzw. politischen Ausrichtung sehr unterschiedlich definiert wird. Dies gilt ebenso für den Begriff ‚Gerechtigkeit‘, der sehr häufig schlagwortmäßig, unhinterfragt, mit unterschiedlichsten Vorstellungen und Inhalten besetzt, verwandt und v.a. überaus moralisch und suggestiv eingesetzt wird. ...‘ Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen‘. In diesem Satz werden beide Begrifflichkeiten unheilvoll und populistisch vereint. Neues Testament, Neoliberalismus und ‚Neue Mitte‘ finden sich hier neuzeitlich/modernistisch zum gemeinsamen ‚Event‘ zusammen.“ – Ein Auszug aus der Ankündigung zum Seminar „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, das vom 8. bis 10. September 2000 in Berlin stattfand.

Es war eine Kooperation der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) mit dem Frauenforum Ökonomie & Arbeit.

Die Kooperation entstand aus der Idee heraus, einen feministischen Input für die internationale Tagung der RLS „Gerechtigkeit oder Barbarei“ am 5./6. Oktober 2000 zu liefern. Die schriftlichen Ergebnisse dieser Idee finden sich in diesem Reader.

Selbstverständlich haben wir nur einige Aspekte betrachtet, schließlich handelt es sich ja um ein „weites Feld“. Wir meinen aber, hiermit einiges zur Zeitdiagnose, zu begrifflichen Klärungen und zu zukünftigem Handlungsbedarf beizutragen.

In den Artikeln beschäftigen sich unter **Trends** Petra Bläss und Teresa Orozco v.a. mit Politik, Gerechtigkeit und sog. neuer Ökonomie aus hiesiger Sicht und aus der der sog. „Dritten Welt“.

Das Stichwort **Gerechtigkeit** wird von Hanna Behrend in Hinblick auf seine politische Dimension und von Brigitte Bleibaum aus historischer Sicht aufgegriffen.

Unter **Arbeit** bieten Gisela Notz einen Überblick über unterschiedliche Arbeitsbegriffe, Carola Möller Thesen zu den sich verändernden Arbeits- und Produktionsbedingungen, Anneliese Braun einen Diskussionsbeitrag zur Verbindung von Gleichheitsforderungen mit Überlegungen zur Zukunft der Arbeit und Petra Drauschke Forschungsergebnisse zum Thema „alleinerziehend“.

Zu guter letzt **pointiert** Mira Renka unsere „klugen Reden“ mit „Volkesstimme“ und ihr abschließendes Gedicht bietet Anlaß, noch einmal über alles nachzudenken.

Wie immer steht am Ende die Liste der Autorinnen, doch diesmal gibt es danach noch eine kurze Beschreibung des Frauenforums Ökonomie & Arbeit, die nicht ungelesen bleiben sollte. Bevor ich hiermit an die Referentinnen übergebe, möchte ich mich bei der RLS, v.a. bei Silke Veth, für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Petra Müller im September 2000

Petra Bläss

Gleichheit und Gerechtigkeit als Wettbewerbsfaktoren – Abschied von der Frauenfrage?

Das Thema unserer Tagung ist: Arbeit und soziale Gerechtigkeit aus feministischer Sicht.

Wir werden noch Beiträge hören, die sich den Begriffen theoretisch und aus historischer Sicht sowie aus internationaler Perspektive nähern.

Ich möchte eine Annäherung aus der Perspektive der praktischen Politik versuchen und mich damit beschäftigen, welche Veränderungen bezogen auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit wir in der Politik erleben und welche Konsequenzen das möglicherweise für unsere eigenen feministischen Politikansätze hat.

Zur Bundestagswahl 1998 haben SPD und Grüne einen Politikwechsel versprochen. Dabei hat der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ eine zentrale Rolle gespielt.

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wünschte ganz offenbar eine Politik, die sich dem Leitmotiv der sozialen Gerechtigkeit verschrieb. Das hatten auch die anderen Parteien begriffen, denn selbst die Parteien, die sich wenig um die Probleme sozialer Gerechtigkeit kümmern, wie etwa die FDP, haben damals versucht, mit dem Begriff für sich zu werben.

Zunächst sah es ja so aus, als wollte die neue Regierung auf diesem Gebiet tatsächlich etwas bewegen. Eine Reihe von Gesetzen der alten Regierung wie Rentenkürzungen und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat sie unverzüglich zurückgenommen.

Inzwischen wissen wir aber, dass es den angekündigten Politikwechsel nicht geben wird. Die rot-grüne Bundesregierung setzt jedoch auch nicht einfach die Politik ihrer Vorgängerin fort. Vielmehr erleben wir, wie sie nach und nach politische Paradigmen verschiebt.

Denn zumindest die Sozialdemokratie steckt in einem Dilemma: Die sogenannten Modernisiererinnen und Modernisierer wollen sich einerseits relativ hemmungslos neoliberalen Ideen verschreiben, können aber andererseits die Bindung an die alten sozialdemokratischen Milieus nicht aufs Spiel setzen.

Wie sie das Dilemma auflösen wollen, können wir im Schröder-Blair-Papier vom Juni letzten Jahres nachlesen. Dort schreiben die beiden Regierungschefs, dass sie „die Werte Fairneß, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung nie preisgeben“ werden.

Sie laden sie aber mit neuen Inhalten auf.

Sie behaupten, soziale Gerechtigkeit würde häufig mit Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Das führe zu Konformität und Mittelmäßigkeit. Sie fordern, in einer modernen Gesellschaft habe nicht nur der oder die Einzelne einen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit gegenüber der Gesellschaft, sondern auch die Gesellschaft gegenüber den Einzelnen. Von diesem Verständnis ist es nur ein kurzer Schritt zum unbedingten Leistungsprinzip, zu Arbeitsverpflichtungen und Sozialkürzungen.

Wer diesem Leistungsprinzip nicht gerecht wird, dem bleibt ein soziales Netz auf tiefstem Niveau.

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Gleichheit“. Im demokratisch-staatstheoretischen Sinne zielt er darauf ab, formale Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz zu verankern – im Sinne des Grundgesetzes.

Nach feministisch-sozialistischem Verständnis reicht der Begriff weiter, nämlich den Mitgliedern einer Gesellschaft möglichst gleiche Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben und Gleichberechtigung zu garantieren.

Bei der SPD der „neuen Mitte“ steht „Gleichheit“ als Wert, als soziale Norm gar nicht mehr zur Debatte. Im Gegenteil: Bundeswirtschaftsminister Werner Müller meint explizit, eine Gesellschaft lebe dynamischer, wenn es Ungleichheiten gebe. Sonst erlahme jeder Wille, seine Zukunft selbst zu gestalten.

Den Menschen brennen heute die gleichen Themen wie vor zwei Jahren auf den Nägeln. Massenarbeitslosigkeit, die Zukunft der Rente und soziale Ausgrenzung sind nicht aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden und haben auch in der politischen Auseinandersetzung weiter einen hohen Stellenwert.

Verändert wurden aber die Deutungsmuster der Problemlagen und die kritischen Positionen zum neoliberalen Wirtschaftskonzept. So wird zum Beispiel die fortschreitende Deregulierung des Arbeitsmarktes von vielen nicht mehr als Angriff auf den Sozialstaat gesehen, sondern als alternativlos in der Beschäftigungspolitik.

Nach zwei Jahren Rot-Grün müssen wir feststellen, dass die Zustimmung zum neoliberalen Konzept in der Bevölkerung zunimmt.

Auch wenn das natürlich nicht ungebrochen abläuft, werden immer mehr Politikfelder ökonomisiert. Das betrifft auch die Frauenpolitik.

Ein Beispiel: In der Antwort der Bundesregierung an die Vereinten Nationen zur Umsetzung der Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking ist zu lesen: „Ziel ist es, einen Paradigmenwechsel in der Frauenpolitik einzuleiten und Chancengleichheit als Leistungs- und Wettbewerbsfaktor zu etablieren“. Chancengleichheit wird ökonomisiert und marktwirtschaftlichen Mechanismen unterworfen.

Das können wir z.B. in der Auseinandersetzung um die Gleichstellung in der Privatwirtschaft beobachten:

Die Bundesregierung will die Wirtschaft, die Unternehmen dezidiert nicht zwingen, Frauen im Beruf durchgängig gleichzustellen. Sie will vielmehr die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass die Unternehmen erkennen, dass sie aus aktiver Frauenförderung „einen beträchtlichen unternehmerischen Nutzen ziehen, und zwar sowohl aus den Qualifikationen, die Frauen mitbringen, als auch für ihr Image und ihre Produkte“. So steht es im Aktionsprogramm „Frau und Beruf“.

In der Konsequenz bedeutet dieses Herangehen, dass Politik allenfalls Anregungen gibt und sich ansonsten zurückziehen kann.

Denn sie erwartet, dass Unternehmer oder Unternehmerinnen ökonomisch rational handeln und deswegen Frauen nicht diskriminieren.

Nun wissen wir alle, dass die Diskriminierung von Frauen wenig mit rationalem Denken und Handeln zu tun hat. Die Erkenntnis, dass Frauendiskriminierung ökonomisch schädlich sein

kann, ist auch nicht neu und hat bislang an der Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt nichts geändert.

Auch in der Frauenpolitik findet also eine Verschiebung der Begrifflichkeiten statt: Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht mehr in erster Linie Verfassungsauftrag und emanzipatorisches und bürgerrechtliches Ziel, sondern sie wird im Wettbewerb ausgehandelt.

Selbst die politischen Rahmenbedingungen dafür bestimmt nicht die Politik allein. Schon bei der Rechtssetzung bindet Rot-Grün die Unternehmen in sogenannte Konsensrunden mit Gewerkschaften und Teilen von außerparlamentarischen Lobbyverbänden ein. Die Leitlinien der Bundesregierung zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft entwickeln eine ExpertInnenkommission und diverse Diskussionsforen.

Auf anderen Politikfeldern fällt noch mehr auf, dass die Regierung politische Aushandlungsprozesse aus dem Parlament und aus der Öffentlichkeit in Konsensrunden verlagert, zum Teil auch unter Einbeziehung der parlamentarischen Opposition, zumindest von Union und FDP. Beispiele: das Bündnis für Arbeit, die Rentengespräche, die Einwanderungskommission.

Parlament und Öffentlichkeit haben kaum Möglichkeiten, die hinter verschlossenen Türen tagenden Konsensgespräche zu verfolgen, geschweige denn zu kontrollieren und zu beeinflussen. Dennoch gelingt es der Regierung, diese Konsensrunden positiv zu besetzen. Denn sie vermittelt einer breiten Öffentlichkeit, dass sie Reformen voranbringt, die im Zeichen der Globalisierung vermeintlich unabdingbar sind, die deshalb dem Land und damit letztlich auch den Menschen nützen.

Dass diese Konsensrunden eine relativ hohe Wertschätzung genießen, mag auch damit zusammen hängen, dass politischer Streit in der Bevölkerung überwiegend nicht als produktiv, sondern als Hemmschuh aufgefasst wird.

Und: Die Regierung stellt mit diesen Konsensrunden dar, dass sie sich nicht zum Büttel des Neoliberalismus machen lässt, sondern dass sie den Anspruch hat, das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept politisch zu gestalten.

Damit verengt sie die Spielräume für außerparlamentarische Gruppen und Bewegungen. Widerstand wird immer schwerer.

Man sieht das daran, dass beispielsweise die Gewerkschaften erhebliche Schwierigkeiten haben, Kampagnen gegen Sozialkürzungen zu starten.

Ich habe meinem Beitrag den Titel gegeben: Gleichheit und Gerechtigkeit als Wettbewerbsfaktoren – Abschied von der Frauenfrage?

Ich wollte damit die Frage aufwerfen, ob die Einbindung von Frauenpolitik in das neoliberal-sozialdemokratische Modell die Frauenfrage verschwinden lässt.

Die Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Denn wenn Politik auf neuen Wegen gemacht wird und sich Begriffe verschieben, entstehen natürlich auch neue Freiräume.

Ein Beispiel dafür ist die Veränderung des Erziehungsurlaubes. Aus feministischer Sicht sicher kein Meilenstein. Allerdings wäre vor zwei Jahren undenkbar gewesen, dass

Erziehungszeiten mit einem Rechtsanspruch auf Teilzeit bis zu 30 Wochenstunden verknüpft werden.

Das Gesetz wurde ohne große Aufregung verabschiedet.

Fakt ist: zumindest in den Parteien hat die Frauenfrage nur einen relativ geringen Stellenwert. Das ist auch in der PDS nicht anders.

In der Bevölkerung dagegen ist die Sensibilität erstaunlich groß. Nach einer Untersuchung des Allensbach-Institutes halten nur 30 Prozent der Bevölkerung die Gleichstellung von Männern und Frauen verwirklicht. Sie sind damit wesentlich aufgeschlossener als ihr Bundeskanzler, der diese Frage bekanntlich als „Frauengedöns“ abzutun pflegt.

Fast 80 Prozent der Frauen fordern weitere Maßnahmen, um die Gleichberechtigung voranzubringen. Auch die Zustimmung zu solch befeindeten Begriffen wie „Feminismus“, ist erstaunlich. Immerhin 52 Prozent der 16- bis 29jährigen Frauen reagieren darauf spontan positiv. Den Begriff Emanzipation finden in der gleichen Altersgruppe 70 Prozent positiv.

Die Frauenfrage ist in der Bevölkerung – erstaunlicherweise gerade bei jungen Leuten – hoch aktuell. Die meisten sehen von sich aus allerdings nicht die Parteien als Trägerinnen von Fraueninteressen, wohl aber einzelne Politikerinnen.

Dass der Frauenfrage eine höchst eigene Bedeutung beigemessen wird und frauenpolitische Aktivitäten breit unterstützt werden, ist für unsere Arbeit – ob als Frauenpolitikerin im Parlament oder als Aktivistinnen an der Basis – sehr ermutigend. Denn es zeigt, dass vielleicht bei den Unternehmen die Parole „Gleichstellung als Wettbewerbsfaktor“ ankommt, bei den allermeisten Frauen tut sie das derzeit jedenfalls nicht.

Ich denke, dass sich die Frauenfrage aber dennoch neu stellt und dass vor allen Dingen wir selber sie uns neu stellen müssen.

Denn selbst wenn das Schrödersche „Wettbewerbsgedöns“ bei der Frauenpolitik noch nicht sehr erfolgreich ist, sorgen der wirtschaftliche Wettbewerb und der gnadenlose Konkurrenzdruck für riesige Differenzen unter den Frauen.

Wenn wir uns selbst heute die Frage stellen, wie wir soziale Gerechtigkeit definieren wollen, stoßen wir auf große Unterschiede und Ungerechtigkeiten unter den Frauen, die sich weiter verschärfen.

Wir müssen davon ausgehen, dass mehrere hunderttausend eingewanderte Frauen hier in Privathaushalten beschäftigt sind, häufig rechtlos und sehr schlecht bezahlt.

Von diesen Dienstfrauen profitieren andere Frauen, die sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie häufig nur erlauben können, wenn sie jemanden für Hausarbeit und Kinderbetreuung bezahlen.

Hier wird ein Dilemma gelöst, indem eine neue Form der Ausbeutung entsteht.

Es gibt die Unterschiede längst: die Frauen mit Spitzengehältern und solche, die für vier Mark in der Stunde arbeiten müssen. Die Polin mit Hochschulabschluß putzt zum Minilohn für die deutsche Angestellte. Die eine kann sich ihre Lebenswünsche ganz konkret auf Kosten der anderen verwirklichen.

Was bedeutet vor diesem Hintergrund soziale Gerechtigkeit? Für wen?

Die Emanzipation der Frauen hat in dieser Hinsicht wirklich ihre Unschuld verloren.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe, diese neuen Formen sozialer Ungleichheit öffentlich zu machen, in die Politik zu tragen und die Widersprüche auszutragen.

Denn sonst heißt das, zu akzeptieren, dass Ungleichheit im Wettbewerb erreicht wird – mit Frauen als Verliererinnen und Frauen als Gewinnerinnen.

Teresa Orozco

Internationale Gerechtigkeit und Geschlecht Zur aktuellen Globalisierungsdebatte¹

Konzepte des Internationalismus, der sich als plurale Bewegung weltweiter Solidarität für die Durchsetzung von politischen und sozialen Gerechtigkeits-Standards verstanden hat, haben ihre Stütze in einer sozialistischen Perspektive verloren. Das Scheitern der internationalistischen Utopie kann jedoch nicht nur durch mangelnde Solidarität der internationalen ArbeiterInnenbewegung angesehen oder fremdverschuldet bzw. durch rein kapitalistische Interessen erklärt werden. Der französische Philosoph Etienne Balibar analysiert dieses Scheitern des Internationalismus im eigenen Land und macht dies am Beispiel der nationalistischen Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich deutlich. Diese hatte nach dem Krieg eine separatistische Politik verfolgt und die Solidarität mit den MigrantInnen vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik direkt und indirekt verhindert.² Das, was heute in der konservativen Sprache unter „mangelnder Integrationspolitik“ von Arbeitsmigranten auch in der BRD diskutiert wird, hat eine lange Ausgrenzungsgeschichte hinter sich, die die Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung begleitet; trotz emphatischer rhetorischer Bekundungen gegenteiliger Absichten.³

Eine zweite, wie mir scheint, wichtige Kritik an den alten Formen des Internationalismus, haben die italienische Feministin Rossana Rossanda und Pietro Ingrao formuliert. In der Diskussion der europäischen Linken in Bezug auf Lebensstandards bzw. Lebensqualität und Wohlstand machten Rossanda/Ingrao auf einen blinden Fleck aufmerksam, nämlich auf die fehlende Diskussion über die sozialen Kosten für die sogenannte „Zweite“ und „Dritte Welt“, die mit der Hebung der Lebensstandards in den industrialisierten Ländern in der Nachkriegsgeschichte zusammenhängen. Die Klassenkompromisse in den entwickelten Länder wurden auf Kosten des kapitalistischen und imperialistischen Raubbaus am „Süden“ erreicht, „was vom westlichen Proletariat mit Schweigen übergangen wurde“⁴.

Ein alternatives Internationalismuskonzept kann m. E. nicht ohne die Auseinandersetzung mit beiden Kritiken entwickelt werden.

In dem Maß, in dem sich Globalisierung als Internationalisierung der Märkte und Verstärkung transnationaler Abhängigkeiten und Vernetzungen durchsetzt, werden die Konzepte des

¹ Eine längere Fassung dieses Beitrags findet sich in: Die Philosophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie. H. 15, Ausschließungen, April 1997, S. 57-74: Die Armen und die Anderen. Zur Diskussion von Armut und Ausgrenzung im Neoliberalismus.

² „Kein theoretischer Diskurs über die Gleichwertigkeit aller Kulturen kann einen wirklichen Ausgleich für die Tatsache schaffen, daß von einem ‘Black’ in Großbritannien oder von einem ‘Beur’ in Frankreich die Assimilation als Voraussetzung dafür verlangt wird, sich in die Gesellschaft ‘integrieren’ zu dürfen, in der er doch bereits lebt (wobei zugleich unterschwellig immer der Verdacht gehegt wird, seine Assimilation sei oberflächlich, unvollständig und bloß vorgetäuscht) und daß dies ein Fortschritt, ein Emanzipationsakt, als Gewährung eines Rechtes dargestellt wird.“ Etienne Balibar: Gibt es einen Neo-Rassismus? in: ders./Wallerstein, I.: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1992, S. 33.

³ Vgl. Anagnostidis, H.: Gewerkschaften und Ausländerbeschäftigung, in: Klee, E. (Hrsg.), Gastarbeiter. Analysen und Berichte, Frankfurt/M 1972, S. 104-136.

⁴ Rossanda, R./Ingrao, P.: Die Neuen Widersprüche. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 25 Jg., Nr. 100, Sept 1995.

Internationalismus vom Diskurs der neoliberalen ‚new economics‘ besetzt. Im Zuge dieser Entwicklungen sind in den Geistes- und Sozialwissenschaften Begriffe wie Weltgesellschaft, Weltstaat, transnationale Staatsbürgerschaft und globale Zivilgesellschaft in der Diskussion. In diesem Zusammenhang scheinen die bisherigen Begriffe und Kategorien, die die bestehenden Dominanzverhältnisse (beispielsweise das „Ost-West“ und „Nord-Süd“ Gefälle) zum Ausdruck gebracht haben, nicht mehr adäquat zu sein. Der Soziologe Zygmunt Bauman spricht vom Verschwinden der „Zweiten“ und „Dritten“ Welt: „Heutzutage stehen etwa zwanzig reiche, aber beunruhigte und verunsicherte Länder gegen den Rest der Welt, der nicht mehr geneigt ist, zu ihren Definitionen von Fortschritt und Glück emporzublicken, der jedoch Tag für Tag bei seinem Versuch, ein irgendwie geartetes Glück oder das nackte Überleben durch eigene Anstrengungen zusammenzukratzen, von diesen Ländern immer abhängiger wird.“ Baumann bevorzugt, den Begriff der ‚sekundären Barbarisierung‘ an dieser Stelle anzuwenden, weil er „den omnipräsenten Einfluß der modernen Metropolen auf die Peripherie am besten zusammen fasse.“⁵ Daß sich jedoch in diesen Metropolen neuartige und rasante Prozeße von Verarmung, Marginalisierung und Ausgrenzung vollziehen, deren destruktive Logik mit denen in der Peripherie durchaus verglichen werden kann, bestätigt Baumann. Er geht von „vorsichtigen“, sogar „konservativen“ Schätzungen aus, die feststellen, daß sich unter den BürgerInnen des reichen Europa heute „etwa drei Millionen Obdachlose, zwanzig Millionen Arbeitslose und dreißig Millionen, die unter der Armutsgrenze leben“⁶ befinden.

Wir stellen täglich nicht nur einen Zuwachs an Ungerechtigkeit und Ungleichheitsphänomenen, die neuartige Formen annehmen, fest, sondern eine wachsende Entsolidarisierung im Weltmaßstab. Aber, woran liegt die Schwierigkeit, an nicht erfüllten Gerechtigkeitsvorstellungen festzuhalten, und dort wo sie unzulänglich geworden sind, sie zu überdenken und alternative Gerechtigkeitsutopien zu artikulieren? Alte Gewißheiten und der demokratische Konsens sind brüchig geworden oder sind einfach stillschweigend verschwunden, ohne daß eine entsprechende Auseinandersetzung stattgefunden hätte, die erlauben würde, daß etwas Neues entstehen kann.

Ohne Schreck konstatieren wir, daß Gerechtigkeitsforderungen, zumal die sozialen, heutzutage in der politischen und akademischen Arena als ideologisch verhaftet und des öfteren als eine Sache des schlechten Geschmacks oder gar als Ausdruck von Neid abgehandelt und dadurch auch ad acta gelegt werden.

Paralell zur Stigmatisierung von egalitaristischen Gerechtigkeitsforderungen gibt sich die neue Weltordnung „a-ideologisch“. Da es keine mehrheitsfähigen Alternativen zur gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung gibt, reduziert sich der Legitimationsbedarf auf ein Minimum. Der neoliberale Diskurs recycelt pseudoökonomische Fragmente aus alten Diskursen und setzt sie neu zusammen. Im Vordergrund stehen das Hantieren mit darwinistischen Evidenzen, die Biologisierung von Besitzindividualismus und Konkurrenz sowie das altkluge Wettern gegen universalistische Perspektiven, vor allem sofern sie Regulationsfragen des Gemeinwesens auf die Tagesordnung setzen. Die zentrale Kategorie,

⁵ Bauman, Z.: Making and Unmaking of Strangers. Fremde in der postmodernen Gesellschaft, in: ders.: Widersprüche des Multikulturalismus, Gulliver 37, Hamburg 1995, S. 12.

⁶ Ebd., S.11.

um die sich diese Elemente gruppieren, ist die der *Leistung*. Ausschließlich am Wachstum und an der Gewinnmaximierung des nationalen Großkapitals und des transnationalen Kapitals orientiert, ist Leistung, so verstanden, eine vopolitische Tugend, die zudem männliche Vorherrschaft sichert. Wie alle hegemonialen Tugenden organisiert sie den gesellschaftlichen Konsens der modernen Polis und zugleich jenen der Selbstaussgrenzung.

Daß die neoliberale „große Erzählung“ so schlicht und scheinbar ohne jede ideologische Anstrengung daher kommt, mag dem Umstand geschuldet sein, daß als Folge von Individualisierung und Privatisierung ein Zustand eingetreten ist, in dem die sogenannten Modernisierungs-VerliererInnen in noch nicht dagewesenem Ausmaß den gesellschaftlichen Konsens (oft über diffuse, aber aktive Formen von privatisierter Schuld und Scham) selbst herstellen. Ein Grund, weshalb sich trotz gravierender und existenzgefährdender Entwicklungen eine so breite Resignation einstellt.

Neben den Armutserfahrungen und dem Verschwinden von Alternativen entwickeln sich weltweit neue Formen von Leiden und psychischen Krankheiten, die wenig erforscht worden sind. Die umfangreiche soziologische Studie *La misère du monde* (Die Misere der Welt) unter Leitung von Pierre Bourdieu über das alltägliche Leben in den Pariser Vororten zeigt die Zerrissenheit von Frauen und Männern, die vielfältige Marginalisierung erfahren, und ihre Versuche, die Zusammenhänge zu begreifen. Nicht das große Leiden, der große Hunger oder Wohnungs- und Bildungsnot, sondern „von allem ein bißchen“. Eindrucksvoll wird an den durchgeführten Interviews aufgezeigt, wie Erfahrungen von Ausgrenzung als „eigenes Versagen“ privatisiert werden, und wie groß die Scham ist, die eigene Lage überhaupt zu beschreiben. Die dazu gehörige Feinmechanik von Selbstaussgrenzung wird durch die Bilder von Normalität in Gang gesetzt, für die eine kleine Auslese „erfolgreicher Biographien“ steht, die in der eigenen Umgebung, in der eigenen Schicht oder Berufssparte angesiedelt sind und an das eigene „Versagen“ erinnern. (Vgl. Pierre Bourdieu et. al. *La misère du monde*. Paris 1993)

Diese Studie belegt zudem, wie ethnische Minderheiten, Eingewanderte und MigrantInnen unter die Logik des „Aufs-Korn-Nehmens“ fallen und in der Skala der Diskriminierung eine schlechtere Behandlung als einheimische Arme erfahren. Dabei erfüllt genau diese Zusammensetzung das Wissen, daß beide Gruppen ausgegrenzt, stigmatisiert und staatlich diszipliniert werden, eine soziale Abschreckungsfunktion für den Rest der Gesellschaft. Es dynamisiert zum einen die Bereitschaft, alles zu tun und zu akzeptieren, um in Arbeits- und Erwerbsverhältnissen jeder couleur zu bleiben, um die Teilhabe am „guten Leben“ zu sichern, gerade unter Bedingungen verschärfter Knappheit und Konkurrenz – und wohl gemerkt *unabhängig* vom Erfolg. Zum anderen organisiert dieses Wissen das aktive Verdrängen von Armut, auch selbst dann, wenn diese nur partiell und vorübergehend eintreten sollte.

Die Tatsache, daß die armutproduzierende und deregulierte Marktentfaltung auf dem gesamten Globus hegemonial geworden ist, hat Marcos, den mexikanischen Anführer der Zapatisten, dazu bewogen, EuropäerInnen, die sich mit den aufständischen Frauen und Männern von Chiapas solidarisieren, die Botschaft zukommen zu lassen, die beste Form der

Solidarität mit Chiapas sei die Auseinandersetzung mit den Folgen des Neoliberalismus in Europa.

„Uns geht es ja nicht so schlecht“

Zu der verbreiteten Ansicht von Frauen und Männern, die eine „relative Verarmung“ in reichen Ländern erfahren, gehört die Überzeugung, im Verhältnis zur absoluten Armut in afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern gehe es „uns ja nicht so schlecht“. Dieses sensible und häufig solidarische Bewußtsein der ungleichen Verteilung des Reichtums im Weltmaßstab, das den eigenen Lebensstandard mitreflektiert, bildet aber zugleich den Nährboden politischer Verdichtungen.⁷ Das heißt: Gerade an dem Bewußtsein des relativen „Wohlergehens“ der neuen Armen greifen Sprachregelungen der Herrschenden ein: „Das soziale Netz“ wird zur „sozialen Hängematte“ und läßt die Südsee assoziieren, die Massenarbeitslosigkeit heißt dann „kollektiver Freizeitpark.“⁸ Der populistische Erfolg dieser Eingriffe läßt sich an einem Phänomen ablesen, das der Soziologe Gerhard Schulze als „semantische Sozialhilfe“ charakterisiert: „Auf einmal gelten die ‚eigenen‘ Armen als eigentlich noch ganz komfortabel ausgestattet.“⁹

Bemerkenswert ist ein weiteres Phänomen: Das Leben der Armen wird, solange sie in „fremden Ländern“ leben, verklärt. Hier wird der Rekurs auf die solidarischen Verteilungsstrukturen der Länder, die weder ein Sozial- noch ein Rechtsstaat im europäischen Sinne sind, zur Falle. Das Überleben in Armut, in der Hunger und Ausbeutung mit Würde ausgehalten werden, wird politisch genutzt, um den selektiven Abbau von Lebensstandards für Modernisierungs-VerliererInnen in der Ersten Welt zumutbar zu machen. Am Beispiel Mexikos, das gegenwärtig Vorbild ökonomischer Katastrophen ist, möchte ich dies exemplarisch problematisieren.

⁷ In dem Fall von Arbeitslosen bemerkt Schulze, sie seien „im doppelten Sinn Verlierer der Globalisierung: Sie haben zum einen keine Arbeit, zum anderen geht auch noch die Anerkennung ihrer Bedürftigkeit schleichend verloren - denn was fehlt ihnen schon im Vergleich zu den ‚absolut‘ Armen in Indien, Lateinamerika oder Afrika?“ Vgl. Schulze, in: Hengsbach, F./Möhring-Hesse, M. (Hg.): *Eure Armut kotzt uns an*, Frankfurt a.M. 1995, S. 58

⁸ Vgl. Freyberg, Thomas von, in: a.a.O., S.27

⁹ Schulze in Klee (Hg.), (vgl. Anm. 3), S.58. Die „dynamische Armutsforschung“ (Leibfried/Leisering u.a.) macht es sich trotz ihrer innovativen Methode und differenzierter Einsichten sehr einfach, wenn sie das Feld zwischen denen, die die Armut dramatisieren (die Linke) und denen, die Armut verdrängen (die Rechte) aufteilt und relativierende Thesen vertritt wie die, daß „die Armutslagen ‚beweglicher‘ sein dürften als bisher angenommen wurde“ und daß Armut „‚verzeitlicht‘ individualisiert, aber auch in erheblichem Maße sozial entgrenzt“ sei (ebd. 9). Armut "als eine Phase im individuellen Lebenslauf" (ebd.) zu verstehen, verrät jedoch, daß die Referenzen der empirischen Forschung des Bremer Projektes für die zukünftige Situation nur beschränkt Geltung haben dürften, d.h. daß die Daten zum biographischen Verlauf von Arbeitslosigkeit sozialstaatliche Unterstützung in ihrer alten Gestalt zur Voraussetzung haben. In der verdienstvollen Kritik von von Freyberg an diesem Ansatz heißt es: „Wir wissen einfach nicht, wie groß der Anteil von Langzeitarmer unter den Sozialhilfebeziehern ist, vernünftige Schätzungen vermuten etwa 40 Prozent. Noch weniger wissen wir, wie das vor zehn Jahren war und wie es in zehn Jahren sein wird.“ (vgl. von Freyberg, a.a.O., S. 35). Nicht zu übersehen ist, daß diese Forschung darauf zielt, unter Bedingungen der Flexibilisierung von Arbeit „Normalität“ neu zu definieren. Vgl.: Leibfried, S. /Leisering, L. et. al.: *Zeit der Armut*, Frankfurt a.M., 1995.

Solidarische Armut als Überlebensform?

Zu den gängigen Wahrnehmungen armer Länder – konkreter: jenen gängigen Wahrnehmungen, die sich in Europa seit den 70er Jahren als Folge des entwicklungspolitischen *Tiersmondisme* sowie des Massentourismus herausbildeten –, gehört im Falle Mexikos nicht ganz zu Unrecht die Bewunderung einer *Kultur der Armut*. Diese *Kultur der Armut*, die ihre koloniale Herkunft nicht verleugnen kann, scheint den Traum jeder Kommunitaristin und jedes Kommunitaristen zu erfüllen.

Einige Daten zur Veranschaulichung: Ohne wohlfahrtsstaatliche Unterstützung überlebt ein hochkompliziertes System „sozialer Netze“ auf der Basis verwandschaftlicher Beziehungen, das andere Mitglieder außerhalb der Großfamilie einschließt und vielfache Verpflichtungen materieller und symbolischer Natur beinhaltet.¹⁰ Dazu gehören die nachbarschaftlichen Kontakte, die durch eine umfangreiche *barrio-Kultur* (Kiezkultur) gepflegt werden. An der Entwicklung eines breit gefächerten informellen Sektors mit absolut un abgesicherten und forciert „kreativen“ Beschäftigungsformen hängt hier das Überleben der Armen.¹¹ Diverse subsistenzwirtschaftliche Kooperativen und kleine Subunternehmen, in denen oft Kleinkinder und Alte arbeiten, unterstützen die minimale Versorgung. Fest etabliert ist eine organisierte BettlerInnen-Kultur, die alle Altersgruppen umfaßt. Charakteristisch für diese ist, daß sie – verglichen mit diesem Phänomen in europäischen Metropolen – mit deutlich geringeren Formen psychischer Verwahrlosung einhergeht. Da formalisierte Arbeitsverhältnissen nicht dazu kommen, die Identität der Mehrheit der Gesellschaft zu bestimmen, gilt Arbeitslosigkeit gewissermaßen als „Pech“ und nicht als persönliche Schande. Auffällig ist ferner die erstaunliche Geduld der StaatsbürgerInnen angesichts des (oft kriminellen) Versagens der staatlichen Einrichtungen. Hinzu kommen die relativ gut erhaltenen Höflichkeitformen sowie der kollektive Humor, der die alltägliche Misere als ungerechtes Schicksal artikuliert. Auf diesem satirischen Wege wird die Privatisierung von Konflikten in Form von individueller Schuld verhindert. Mehr noch: Es geht um die Erhaltung der menschlichen Würde unter für heutige EuropäerInnen unvorstellbaren Bedingungen.

Der Preis, den diese Überlebensformen unter Bedingungen absoluter Knappheit (an Wohnraum, Nahrung, Bildung, medizinischer Versorgung) fordern, läßt sich hier nur annähernd benennen. Im intrafamiliären Bereich ist es das weitgehende Fehlen von Intimität und Privatheit; im Blick auf überfamiliäre Zusammenhänge ist es der Verteilungszwang in einem sozialen Netz „Verdienender“ nach mafiaähnlichen Kriterien; des weiteren sind es die niedrige Lebenserwartung und die hohe Kindersterblichkeit. Nicht zuletzt manifestiert sich der Preis in der Ausbeutung von Frauen und der Gewalt gegen Frauen.

¹⁰ Vgl. Lariza Lomnitz, *Cómo sobreviven los marginados?* (Wie überleben Marginalisierte?), México 1977. S. 100f

¹¹ „Der informelle Sektor ist alles andere als ein Überbleibsel traditioneller Arbeits- und Lebensverhältnisse und er ist vor allem kein Übergangsphänomen, das mit der Modernisierung der Entwicklungsländer verschwindet. Er gleicht einem gewaltigen ‚Arbeitskräfteschwamm‘, der „über eine nahezu unbeschränkte Fähigkeit verfügt, die Arbeitskräfte aufzunehmen, die jeweils aus dem modernen Sektor verdrängt werden“. (Mahnkopf, B./Altwater, E.: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 302)

Ich möchte ein Beispiel für neuartige Formen der Gewalt gegen Frauen erwähnen:

„Seit 1993 sind in Ciudad Juárez an der mexikanisch us-amerikanischen Grenze nach offiziellen Angaben ca. 200 junge Frauen verschwunden, vergewaltigt und auf bestialische Weise umgebracht worden. Die meisten verfügten über einen mittleren Schulabschluß, einige studierten und viele arbeiteten in den Maquiladorabetrieben, derentwegen ihre Eltern oder sie selbst nach Ciudad Juárez gekommen waren. Die Reaktion der örtlichen Staatsanwaltschaft, die dort von der PAN (Partido de Acción Nacional) gestellt wird, war es jahrelang die Sache herunterzuspielen und die jungen Frauen als Prostituierte selbstverantwortlich für ihr grausames Schicksal darzustellen. Besuchten nicht einige von ihnen noch spät des Nachts die örtlichen Diskotheken, schminkten sie sich denn nicht übertrieben und trugen sie nicht viel zu kurze Röcke oder viel zu enge Hosen? Jeder Zusammenhang zwischen den Gewaltexzessen und dem Leben und Arbeiten in der Grenzstadt, die geprägt ist durch die vielen jungen Arbeiterinnen aus der Maquiladora, wurde ausgeblendet und geleugnet. Als die Familienangehörigen auf der Suche nach den jungen Frauen im Wüstensand auf Leichenteile stießen und auch die us-amerikanische Presse unbequeme Fragen stellte, (er) fand man schließlich einen Täter, einen Ausländer, einen Libanesen. Als die Morde auch noch nach dessen Verhaftung weitergingen, beschuldigte die Staatsanwaltschaft ihn des Auftragsmordes.“¹²

Auf die Tatsache, daß die *Kultur der Armut* als eine Art kollektive Ressource in neoliberalen Zeiten nicht länger zur Verfügung stehen wird, weist der anhaltende Aufstand der indianischen Bevölkerung im Südstaat Chiapas hin. Nach Einschätzung der Schriftstellerin Carmen Boullosa hat dieser Aufstand die mexikanische Gesellschaft „in vergleichbarer Weise“ gespalten, „wie es die Studentenbewegung von 1968 getan hatte“.¹³

Die Bedingungen, die der Internationale Währungsfond in den 80er Jahren für die Lösung der mexikanischen Verschuldungs- und Finanzkrise gestellt hatte, hatten katastrophische Auswirkungen nicht nur für die Schichten, die bereits in chronischer Armut lebten, sondern inzwischen auch für die Mittelschicht und einen Teil des Bürgertums zur Folge.¹⁴ Hinzu kam die Korruption der politische Klasse, die sich am Ausverkauf des Landes in kaum vorstellbarem Maß bereicherte.¹⁵ Unter solchen Umständen war das Modernisierungsprojekt der Salinas-Regierung zur „Verschlankung“ des Staates die perfekte Lösung, um sich der politischen Verantwortung für die Reduktion bis hin zur Abschaffung der sozialstaatlichen Einrichtungen zu entziehen.¹⁶ Die Einführung eines groß angelegten Solidaritätsprogramms,

¹² Braig, Marianne: Gewalt im Privaten als Menschenrechtsverletzung. Feministische Perspektiven auf Gewaltprozesse in Lateinamerika, Manuskript, 2000, S. 5

¹³ Vgl. Bechen, J. G.: „Dann war Kant eben Mexikaner!“ Ein Gespräch mit Carmen Boullosa. In: Ästhetik und Kommunikation, Berlin 1996, H. 93, S. 50-62. Hier 53f.

¹⁴ Vgl. Vega, C.A./Krujtit, D.: Informalidad, microempresa y pobreza en México y América Latina. In: Actas del encuentro de mexicanistas en Holanda. Groningen 1995, S. 45-72

¹⁵ Vgl. dazu Boullosa, Anm. 13, S. 52

¹⁶ Auffällig ist in dieser Phase die Verschiebung des politischen Diskurses von der „Nation“ auf die „Kultur“. Besteht in Bezug auf erstere die Möglichkeit der Reklamation von Staatsbürgerrechten, die den Zugang zu Ressourcen sichern sollten, ist im zweiten alles eine Frage der kulturellen Identität, die oft nur virtuellen und symbolischen Wert hat.

das die Armen zur „Selbsthilfe“ aufrief, wurde zur absurden Farce¹⁷. Die anhaltende Migrationsbewegung verarmter MexikanerInnen in die USA verweist auf die Dimension der Erschütterung der traditionell kommunitaristischen Auffangstrukturen der Armut des Landes. Nachzutragen ist eine gegenläufige Strömung: Die Öffentlichkeit Mexikos registriert diese qualitativen Veränderungen. Sie benennt die Akteure und die Interessen, die im Spiel sind, soweit es die Pressezensur es zuläßt. Im Unterschied zu Europa besteht kein Tabu, die alltägliche Bereicherung der herrschenden Eliten genau zu dokumentieren und öffentlich zu machen.

Trotz des magischen Realismus, den viele Armutskulturen entwickeln, um vor der Wirklichkeit in ein besseres Leben zu flüchten, ist bei MexikanerInnen ein kollektives Bewußtsein vorhanden, daß es nicht weiter gehen kann wie bisher.

Diese Entwicklungen zeigen, daß unter neoliberalen Bedingungen die traditionellen und die neuen Armen nicht die Gleichen sind, aber auch nicht die Gleichen bleiben. Die Solidarität der „sozialen Netze“ ist keine ewige Ressource und das Phänomen einer *Barbarisierung der Armut* ist in bestimmten Bereichen de facto eingetreten.¹⁸

Als Fazit der skizzierten Situation in Mexiko läßt sich festhalten: Weil kommunitaristische Ressourcen (Familie, Freundschaften, Solidarität) sich gerade nicht an monetaristischen Interessen orientieren, scheinen sie für die Rolle von „shock absorbers“ für unterlassene Leistungen öffentlicher Institutionen prädestiniert. In den US-amerikanischen und europäischen Debatten um Kommunitarismus werden diese Ressourcen als eine Erweiterung von Lebensqualität oder als Kompensation von Modernisierungsverluste begriffen. Das Beispiel Mexikos zeigt indessen, daß diese Ressourcen in erster Linie zur kostenlosen Entschärfung der Anpassungsrituale an neoliberale Wirtschaftskonzepte auf Kosten der Lebensqualität beitragen. Kommunitaristische Modelle als Alternative zu Staatsbürgerrechten aufzuwerten, überhaupt tendenziell das eine gegen das andere auszuspielen, hätte – wie die gegenwärtige mexikanische Erfahrung zeigt – insbesondere für Frauen fatale Folgen.¹⁹

Das Wissen, daß 70% der Armen in der Welt Frauen sind²⁰ und das es vor allem den Frauen zukommt, die Folgen von Armut zu meistern, (sowohl im privaten Bereich als auch in wohlfahrtsorientierten, daher feminisierten, daher schlechtbezahlten Sektor des Arbeits-

¹⁷ Vgl: Braig, M.: Populistische Politik im Wandel: Auf der Suche nach neuen Legitimationstrategien in Mexiko. Berlin 1995.

¹⁸ Nur einige Daten: drastische Erweiterung des informellen Sektors durch die Absorbition von Schichten von neuen Armen, in bestimmten Gegenden im Süden des Landes Hungersnot, anhaltende Fluchtbewegungen verarmter Bauern in die Städte, allgemeine Verstärkung der Kriminalität unter Armen, Erweiterung des ohnehin gravierenden Drogenkonsums bei Kindern und Jugendlichen, Zerstörung von Tauschringen durch Eingriffe der organisierten Mafia, der gesetzlich gelockerte Einsatz der Polizei gegen Arme, Zunahme von Folter und Verfolgung von Oppositionellen. Die mexikanische Zeitung La Jornada, veröffentlicht 14-tägig Reportagen, die die qualitative Verschärfung von Armut dokumentieren.

¹⁹ „Frauen bilden in Mexiko ca. 60-80 Prozent der aktiven Basis der Stadtteil- und Nachbarschaftsorganisationen. Sie sind es, die einen Teil, der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit der ‘Hilfe zur Selbsthilfe’ opfern, was für sie quasi einen dritten Arbeitstag bedeutet. Frauen erreichen (in den Arbeiter- und Bauernorganisationen) zwar in den Führungsspitzen ca. 30 Prozent, doch auch hier sind es Männer, die mehrheitlich die Leitung innehaben.“ (Mogrovejo 1989, zit. n. Marianne Braig/Teresita de Barbieri: Geschlechterverhältnisse zwischen Modernisierung und Krise, in: Mexiko heute. Politik, Wirtschaft, Kultur, in: Briesemeister, D./Zimmermann, K (Hg.), 1996, S. 403)

²⁰ Vgl. Christa Wichterich, Armut wird weiblicher, in: Die Tageszeitung, 6.11.1996, S. 17

marktes),²¹ sollte gegenüber dem Ruf nach Fürsorge nachdenklich stimmen. Dieser Ruf weist den Frauen die Aufgaben von unsichtbaren „shock absorbers“ zu. Die bewährte Leistung von Frauen trägt heute stillschweigend zur Entschärfung des gewaltigen Anpassungsdrucks neoliberalen Wirtschaftens bei. Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, daß Armutsforschung unterentwickelt ist.²² Dies wird sich vermutlich nicht ändern, solange Frauen die Bekämpfung der Folgen von Armut unter erdrückendem Handlungsbedarf übernehmen.

Die Studie von Christiane Peitz über neue Weiblichkeit im Gegenwartskino macht darauf aufmerksam, daß Elemente feministischen Selbstverständnisses (Verzicht auf männliche Unterstützung und traditionelle Ehe, Autonomie, Frauenfreundschaften) als freche, joviale und selbstbewußte Formen moderner Fürsorge das Bild von „starken Frauen“ bestimmen, die zur Rettung aus ausweglosen Situationen in gesellschaftliche Krisenszenarien eingespannt werden.²³

Armut ist immer ein relativer Begriff, der nur in Bezug auf einen durchschnittlichen Lebensstandard eingesetzt werden kann. Zu der überfälligen Verständigung darüber, welche Maßstäbe für Bedürfnisse und Lebensqualität in internationaler Perspektive heute gelten sollen, tragen neuerdings auch feministische Philosophinnen wie Onora O'Neil, Martha Nussbaum, und Nancy Fraser bei.²⁴ Unabhängig von der Bewertung dieser Vorschläge im Hinblick auf ihre pragmatische Tauglichkeit sind sie unverzichtbar. Dies gilt insbesondere insofern, daß sie in den politischen, ökonomischen und kulturellen Diskursen feministische Positionen besetzen und Visionen entwickeln, die eine Alternative zu der Fürsorge-Falle stützen könnten. Auffällig bleibt jedoch der fehlende Bezug auf Theoretikerinnen und Armutsforscherinnen aus armen Ländern in dieser Debatte. In einer Diskussion über Fragen von internationaler Gerechtigkeit wäre ihre direkte Beteiligung zu wünschen.

Meine Beobachtungen haben einen kleinen Bogen gespannt von der Kritik an den alten Formen des Internationalismus bis zu dessen heutiger Ausprägung. Es ging mir dabei vor allem um die Transformation des Internationalismus unter neoliberalen Verhältnissen, um die herrschende Funktionalisierung der Armutskultur der „Fremden“ und darum, zu

²¹ „Anders als in den vornehmlich von Männern besetzten Positionen im Bereich der Unternehmens- und Finanzdienstleistungen, wo ein sinkender Bedarf an gering qualifizierten und eine anhaltende Nachfrage nach (hoch)qualifizierten Arbeitskräften besteht, gibt es also in jenem Segment des tertiären Sektors, in dem vor allem Frauen beschäftigt sind - bei den konsumorientierten und personennahen Dienstleistungen - einen wachsenden Bedarf an 'gering qualifizierter' Arbeitskraft. Wohlgemerkt: Das geringe Qualifikationsniveau der Tätigkeiten, um die es hier geht, ist eine Folge des empirischen Sachverhalts, daß es vornehmlich Frauen sind, die diese Tätigkeiten ausüben. Ihnen wird unterstellt, sie hätten die für die Ausübung der Tätigkeit (die Pflege alter und kranker Menschen, die Erziehung und Betreuung von Kindern) notwendigen Qualifikationen durch Sozialisationsprozesse erworben. Als 'qualifiziert' gelten aber nur jene Tätigkeiten, die durch eine förmliche Ausbildung erlernt wurden.“ (Vgl. Mahnkopf/Altvater, a.a.O., S. 310)

²² Vgl. von Freyberg, a.a.O., S. 31

²³ Vgl. Peitz, Ch: Marilyn's starke Schwestern. Frauenbilder im Gegenwartskino. Hamburg 1995.

²⁴ Pauer-Studer führt in diese Debatte in der Einleitung des von ihr mitherausgegebenen Bandes in politische Theorie ein und analysiert zugleich die Schwachstellen und die offengebliebenen Fragen der jeweiligen Ansätze. Vgl. Herlinde Pauer-Studer: Geschlechtergerechtigkeit: Gleichheit und Lebensqualität. Dort finden sich die Beiträge der Autorinnen und die Verweise auf weitere Texte zum Thema: Onora O'Neil: Gerechtigkeit, Geschlechterdifferenz und internationale Grenzen, Martha Nussbaum/Onora O'Neil: Gerechtigkeit, Geschlechterdifferenz und internationale Grenzen. Ein Kommentar. Nancy Fraser: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtsystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. Vgl.: H. Nagl-Docekal/ H. Pauer-Studer (Hrsg.) Politische Theorie Differenz und Lebensqualität, Frankfurt 1996.

veranschaulichen, daß die angepriesenen Solidaritätsmuster keine wirklichen Lösungen für die anstehenden Verteilungskämpfe sind. Es bleibt die Frage nach den handelnden Subjekten in all diesen Prozessen, die Herausforderung, die ökonomisch-reduktionistischen „Sachzwänge“ zu durchdenken, Wege der Weigerung zu finden angesichts der Zumutung, die fremde Schuld im Kleinen zu übernehmen, und es bleibt die Notwendigkeit, eine Sprache zu entwickeln, die entgegen der Privatisierung von Armut- und Ungerechtigkeitserfahrungen den Zusammenhängen, in denen sie jeweils stehen, einen Namen gibt. Denn mit der neuen Armut von Frauen stehen die mühsam errungenen und in ihrer Institutionalisierung prekär gebliebenen kulturellen und politischen Rechte auf dem Spiel.

Hanna Behrend

Gerechtigkeit – ein politischer Begriff

Ende der 80er Jahre waren Begriffe wie Menschenrechte, Fortschritt, Universalismus, Humanismus, Reformen und eben auch Gerechtigkeit für das linke und systemkritische politische Spektrum in Deutschland fast zu Unwörtern geworden. Sie wurden als dem herrschenden Diskurs verhaftet, als leere Worthülsen betrachtet, die nur noch geeignet schienen, die Menschen zu verdummen. Erst wieder in den letzten Jahren musste Fortschritt nicht als Neoliberalismus buchstabiert, Menschenrechte nicht ausschließlich als kaschierte Vereinnahmungsstrategie weißer mittelständischer Männer über den speziell weiblichen Rest der Menschheit verstanden werden.

Gerechtigkeit erwies sich – ungeachtet allen Missbrauchs, dem der Begriff durch die Medien ausgesetzt wurde und wird – ebenfalls als überlebensfähig in nicht systemkonformen Bedeutungen. In dem Maße, in dem in vielen Teilen der Welt Gerechtigkeit gefordert wird und die Fordernden Veränderungen der bestehenden Rechtsordnungen zugunsten von missbrauchten und misshandelten Frauen und Kindern, von heimatlos gewordenen, ausgebeuteten und unterdrückten Menschen sowie für die Erhaltung der natürlichen Umwelt der Menschen u.ä.m. verlangen, gewann auch dieser Begriff seine subversive, systemkritische Facette zurück.

Im folgenden möchte ich auf die ambivalente, multifunktionale Rolle des Begriffs der Gerechtigkeit eingehen und zeigen, dass wir ihn nicht preisgeben dürfen, weil er nicht nur vereinnahmender Teil des herrschenden Diskurses ist, sondern auch in einer sehr alten Tradition der Gegenmacht und des Widerstandes steht. Gerechtigkeit forderten die Bauern im deutschen Bauernkrieg von 1525, die englischen Chartisten 1848, die antikolonialen Befreiungsbewegungen der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, die Frauen der modernen Frauenbewegung; Gerechtigkeit heißt daher heute: Menschen- und Bürgerinnenrechte auch für die Frauen und bedeutet überall den Kampf gegen ungerechte, Minderheiten Privilegierende und um die Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse.

Bereits bei Platon (427-347) in der griechischen Antike ist der Begriff der Gerechtigkeit ein politischer Begriff, der sich auf die menschliche Gemeinschaft bezieht. Platon geht von drei Bestandteilen der menschlichen Seele aus, der Vernunft, dem Mut und der Begierde, denen er bestimmte Tugenden zuordnet. Die Gerechtigkeit ist den drei Kardinaltugenden Weisheit, Tapferkeit und Mäßigung übergeordnet. Ein Zustand der Gerechtigkeit setzt voraus, dass alle Teile der Seele die ihnen zukommenden Aufgaben erfüllen. Platon meint: „jeder solle das Eigene und Seinige haben und tun’ und alle in der Beschränkung auf die ihnen möglichen Fähigkeiten zum Gedeihen des Ganzen zusammenwirken“.

Auch Aristoteles (384-324) bedient sich des Begriffs der Gerechtigkeit in seiner Ethik, die sich mit der menschlichen Praxis des auf Entscheidungen beruhenden Handelns beschäftigt. Als ethische Tugenden ist die Gerechtigkeit besonders relevant für die menschliche Gemeinschaft. Ausgleichende Gerechtigkeit betrifft das Verhältnis einzelner zueinander, austeilende das Verhältnis einzelner zur Gesellschaft. Unter Berücksichtigung der

bestehenden Ungleichheiten ist gerechte Verteilung proportionale Gleichheit, was bedeutet, dass die Ungleichheit zwischen Sklaven und Freien als gegeben angesehen wird, aber soziale Gruppen wie die Sklaven in sich gleich behandelt werden sollten. Die ethischen Tugenden des Menschen sind Produkt seiner Sozialisation in der Gesellschaft. Sie werden ihm durch die Gesellschaftsordnung im Staat – in der *polis* – vermittelt und durch Tradition und allgemeine Zustimmung legitimiert.

Diese in der europäischen Kulturgeschichte verankerte Beziehung des Begriffs Gerechtigkeit zur Rechtsordnung, spiegelt sich auch philologisch in unserem Alltagsgebrauch wieder: Im Deutschen ist „Recht“ im Begriff der Gerechtigkeit enthalten. Das lateinische *iustitia* enthält gleichfalls den Begriff des *ius*, das Recht, Gesetzsammlung, Rechtsanschauung und -norm, was im weiteren sogar rechtliche Stellung, Macht und Gewalt bedeutet. Sowohl das Englische wie das Französische bedienen sich eines Begriffes, der direkt aus dem Lateinischen entlehnt ist. Das englische *justice* bedeutet das Rechtswesen entsprechend der Gesetzgebung und umfasst somit den Begriff der Rechtmäßigkeit. Darüber hinaus bedeutet es das ethische Prinzip der Gerechtigkeit, das beinhaltet, (a) dass in gleichen Fällen gleich verfahren werde; (b) dass Leistungen und Lasten in gleichgelagerten Fällen in gleicher Weise zu verteilen seien nach einem Konzept, das festlegt, was unter solchen Fällen zu verstehen ist; (c) dass jede Bestrafung dem Vergehen angemessen sein müsse. Auch das Französische *justice* bedeutet, jemandem Recht widerfahren zu lassen, Rechtmäßigkeit herzustellen.

Außerhalb dieser Begriffsentwicklung, die Gerechtigkeit als Tugend des Befolgens herrschender gesetzlicher Normen definierte, entwickelte sich ein zunächst – jahrhundertlang – religiös geprägter Begriff der Gerechtigkeit, der von der herrschenden Ordnung abgekoppelt war und Gerechtigkeit als einen Zustand verstand, der sich von der herrschenden Rechtsordnung abhob.

In christlicher Sicht bedeutete der Begriff der Gerechtigkeit Gottes, dem *Kleinen Bibellexikon* (Stuttgart 1969) zufolge, das ‚richtige‘ Verhalten zwischen Gott und den Menschen“ (106). Dies bestand ursprünglich im Befolgen der Gebote Gottes, die einen Verhaltenskodex und Sittlichkeitsnormen darstellten, also in der „getreuen Erfüllung von Gesetzesbestimmungen“. Im Zuge der Entwicklung frühchristlicher Sekten werden aber deren AnhängerInnen nicht durch die Einhaltung des Gesetzes, sondern durch die volle Hinwendung zu Christus, durch den Glauben und die Gnade und Barmherzigkeit Gottes gerecht. Zwar sollen Christen „die Gerechtigkeit tun“ (1 Joh, 2,29), es macht sie das aber nicht zu Gerechten, denn „die volle Gerechtigkeit ist der Welt noch nicht geschenkt“ (ebda). Nur Gott ist gerecht, d.h. er schenkt Gnade und bekämpft die Gegner des Heils, das er herbeiführen möchte. Nur wer Gottes Heilsplan entspricht, ist selbst gerecht (106). Viele soziale Forderungen Ausgebeuteter und Unterdrückter artikulierten sich das ganze Mittelalter hindurch in religiösen Gerechtigkeitspostulaten, die nicht mit der bestehenden Gesetzlichkeit übereinstimmten. In der populärwissenschaftlichen *Enzyklopädie der Religionen* (Augsburg 1990) heißt es: „Gerechtigkeit wurde als Kern aller menschlicher Beziehungen aufgefasst. In Weiterführung der antiken griechischen Tradition bestehen gerechte Verhältnisse, wenn jedem Beteiligten das ihm Zustehende zuerkannt wird“ (107). In dieser Definition ist das Subversive des

frühchristlichen Verständnisses der Gerechtigkeit Gottes allerdings getilgt und Gerechtigkeit meint nur die Identifikation mit den herrschenden Verhältnissen. Auch die ebenfalls populärwissenschaftliche *Enzyklopädie der Philosophie* (Augsburg 1992) geht bei ihrer Begriffsdefinition davon aus, dass „unter der Voraussetzung einer Rechtsordnung, eines wirklichen Rechts- und Pflichtbewusstseins ... das Maß sozial richtigen Verhaltens ...und die Tugend angesprochen (ist), derzufolge ein Mensch dem anderen so begegnet, wie es dieser nach seinem Wert als Person verlangen kann“.

Anpassung an die herrschende Rechtsordnung prägt auch den Gerechtigkeitsbegriff in *Meyers Neues Lexikon* aus DDR-Zeiten (Leipzig 1961): „Gerechtigkeit“ wird als „philosophisch-ethische und rechtliche Kategorie zur Bezeichnung einer Denk- und Handlungsweise definiert, die den moralischen und rechtlichen Grundsätzen der jeweils herrschenden Gesellschaft bzw. Klasse gemäß ist“. Auch hier enthält die Begriffsbestimmung keine subversive oder den Status quo in Frage stellende Komponente.

Zu Beginn des bürgerlichen Zeitalters verstand Leibniz (1646-1716) den Begriff der Gerechtigkeit einmal als ausgleichende Gerechtigkeit des strengen Rechts und zum anderen als austeilende der Gemeinschaft. Dazu bezog er aus der antiken Tradition noch die *justitia universalis*, die Gerechtigkeit der Nächstenliebe und des Gottesreiches, eine sittliche Kategorie, die allerdings weniger verbindlich als die beiden anderen ist. Kant (1724-1804) mit seinem kategorischen Imperativ: „handle so, dass die *Maxime* deines Handelns jeder Zeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“, kann sich zu seiner Zeit noch eine Übereinstimmung zwischen Rechtsordnung und Individualinteressen vorstellen. Ethisch korrektes Handeln lässt sich für ihn in einer Rechtsordnung kodifizieren.

Auf dem Höhepunkt des deutschen philosophischen Idealismus geht auch Hegel (1770-1831) von der Überzeugung aus, Gerechtigkeit habe eine objektive, wahrhafte Gestalt in der bestehenden Rechtlichkeit, Staatlichkeit, Moralität und Sittlichkeit. Für ihn ist bekanntlich „was vernünftig ist, ... wirklich und was wirklich ist, ... vernünftig“ (Aus den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* von 1821). Er geht von drei Stufen des (menschlichen) Geistes zu sich selbst aus, die er in seiner Philosophie des Geistes behandelt. Es gibt den subjektiven Geist, der wiederum in drei verschiedenen wissenschaftlichen Feldern untersucht werden kann, den objektiven Geist, der sich im Recht, in der Moralität und Sittlichkeit äußert und den absoluten Geist, wie er sich in Kunst, Religion und Philosophie manifestiert. Über die Subjektivität des Menschen schreibt Hegel in seiner *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften*, Leipzig 1947, 405: „Die formelle Vernünftigkeit des Triebes und der Neigung besteht ... (in der) Tätigkeit des Subjekts, selbst die Subjektivität aufzuheben Ihre wahrhafte Vernünftigkeit ... ist aber die immanente Reflexion des Geistes selbst, über ihre Besonderheit wie über ihre natürliche Unmittelbarkeit hinauszugehen und ihrem Inhalte Vernünftigkeit und Objektivität zu geben, worin sie als notwendige Verhältnisse, Rechte und Pflichten sind“.

Um „die guten, vernünftigen Neigungen“ des Menschen zu ergründen, müsse die Darstellung die menschlichen „Triebe, Neigungen und Leidenschaften nach ihrem wahrhaften Gehalte daher wesentlich die Lehre von den rechtlichen, moralischen und sittlichen Pflichten“

beinhalten. Somit stellt die reale Erfüllung dieser Pflichten das Vernünftige, das Wahre und damit das Gerechte dar.

Wenige Jahrzehnte später gehörten die utopischen Sozialisten zu denjenigen, die neue Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit aufstellten. Sie beschränkten sich nicht auf die Einhaltung des bestehenden Rechts sondern gingen wie z.B. der utopische Sozialist und Anarchist Proudhon von einem Ideal ewiger Gerechtigkeit aus. (Auf diese Sozialutopien wird im folgenden Brigitte Bleibaum näher eingehen.) Ich will hier nur auf die von Marx und Engels an vielen Stellen geübte leidenschaftliche Zurückweisung dieser Gerechtigkeitsvorstellung und auf die Gründe für diese Kontroverse sowie deren Bedeutung eingehen.

Im ersten Band des *Kapital* (1867) setzt sich Marx bei seiner Darlegung des Austauschprozesses mit Proudhons Idee der *justice éternelle*, der ewigen Gerechtigkeit, auseinander. In diesem Zusammenhang geht er davon aus, dass das Rechtsverhältnis, das zwischen Warenkäufern und -verkäufern besteht, ein durch das ökonomische Verhältnis selbst gegebenes Rechts- oder Willensverhältnis sei. Proudhon dagegen „schöpft erst sein Ideal der Gerechtigkeit ... aus den der Warenproduktion entsprechenden Rechtsverhältnissen, ... dann will er die wirkliche Warenproduktion und das ihr entsprechende wirkliche Recht diesem Ideal gemäß ummodelln“ (Kapital I, 90). Ihr legitimes innovatives Bemühen, die prägende Bedeutung der ökonomischen Verhältnisse für die Entwicklung der philosophischen, rechtlichen und anderen Ideen zu etablieren, hinderte die Gründerväter des Marxismus sichtlich daran, die ökonomistische Schlagseite ihrer Argumentation zu überwinden und die positiven Seiten derartiger utopisch-sozialistischer Gedanken wahrzunehmen und deren historisch progressive Rolle für die Entwicklung von Gegenmächten zu erkennen. Marx setzt, Hegel folgend, den Begriff „gerecht“ synonym mit rechtmäßig und ignoriert damit dessen subversive Potenz, die gerecht als einen erst herzustellen wünschenswerten utopischen Zustand fasst.

In seiner Schrift *Zur Wohnungsfrage* (1872) polemisiert auch Friedrich Engels gegen Proudhons Meinung, die Gerechtigkeit sei „das Wesen der Menschheit selbst“ (1858, *De la Justice dans la Révolution and dans l’Eglise*, zit. nach Engels, MEW, 18, 274) und erläutert: „Auf einer gewissen, sehr ursprünglichen Entwicklungsstufe der Gesellschaft stellt sich das Bedürfnis ein, die täglich wiederkehrenden Akte der Produktion, der Verteilung und des Austausches der Produkte unter eine gemeinsame Regel zu fassen, dafür zu sorgen, dass der einzelne sich den gemeinsamen Bedingungen der Produktion und des Austausches unterwirft. Diese Regel, zuerst Sitte, wird bald Gesetz. Mit dem Gesetz entstehn notwendig Organe, Gewalt, der Staat. ... (die Gesetzgebung) erscheint als ein selbständiges Element, das nicht aus den ökonomischen Verhältnissen, sondern aus eignen, innern Gründen, ... die Berechtigung seiner Existenz und die Begründung seiner Fortentwicklung hernimmt. ... Die Vergleichung (der verschiedenen Rechtssysteme) setzt Gemeinsames voraus; das mehr oder weniger Gemeinschaftliche aller dieser Rechtssysteme (wird) als Naturrecht (zusammengestellt). Der Maßstab aber, an dem gemessen wird, was Naturrecht ist und was nicht, ist eben der abstrakteste Ausdruck des Rechts selbst: die Gerechtigkeit. ... die Entwicklung des Rechts ist ... nur noch das Bestreben, die menschlichen Zustände ... dem

Ideal der Gerechtigkeit, der ewigen Gerechtigkeit immer wieder näher zu bringen. Und diese Gerechtigkeit ist immer nur der ideologisierte ... Ausdruck der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, bald nach ihrer konservativen, bald nach ihrer revolutionären Seite hin.“(MEW 18, 276). Unstrittig ist diese „ewige Gerechtigkeit“ ein Ideologem, aber die emanzipatorische Funktion, die dieses Konstrukt hat, wird von Engels völlig negiert.

In seinem Brief an Eduard Bernstein vom 26.6.1879 wies Engels die Vorstellung zurück, „der Sozialismus könne aus dem Begriff der ‚Gerechtigkeit‘ begründet werden... Ein solches Programm“, bemängelte er, schließe „von vornherein alle diejenigen direkt aus, die den Sozialismus in letzter Instanz nicht als Schlussfolgerung aus irgendwelchen Ideen oder Prinzipien, wie Gerechtigkeit etc. auffassen, sondern als ideelles Produkt eines materiell-ökonomischen Prozesses...“ (MEW 34, 379f). Aus beiden Texten erhellt, dass Engels die Ambivalenz von Begriffen wie Gerechtigkeit entging, dass er deren tradierte subversive Potenz nicht wahrnahm. In ihrem Bemühen, in den Organisationen der Arbeiterklasse historisch-materialistisches Verständnis für das Primat der Produktionsverhältnisse zu verbreiten, in deren revolutionärer Umwälzung sie den einzigen Weg zu wirklicher Gerechtigkeit sahen, hatten sie keinen Sinn für wissenschaftlich vage, aus alten subversiven Diskursen stammende Begriffe.

In einem Leitartikel im *Labour Standard* vom 7.5.1881: „Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk“, definiert Engels diese Begriffe, die er als Wahlspruch der englischen Arbeiterbewegung der vergangenen fünfzig Jahre bezeichnet. Was nun ein gerechter Lohn oder ein gerechtes Tagewerk sei, darauf geben weder „die Wissenschaft von der Moral oder von Recht und Billigkeit ... noch ... irgendwelche sentimentale Gefühle von Humanität, Gerechtigkeit oder gar Barmherzigkeit“ (MEW, 19, 247) eine Antwort. Nur „die Wissenschaft, die sich mit den materiellen Tatsachen von Produktion und Austausch befasst, die Wissenschaft von der politischen Ökonomie“ könne diese Fragen beantworten. Dass das kämpfende Subjekt ohne Gefühle von Humanität, Gerechtigkeit oder gar Barmherzigkeit und nur mit ökonomischem Sachwissen ausgerüstet wohl kaum die Motivation für den Kampf um einen gerechten Tagelohn gefunden hätte, wird Marx und Engels bewusst gewesen sein, wenn sie es an dieser Stelle auch in der theoretischen Debatte ignorierten (MEW, 19, 247f).

Über „die bürgerliche Rechtsphilosophie der Gegenwart“ sagt Hermann Klenner im Kapitel Rechtsphilosophie der *Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert* (Leipzig 1988, 361-373) sie sei „offensichtlich nicht in der Lage, Rationalität mit Humanität, Wahrheit mit Macht, Gerechtigkeit mit Gesetzlichkeit, Idealität mit Positivität zu vereinigen. Trotz wertvoller Einzelanalysen und -einsichten vermögen (die Philosophen) nicht, die Fragen nach dem Charakter der gegenwärtigen Menschheitsepoche, dem Wesen der bestehenden Gesellschaftssysteme und nach der objektiv-determinierten Rolle des Rechts im gegenwärtigen Geschichtsprozess zu stellen oder zu beantworten“(365).

Dieses Verdikt trifft bis heute auf die marxistisch orientierte Rechtsphilosophie ebenso zu. Auch ihr ist es bisher nicht gelungen, wie Marx gefordert hatte, „aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen, aus dem irdischen Kern seine himmlischen Nebelbildungen zu entwickeln“ (Marx, zitiert nach Klenner, ebda, 373). Wie es

auch nicht gelang, aus den „verhimmelten Formen“ deren emanzipatorische Facetten zu ermitteln und strategisch zu nutzen.

Der Begriff der Gerechtigkeit spielte auf der Konferenz *Gerechtigkeit – Gewalt. Proben aufs Exempel* des Instituts für kritische Theorie (INKRIT) im Jagdschloss Glienecke im Juni dieses Jahres erstmals in der theoretischen Debatte wieder eine Rolle.

Zu denen, die sich direkt mit dem Begriff der Gerechtigkeit auseinandersetzten, gehörte Dimitris Karydas mit seinem Vortrag über „Die Gerechtigkeit lädt das Recht vor. Walter Benjamins Kritik der Gewalt“. Für Benjamin ist demnach jede Rechtsordnung, da sie sich stets auf Gewalt stützt, mit Gerechtigkeit unvereinbar. Für ihn besteht zwischen der naturrechtlichen von gerechten Zwecken ausgehenden Position und der rechtspositivistischen Auffassung, die Gewalt als historisch sanktionierte Gewordenheit ansieht, eine Antinomie. Erstgenannte Position akzeptiert die Gewaltanwendung als Mittel zur Erreichung von Zwecken, denen Priorität zugesprochen wird. Letztere sieht Rechtmäßigkeit als Kriterium der zulässigen Mittel an. Beide Richtungen gehen davon aus, dass „gerechte Zwecke ... durch berechnete Mittel erreicht, berechnete Mittel an gerechte Zwecke gewendet werden (können)“ (GSII, 80; zitiert nach Karydas).

Die „schwere Problematik jeder Rechtsgewalt“ (ebda, 196) „liege darin, dass nach erfolgter Rechtsetzung, die immer schon ein gewaltsamer Akt ist, die Gewalt nicht abdankt, sondern einen an Gewalt gebundenen Zweck ‚als Recht unter dem Namen der Macht‘“ (ebda, 192) einsetzt. Für Benjamin ist somit „Rechtsetzung ... Machtsetzung und insofern ein Akt von unmittelbarer Manifestation der Gewalt“ (ebda, 198). Benjamins geschichtsphilosophische Perspektive lässt ihn „die historische Aufgabe erkennen ..., den ewigen Kreislauf immer neuer Rechtssetzungen ... zu unterbrechen“. Während es für Marx zulässig bleibt, „sich auf Menschenrechte und Rechtsverhältnisse zu berufen, eben im Kampf gegen ihre Mystifizierung und Instrumentalisierung durch die herrschende Ordnung und die es auch möglich macht, diese Mystifizierung und Instrumentalisierung theoretisch zu durchdringen“ (Karydas,6), bleiben für Benjamin „Recht und Gerechtigkeit ... nicht nur völlig voneinander unterschieden, sondern ... auch feindlich gegen einander (stehend). Ist der Bereich des Rechts durch das Verhältnis von Zweck und Mittel bestimmt, so ist Gerechtigkeit weder als Mittel noch als Zweck zu fassen. Sie kann nur unmittelbar sein, denn sie liegt jenseits aller Rechtsordnung. ...die Gerechtigkeit stürzt das Gesetz stets um, selbst wenn sie im Vollzug einer Gesetzesanordnung auftritt. Sie reproduziert bestenfalls den Gründungsakt desselben Gesetzes.... Gerechtigkeit ... wird nie positiv, ... sondern besteht in einer Infragestellung des Gesetzlichen.“ Karydas fragt zurecht, wo denn, wenn Gerechtigkeit zunächst einmal nur negativ zu verstehen ist, die daraus entstehende kritische Haltung systematisch zu verorten sei, wenn man ihren Zugriff auf realgeschichtliche Verhältnisse doch sichern will. Benjamin versucht, das Problem der „Erlösung vom Recht“ (ebda, 5) in seinem Aufsatz über Karl Kraus in den Griff zu bekommen. Dort verzichtet er auf „das anarchistische Programm der Gewaltkritik ... zugunsten der Ausarbeitung eines Entwurfs zur Gegenmacht, die sich gegen den Kapitalismus behaupten könnte, ohne jedoch das Anliegen aufzugeben, jede Rechtsform außer Kraft zu setzen als Voraussetzung für Gerechtigkeit“ (ebda).

Diese Vorstellung entspricht der Quadratur des Kreises, weshalb Benjamin auch das Verhältnis von Gegenmacht und Rechtsabschaffung unausgeführt lässt, in der er die Alternative zur bestehenden Macht sieht. Benjamins Konzept ist das eines „realen Humanismus, (der) dem klassischen die Stirne bietet“ und „die Ideale, die die herrschende Macht entwürdigt hat, ‚außer Kurs ... setzt‘“. Darunter fallen auch „die Menschenrechte, die Benjamin mit Marx zu den ausgehöhlten Idealen rechnet ...“ (ebda.). Dieser reale Humanismus entspricht dem utopischen Emanzipationskonzept, das Marx in seinem Aufsatz „Zur Judenfrage“ formuliert: „Erst wenn der wirklich individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist ... und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht“ (MEW 1, 34), auf das sich Benjamin auch direkt bezieht. Dieses Stadium menschlicher Emanzipation, in dem der Mensch in seinem individuellen Leben Gattungswesen geworden ist und keiner Rechtsordnung mehr bedarf, um unter seinesgleichen – ungeachtet der Interessendifferenzen – Gerechtigkeit herzustellen, kann nicht als erreichbare Zielvorstellung angesehen, sondern muss als einlösungsbedürftige, aber nie einlösbare Richtungsorientierung verstanden werden. Benjamins Leistung besteht nach Karydas, dem ich mich hier anschließe, darin, dass er das Spannungsverhältnis aufgedeckt hat, das in der Politik zwischen dem Ziel eines politischen Kampfes und der Einsicht besteht, dass, nachdem dieses Ziel einmal erreicht und zur Ordnung geronnen ist, diese immer wieder den Weg in die weitere Emanzipation blockieren kann und wir noch keine Strategie kennen, eine solche Entwicklung zu vermeiden. Zwar kann Benjamins Bestehen auf Rechts- und damit Gewaltfreiheit nicht als ein praktikables strategisches Konzept angesehen werden; es regt jedoch zu wichtigen Fragen einer emanzipatorischen Strategie an, zur Frage nach dem Verhältnis von Macht und Autorität, wobei letztere als gewaltarm verstanden werden kann; nach anderen, neuartigen Formen des Rechts und durch die Rechtsordnung festgelegten Sanktionen, die Schritte auf dem Weg zu weniger Recht und Gewalt und mehr Gerechtigkeit sein könnten.

So erinnert der Begriff der Gerechtigkeit immer wieder an die systemkritischen, subversiven und sogar revolutionären Funktionen und Traditionen. Besonders in der Alltagssprache und ungeachtet allen konservativen Gebrauchs orientiert er immer noch vor allem auf menschenbefreiende Veränderungen bestehenden Unrechts und hilft uns damit, innovativ mit solchen Begriffen umzugehen.

Literatur

„Enzyklopädie der Religionen“ (Augsburg 1990)

„Kleinen Bibelllexikon“ (Stuttgart 1969)

„Enzyklopädie der Philosophie“ (Augsburg 1992)

„Meyers Neues Lexikon“ aus DDR-Zeiten (Leipzig 1961).

G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Leipzig 1947

dtv-Atlas zur Philosophie, München 1991

Marx-Engels Werke, Bde. 1, 16, 17, 18,19, 34

Dimitris Karydas: die Gerechtigkeit lädt das Recht vor. Ein Versuch zu W. Benjamins Kritik der Gewalt, unv. Ms., 2000

Brigitte Bleibaum

Soziale Gerechtigkeit im Kontext sozialer Utopien

In seiner Polemik gegen Eugen Dühring, der sich von oben herab und besserwisserisch mit den utopischen Sozialisten angelegt hat, verteidigt Engels die Utopisten und meint: „Wir freuen uns lieber der genialen Gedankenkeime und Gedanken, die unter der fantastischen Hülle überall hervorbrechen und für die jene Philister blind sind.“¹

Ganz in diesem Sinne möchte ich hier gleichsam in einer Retrospektive utopisches Ideengut in seinem historischen Umfeld vorstellen – natürlich an ausgewählten Beispielen, und auch dies gedrängt, weil die Zeit es nicht anders zulässt. Im Zentrum stehen gesellschaftspolitisch nach wie vor relevante Probleme der sozialen Gerechtigkeit, wie der Stellenwert der Arbeit, Fragen des Gemeineigentums und der Frieden als wünschenswerte gesellschaftliche Lebensform.

Im Kontext mit sozialen Utopien erscheint die Frage der sozialen Gerechtigkeit quasi als „ewige Frage“. Aber sie ist es nur im Hinblick auf die Tatsache, dass sie seit „Ewigkeiten“, zumindest seit über zweieinhalbtausend Jahren dokumentiert, zu den menschlichen Träumen einer besseren Welt gehört. Eine „ewige Gerechtigkeit“ gibt es nicht, und diejenigen, die darüber reflektierten, standen nicht über den Dingen, sondern urteilten aus ihrer Zeit heraus und aus ihrer Interessenlage. Die römischen Sklavenhalter fanden ihre Gesellschaft gerecht und die Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts empfand die bürgerliche Gesellschaft als die „beste aller Welten“, wie Leibniz es artikuliert hat und worüber sich Voltaire in seinem „Candide“ spöttisch mokierte.

Die Geschichte der Sozialutopien ist viel älter als der Begriff der Utopie, der bekanntlich erst im 16. Jahrhundert von Thomas Morus geprägt wurde. Die Morussche Wortschöpfung, die ja soviel wie „Kein Ort, Nirgends“ bedeutet, ist ein zutreffender Begriff, denn alle utopischen Gesellschaftsmodelle sind im „Nirgendwo“ angesiedelt. Sie verkörpern Vorstellungen über wünschenswerte Gesellschaftszustände, als Idealbild den realen Verhältnissen entgegengestellt, welche damit – direkt oder indirekt – kritisiert werden.

Sozialutopien sind Ausdruck des Verlangens nach Veränderung bestehender Zustände im Leben der Gesellschaft. Sie bedürfen zweier Voraussetzungen:

Erstens müssen sich soziale Widersprüche herausgebildet haben, die das Bedürfnis und den Willen zur Veränderung hervorbringen, zweitens muss ein gesellschaftliches Bewusstsein existieren, das diese Gegensätze wahrnimmt und reflektiert, nach Ursachen fragt und nach Wegen zu ihrer Überwindung sucht.

Sozialutopien sind also auch immer Gesellschaftskritik, und ein Kernthema dieser kritischen Reflexionen bildet die soziale Gerechtigkeit. Selbst wenn sie als Begriff nicht erscheint, selbst wenn sie nicht im Sinne einer politischen Forderung ins Feld geführt wird, der Wunsch nach gerechteren sozialen Verhältnissen erscheint zumindest – oft mehr oder weniger direkt – als Geißelung real existierender Ungerechtigkeiten.

¹ Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), MEW, Bd.V, S. 283

Im Laufe der Geschichte sind soziale Utopien in sehr unterschiedlichen Variationen in Erscheinung getreten, z.B. als

- Vorstellungen vom verlorenen Paradies (Goldenes Zeitalter)
- Verheißungen eines künftigen Paradieses (christliche Lehre)
- Staats- und Gesellschaftsmodelle (Platon, Morus, utopische Sozialisten)
- Politische Doktrinen (Pax Romana).

Ja selbst die sog. Reiseliteratur der hellenistischen Zeit oder des 17./18. Jahrhunderts (Gulliver, Sindbad, Robinson) und die Science-Fiction-Literatur des 19./20. Jahrhunderts von Jules Verne bis zu jenen Hollywood-Gebilden, wo Menschen von vorgestern mit der Technik von übermorgen der amerikanischen Lebensweise im Himmel und auf Erden zum Durchbruch verhelfen, sind Zeugnisse utopischer Ambitionen.

Utopische Gesellschaftsvorstellungen sind in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche entstanden, d.h. in Zeiten von grundlegenden Veränderungen auch und gerade in den Eigentumsverhältnissen.

Der Mythos vom Goldenen Zeitalter, der auf orientalische Wurzeln zurückgeht, wird bei den Griechen zum ersten Mal um 700 v.u.Z. von Hesiod besungen. Selbst Bauer in Bötien, reflektiert Hesiod in seinem Lehrgedicht „Werke und Tage“ die gesellschaftlichen Veränderungen, denen die unteren Bevölkerungsschichten, namentlich die Bauern, unterworfen sind. Es ist die Zeit, da die griechischen Stämme, noch gentilwirtschaftlich organisiert, bei ihrer Einwanderung in die neuen Gebiete die Landnahme schon als ungerechte Verteilung zwischen der Sippenaristokratie und den übrigen Stammesangehörigen erleben. Der Gegensatz zwischen großem und kleinem Grundeigentum kennzeichnet die neuen Gesellschaftsstrukturen. Die ursprüngliche Gleichheit der Stammesmitglieder gibt es nicht mehr, ökonomische Abhängigkeit und Schuldknechtschaft sind Folge und Ausdruck der ungleichen Besitzverhältnisse. Politik und Gerichtsbarkeit sind auf Seiten der Großeigentümer. Diese Welt reflektiert Hesiod als die Zeit des „Eisernen Geschlechts“, in der Recht und Gerechtigkeit nichts gelten, die „gabenfressenden Herren“ das Recht beugen und die Menschen einander betrügen. Diesem Zustand seiner Zeit stellt Hesiod das Bild vom „Goldenen Geschlecht“ entgegen, wo harmonisches Zusammenleben herrscht und es keine Kriege, keinen Hunger und kein Unglück gibt.:

„Sie sind nur tätig für Felder und Feste,
Nahrung bringt ihnen die Erde genug“.²

Diese Darstellung des Goldenen Zeitalters findet über die Jahrhunderte bei Dichtern und Philosophen der Antike weitere Ausschmückung, und zwar immer in der Gegenüberstellung mit den zeitgenössischen Verhältnissen. Die Sehnsucht nach der Rückkehr des Goldenen Zeitalters lebt bei den Römern vor allem seit dem 2 Jh. v.u.Z. wieder auf, wo Bürgerkriege, Kriege und erste Sklavenaufstände (Sizilien, 135 v.u.Z.) sowie die Verelendung der unteren Volksschichten (von den Lebensbedingungen der Sklaven nicht zu reden) die römische Gesellschaft erschüttern. Plutarch hat in seiner Lebensbeschreibung der Gracchen die soziale Lage der verarmten Freien geschildert: „Ohne Haus, ohne Wohnsitz irren sie mit Weib und

² Hesiod: Werke und Tage, zit. in: Günther, R./Müller, R.: Sozialutopien der Antike, Leipzig 1987, S. 20

Kind umher. Und die großmächtigen Feldherren lügen, wenn sie ihre Soldaten in der Schlacht auffordern, für ihre Gräber und Heiligtümer gegen den Feind zu kämpfen. Kein einziger von ihnen hat einen väterlichen Altar im Hause, keiner eine Ruhestätte seiner Ahnen...Für fremde Schwelgerei, für fremden Reichtum sterben sie, von denen man sagt: „Sie sind die Herren der Welt!“³

Im Vergleich zur Gegenwart, „wo Begierde und Habsucht Gerechtigkeit forttrieb und Tugend“ (Catull⁴), „wo rasende Kriegswut sich durchsetzte, gleichzeitig schamlose Habgier“ (Vergil⁵), besingen römische Dichter, das Goldene Zeitalter mit märchenhaften Schlaraffenlandbildern. Während Hesiod, der werktätige Bauer, die Menschen noch tätig schildert, fließen bei den Römern die Ströme von Milch und Honig ohne menschliches Zutun:

„Nicht vom Pfluge bestellt trug bald auch Halme die Erde;
immer von neuem ward weiß von belasteten Ähren der Acker.
Ströme von Milch nun wallten daher und Ströme von Nektar
Und von der grünenden Eiche troff endlos der gelbliche Honig.“ (Ovid⁶)

Lukrez, der der epikureischen Weltauffassung verbunden war, zweifelt am Schlaraffenlandzustand früherer Zeiten. In seinem Werk „Von der Natur der Dinge“ (De rerum natura) kennzeichnet er die Frühzeit der menschlichen Gesellschaft als Zeit der Mühe und Plackerei, wo Krankheiten und Hungersnöte die Menschen dezimieren. Dem sozialen Wunschdenken setzt er eine realistische Betrachtungsweise entgegen: „Das Menschengeschlecht, das damals lebte auf Erden, war weit rauher als jetzt, weil rauherem Boden entsprossen“⁷.

Dem Mythos vom Goldenen Zeitalter haben die Römer keine neuen sozialutopischen Gedanken hinzugefügt, aber sie haben die volksverbundenen sozialen Utopien, die vor allem in den Zeiten der Bürgerkriege und Sklavenaufstände weite Verbreitung fanden, umfunktioniert und instrumentalisiert für eine Verheißung eines Goldenen Zeitalters durch die an die Macht gelangte Senatsaristokratie und ihres höchsten Repräsentanten Oktavian, den späteren Kaiser Augustus.

Er wird als Bringer des Goldenen Zeitalters, als Retter der Welt, als Erlöser des Menschengeschlechts gefeiert. Analogien zur christlichen Heilslehre sind unübersehbar, und spätere Kirchenväter haben Augustus und Jesus gleichgesetzt (Bischof Melites von Sardes, 2. Jahrhundert).

Die Dichter und Schreiber des augusteischen Zeitalters aber, da allesamt Heiden, stellen die Verbindung von Augustus und Apollo her.

Vergil in seiner Aeneis, Horaz in seinen Oden, Ovid, Tibull u.a. besingen diese Lichtgestalt und geben ihren Werken damit auch den Charakter politischer Propaganda.

In der zeitgenössischen augusteischen Literatur wird in enger Verknüpfung mit dem Gedankengut vom Goldenen Zeitalter die Doktrin des Römischen Friedens, der sog. Pax Romana vertreten.

³ Plutarch, Biographie des Tiberius Gracchus, zit. nach: Sozialutopien der Antike, S. 94

⁴ Catull, 64. Gedicht, zit. nach: Sozialutopien der Antike, S. 97

⁵ Vergil, Aeneis. 8. Gesang, zit. nach: Sozialutopien der Antike, S. 98

⁶ Ovid, Metamorphosen, Erstes Buch, Leipzig 1971, S.10

⁷ Lukrez, De rerum natura, 5. Gesang, zit nach : Sozialutopien der Antike, S. 108

Vergil weissagt eine ungeahnte Ausdehnung der Grenzen des Römischen Reiches nach Indien, an das Kaspische Meer und Ägypten und Ovid triumphiert: Unter der Führung des Augustus ist der Erdkreis römisch geworden!⁸

Der Römische Frieden ist also römische Herrschaft über die damals bekannte Welt. Friede ist nur denen gewährt, die sich der römischen Herrschaft bedingungslos unterwerfen, jedem Autonomiestreben entsagen. Wo das nicht der Fall ist, wird mit kriegerischer Gewalt der Frieden erzwungen – was Augustus selbst in seinen „Taten des göttlichen Augustus“ zugibt.

Das verheißene Goldene Zeitalter bezieht sich allerdings nur auf die oberen Schichten der römischen Gesellschaft. Die Volksmassen und Kleineigentümer bleiben von den Segnungen der Eroberungskriege ausgenommen, ganz zu schweigen von den eroberten Völkern. Tacitus hat uns die Worte eines Anführers des britannischen Aufstandes gegen die Römerherrschaft übermittelt, die den Römischen Frieden aus der Sicht der Unterworfenen charakterisieren: „Diese Räuber der Welt durchwühlen, nachdem sich ihren Verwüstungen kein Land mehr bietet, selbst das Meer...Plündern, Morden, Rauben nennen sie mit falschem Namen Herrschaft, und wo sie Öde schaffen, heißen sie es Frieden.“⁹

Ob der britannische Rebell diese Worte je so gesprochen hat, bleibt dahingestellt. Interessant ist, dass der Historiker Tacitus hier ganz unverblümt den wahren Gehalt der Pax Romana auf den Punkt gebracht hat. Die Pax Romana ist eine Vorstellung von der Gesellschaft, wie sie von der herrschenden römischen Oberschicht vertreten wird: Imperialer Herrschaftsanspruch nach außen und Befriedung der von Unruhen und Aufständen gekennzeichneten inneren Lage. Die Pax Romana ist auch eine Doktrin politischen Handelns. Die Ausdehnung des römischen Herrschaftsbereiches und die ökonomische Ausnutzung der neuen Reichsgebiete bringen Rom wirtschaftlich und politisch aus der Talsohle, wie wir heute sagen würden. Was zur Glorifizierung der Pax Romana bis in unsere Zeit hinein beiträgt (neuzeitliche Anleihen: Pax Britannica im 19. Jahrhundert., Pax Americana im 20. Jahrhundert).

Wenn man die augusteischen Verheißungen eines Goldenen Zeitalters auf ihre geistigen Entstehungsbedingungen hin untersucht, stellt man fest, dass sie voll im Trend des „Zeitgeistes“ liegen. Die katastrophalen gesellschaftlichen Zustände der römischen Republik im letzten Jahrhundert vor der Zeitenwende haben Astrologen,

Magieren und Wahrsagern ein reiches Betätigungsfeld für ihr Wirken erschlossen. Apokalyptische Endzeit-Propheteien einerseits und Verheißungen eines Welterlösers andererseits teilen sich den Markt. Aus dem nahen Orient kommen in Form der sog. Sibyllinendichtungen stark antirömische Prophetien auf, die an altorientalische Weltzeitalter-Lehren anknüpfen und die Ankunft eines vom Sonnengott geschickten Messias ankündigen. Der Kerngedanke dieser Prophetien ist schnell herausgeschält: Nachdem Rom für seine Untaten an den nahöstlichen Völkern zig-fach bestraft würde, brähe ein neues Goldenes Zeitalter für die Menschen an. Volle Ernten, Gesundheit, liebliches Klima, Gerechtigkeit, Eintracht, Liebe, Treue, Gastlichkeit werden obwalten und, wie es im 3. Buch der Sibylli-

⁸ Ovid, Fasti II, zit. nach; Sozialutopien der Antike, S. 107

⁹ Tacitus, Agricola, Kapitel 30, zit. Nach: Sozialutopien der Antike, S. 108

nischen Orakel steht, wird „dem schlimmen Kriege ein Ende“ bereitet.¹⁰ Kurz: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Die christliche Lehre hat unverkennbar auch ihre Wurzeln in diesen vorderasiatischen Weissagungen. Christus als Messias trägt wie Helios die Strahlenkrone – an mehreren Stellen des Neuen Testaments wird Jesus als Lichtgestalt gekennzeichnet.

Das Urchristentum geht in dieser Zeit aus kultischen Vereinigungen des städtischen Plebs und der Sklaven hervor, die damals schon verboten werden. Der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit ist eine zentrale Kategorie der urchristlichen Lehre – der Erlöser ist der Gerechtigkeitsbringer und das Himmelreich ist das Reich der Gerechtigkeit. Aber auch sehr irdischen Protest gegen die soziale Ungerechtigkeit und gütergemeinschaftliche Ideen verbinden die untersten, besitzlosen Schichten der römischen Gesellschaft mit Visionen vom Goldenen Zeitalter. Sie werten den krassen Gegensatz von arm und reich nicht nur als ungerecht, sie artikulieren auch die Ursache bzw. den Ausdruck der sozialen Ungerechtigkeit: das Leben der Reichen auf Kosten der Arbeit anderer. Die Bibel ist voll von Bezugnahmen auf diesen Tatbestand:

- „so jemand nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“¹¹,
- „man solle arbeiten und sein eigen Brot essen“¹²,
- „mit eigenen Händen arbeiten“¹³ usw.

In der Bergpredigt wendet sich Jesus direkt an die Armen: „Selig seid ihr Armen, denn das Reich Gottes ist euer“¹⁴. Von den Reichen heißt es: „Wehe euch, die ihr jetzt satt seid! Denn ihr werdet hungern“¹⁵. Und im Gespräch mit dem reichen Jüngling fällt der zum allgemeinen Bildungsgut aller Zeiten geronnene Satz: „Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher ins Reich Gottes komme“¹⁶.

Summa summarum: Den Reichen wird die Hölle prophezeit, den Armen die Glückseligkeit. Die Forderung, die Reichen sollten von ihrem Reichtum den Armen abgeben, zieht sich wie ein roter Faden durch das Neue Testament.

Aber diese Forderungen waren illusorisch, und die Geschichte zeigte und zeigt, dass die Besitzenden nie freiwillig von ihrem Reichtum abgegeben haben.

Das Neue Testament enthält auch gleichheitskommunistische Vorstellungen, es knüpft hier an Schilderungen von den „Inseln der Seligen“ an, die den zeitgenössischen Menschen wohl bekannt sind und die z.B. im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg¹⁷ anklingen, wo der Besitzer des Weinberges allen Tagelöhnern 1 Silbergroschen gibt, ob sie nun vom frühen Morgen an oder nur eine Stunde gearbeitet haben. Ein Arbeiter findet das ungerecht und er wird vom Besitzer belehrt, dass er mit seinem Besitz machen könne, was er wolle. Diese Geschichte ist in mehrfacher Hinsicht interessant: Sie gibt eine zeitgenössische Schilderung

¹⁰ Die Sibyllinischen Orakel, 3. Buch, in: Die Apokryphen und Pseudobiographen des Alten Testaments, Tübingen 1990, S. 652f.

¹¹ 2. Brief an die Thessalonicher 3,10

¹² ebd., 3,12

¹³ 1. Brief an die Thessalonicher 4,11

¹⁴ Lukas 6,20

¹⁵ Lukas, 6,25

¹⁶ Matthäus 19,24

¹⁷ Matthäus 20,1-16

der Lage der arbeits- und besitzlosen Volksschichten, sie vermittelt Gleichheitsvorstellungen, die eigentlich Gleichmacherei sind (und damit ungerecht), und sie beschreibt Verhältnisse sozialer Ungleichheit – zwischen Besitzern und Besitzlosen und zwischen den Besitzlosen selbst. Der Kommentar der Bibel dazu fällt lakonisch aus: Die Letzten werden die Ersten sein. In der Apostelgeschichte wird eine jüdisch-christliche Gütergemeinschaft in Jerusalem beschrieben: „Alle aber ... waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie aus unter alle, je nachdem es einer nötig hatte“¹⁸.

Diese gleichheitskommunistischen Vorstellungen beziehen sich hier allerdings auf eine Konsumtionsgemeinschaft, die, als es nichts mehr zu konsumieren gab, keinen Bestand haben konnte. Der Gedanke der Gütergemeinschaft wird in späteren Sozialutopien dahingehend erweitert, den gemeinschaftlichen Besitz zum gemeinschaftlichen Wirtschaften als Grundlage für die Existenz zu nutzen (Produktionsgemeinschaften, Kommunen, Genossenschaften, Kibbuzim etc.).

Sind die „heidnischen“ antiken Vorstellungen vom Goldenen Zeitalter Paradiese der Vergangenheit, so orientieren die christlichen Utopien auf das Paradies im Jenseits. Dieser Grundgedanke wird von den christlichen Theologen, namentlich den spätantiken Kirchenvätern, fundamental ausgebaut, obwohl gerade die Kleriker die elenden Verhältnisse der Bevölkerung unter der Herrschaft der römischen Kaiser geschildert und ihre Beobachtungen auch immer mit Vorstellungen von einer gerechteren Welt verbunden haben, in der alle Menschen ihr Auskommen haben und friedlich miteinander leben (wie es Augustinus in seinem Werk „Über den Gottesstaat“ fordert).

Die spätantiken Kirchenväter interpretieren bzw. kommentieren viele Textstellen des Neuen Testaments Bezug nehmend auf reale gesellschaftliche Prozesse. Die Einteilung der Menschen in Arme und Reiche sei mit Gewalt eingeführt und stehe im Gegensatz zu Gottes Schöpfung, meint Gregor von Nazianz.

Die Kirchenväter üben auch scharfe Kritik an der Verachtung der werteschaaffenden Arbeit durch die römische Gesellschaft. Zum neuen christlichen Menschenbild gehöre die Pflicht zur Arbeit, der Faulenzer habe kein Recht zum Essen, wenn er arbeitsfähig ist. Unter dem Fußvolk der christlichen Lehre, den Mönchen, ist die Überzeugung weit verbreitet, kein wahrer Christenmensch könne ein Sklavenbesitzer sein.

Alle diese sozialutopischen Vorstellungen werden schon in der Zeit vor der sog. Konstantinischen Wende geäußert und gehen einher mit Aktivitäten der Kirche zur Linderung der größten sozialen Nöte. Immerhin entstehen in dieser Zeit erste charitative Einrichtungen und es gibt Forderungen seitens der Kirche, z.B. nach Verbot der Gladiatorenkämpfe, des Zinswuchers u.ä. Auswüchse.

Die Beschwörung gerechterer sozialer Verhältnisse und die Preisung des ewigen Friedens durch die frühchristliche Kirche bleiben alles in allem politisch indifferent. Dieser politische Indifferentismus führt zu dem historisch kuriosen Fakt, dass ausgerechnet ein römischer Kaiser, Konstantin I., per Dekret die Unterdrückten in Unterdrücker verwandelt, weil er als politisch Denkender und Handelnder erkennt, welche Potenzen in einer Lehre stecken, die auf

¹⁸ Apostelgeschichte 2, 44-47

das Jenseits vertröstet und für die Bewältigung des realen Alltags Demut und Gehorsam predigt.

Die Wirkung der großen utopischen Entwürfe der Antike reicht über die Spätantike, das Mittelalter bis in die frühbürgerliche Zeit, wo sozialutopisches Gedankengut von Männern wie Thomas Morus und Tommaso Campanella aufgegriffen und in neuer, den neuen historischen Bedingungen entsprechender Form weitergedacht wird.

Thomas Morus hat mit seinem Werk „Utopia“, das 1516 in lateinischer Sprache erscheint (1551 in englischer, 1612 in deutscher), nicht nur ein ideales Staats- und Gemeinwesen beschrieben – irgendwo auf einer Insel, von der ein reisender Epikureer berichtet. Die Utopia ist vor allem eine kritische Bestandsaufnahme der sozialen Missstände des christlichen Europa zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Morus ist Zeitgenosse der fundamentalen gesellschaftlichen Umbrüche, die die Herausbildung frühkapitalistischer Gesellschaftsstrukturen begleiten. Die Auflösung der Feudalordnung zeigt sich einerseits in der Auflösung der feudalen Gefolgschaften, ganze Armeen, die einst den Königen gegen die Vasallen gedient haben, irren brotlos gewunden durchs Land, vermehrt andererseits durch das Heer der besitzlos gewordenen Bauern, denen das Ackerland und das Gemeindeland weggenommen und zu Weideland gemacht wurde. Das Vagabundentum, in England schon seit dem 13. Jahrhundert bekannt, wird mit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert so mächtig, dass Heinrich VIII. 72 000 der von Diebstahl und Raub lebenden Vagabundierenden hängen läßt.

Morus' Utopia knüpft direkt an diese Zustände an. Er geißelt die entsetzlichen Strafen als sinnlos. Man solle diesen Menschen die Möglichkeit verschaffen, dass sie durch Arbeit ihren Lebensunterhalt finden können. Auch die Wegnahme des Gemeindelandes zum Zwecke der Profitmacherei mit der Schafwolle wird scharf angeprangert. In England fressen die Schafe die Menschen, schreibt Morus. Ein Gemeinwesen, in dem das Privateigentum herrsche und das Geld der Maßstab aller Dinge sei, könne überhaupt nicht gerecht verwaltet werden.

Den sozial ungerechten Verhältnissen in England und Europa stellt Morus die Zustände in Utopia entgegen. Während in den europäischen Staaten die reichen Herren unter dem Vorwand, dem Gemeinwohl zu dienen, in die eigene Tasche wirtschafteten, gehöre in Utopia alles dem Gemeinwesen. Alle lebten und arbeiteten für das Gemeinwohl. Es gäbe keine Müßiggänger und keine Ausgebeuteten. Jeder arbeite und erwerbe sich das Nötige für sein Leben, jeder habe Zeit für Erholung und Bildung, es herrsche Toleranz gegenüber religiösen Glaubensbekenntnissen, man liebe gutes Essen und Unterhaltung. Frauen und Männer seien gleichermaßen an den Arbeiten in der Landwirtschaft und im Handwerk beteiligt.

Die auf Utopia festgelegte Arbeitszeit von 6 Stunden begründet Morus damit, dass alle Arbeitsfähigen für die Befriedigung der Bedürfnisse arbeiten und die große Schar der unnütze Arbeiten Verrichtenden bzw. vor allem der Müßiggänger, wie sie Europa zuhauf hat, in Utopia fehlt.

„Was ist das für eine Gerechtigkeit, wenn der Edelmann...oder der Wucherer, kurz, diejenigen, die nichts tun oder doch nichts Nützliches...herrlich und in Freuden leben, indes die Tagelöhner, Kärner, Schmiede, Zimmerleute und Ackersknechte, die härter arbeiten als

Lasttiere und deren Arbeit das Gemeinwesen nicht ein Jahr lang entbehren könnte...schlechter leben müssen als Lasttiere?“¹⁹

Morus, der stark von den Ideen der Antike beeinflusst ist, geht in seinen Gesellschaftsvorstellungen einen qualitativ neuen Schritt in mehrfacher Hinsicht:

1. Die urchristlich-urkommunistische Vorstellung der Gütergemeinschaft erweitert er um die Idee des gemeinsamen Eigentums an den Produktionsmitteln, Werkstätten und Werkzeugen.
2. Er erweitert den Gemeinwesenbegriff auf die arbeitenden Klassen und Schichten und geht damit hinaus über die Platonsche Idee vom Idealstaat, die Bauern, Handwerker, Krämer und Händler sowie selbstverständlich die überhaupt außerhalb der Gesellschaft stehenden Sklaven ausschließt.
3. Er überwindet die in der Antike und im Mittelalter vorherrschende Verachtung der Arbeit. In der „Utopia“ wird erstmals der Lustgewinn des guten Gewissens nach erfüllter Pflicht „propagiert“, also das, was später als sog. protestantisches Arbeitsethos (Weber) bezeichnet wird – streng genommen ein ungenauer, irreführender Begriff, weil er das historisch neue Pflichten- und Arbeitsethos religiös und nicht sozialökonomisch erklärt.
4. Mit seiner Forderung, dass die Frauen sich nicht nur im Rahmen des auch bei ihm patriarchalischen Einzelhaushalts an den gesellschaftlich notwendigen Arbeiten beteiligen und gleiche Bildungschancen haben sollen, öffnet er die geistige Schranke für historisch neuartige Gedanken zur gesellschaftlichen Befreiung der Frauen durch ökonomische Unabhängigkeit – auch wenn er die Konsequenzen selbst sicher noch nicht absehen kann.

Verbesserungen der sozialen Ordnung erwartet Morus nicht durch Volksbewegungen, sondern durch die Einsicht und das vernünftige Handeln erleuchteter Fürsten. Dass sich seit dem 16. Jahrhundert alle Ideen zur Gestaltung der menschlichen Gesellschaft mehr und mehr an der Vernunft festmachen, ist erklärbar, wenn man sich vor Augen hält, unter welchen Widersprüchen, ja Widersinnigkeiten die neue kapitalistische Ordnung sich herausbildet. Der politisch verkrustete, nur auf Herrschaftserhalt gerichtete Apparat der Feudalordnung einschließlich seiner klerikalen Machtstützen, die Gesellschaftskritik wie auch naturwissenschaftliche Entdeckungen mit Inquisition und Tod bekämpfen, müssen als unvernünftig erscheinen.

Die französischen Aufklärer des 18. Jahrhunderts, die geistigen Väter der Revolution von 1789, appellieren an die Vernunft als einzige Richterin über alles, was besteht. Ihr Ziel ist die Errichtung eines vernünftigen Staates, einer vernünftigen Gesellschaft. Der denkende Verstand wird als alleiniger Maßstab an alles angelegt. Religion, Gesellschaft, Staatsordnung, alles wird einer schonungslosen Kritik unterzogen. Vor dem „Jüngsten Gericht“ der Vernunft soll alles sein Dasein rechtfertigen oder aber es hat keine Existenzberechtigung.

Alle die hehren Ideen und Gesellschaftsentwürfe der Aufklärung gehen mit der Revolution zu Bruch. Der Rousseausche Gesellschaftsvertrag ist mit der Schreckensherrschaft der Jakobiner den Bach hinunter gegangen. Die Zeit des Direktoriums hat feudale Unterdrückung durch Korruption ersetzt, an die Stelle des Degens tritt das Geld (Engels). Der Handel entwickelt

¹⁹ Zit. nach: Sturm, K.: Thomas Morus, Berlin/Leipzig 1948, S. 57

sich zur Prellerei, der Patriarchalismus nimmt bürgerliche Züge an, die Menschenrechte erweisen sich als Männerrechte. Soziale Ungerechtigkeit bleibt bestehen vor dem Hintergrund einer formalen Gleichheit vor dem Gesetz (was freilich ein Fortschritt war!) und der verheißene ewige Frieden löst sich auf in endlose Eroberungskriege unter Napoleon.

Am Beginn des 19. Jhs., gleichsam als Reaktion auf die tiefe Enttäuschung über die Französische Revolution, entsteht der utopische Sozialismus. Die utopischen Sozialisten sind praktisch die ersten Leute, die diese Enttäuschung artikulieren. 1802 erscheinen Saint-Simons Genfer Briefe, in denen er den Satz aufstellt, dass alle Menschen arbeiten sollen – als Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.

Ziel der Wirtschaftstätigkeit müsse es sein, Arbeit für alle zu schaffen und den Wohlstand auch für die Ärmsten zu realisieren. Er erkennt, dass die soziale Ungerechtigkeit in den bestehenden Eigentumsverhältnissen ihre Wurzeln hat und plädiert dafür, das Eigentum besser für die Allgemeinheit zu nutzen.

Bei Saint-Simon finden sich so geniale Gedanken wie die Erkenntnis, dass die Politik als Herrschaft über Menschen überführt werden müsse in eine Verwaltung von Dingen und eine Leitung von Produktionsprozessen. Mit politischem Weitblick sieht er in einer Allianz Frankreichs mit England und beider mit Deutschland die einzige Gewähr einer friedlichen Entwicklung Europas – und das verklickerte er den Franzosen nach Waterloo!

Charles Fourier tritt zunächst hervor mit seiner brillant-satirischen Kritik der Gesellschaftszustände nach der Revolution, wo Bereicherung, Korruption und Spekulation blühen. Fourier vergleicht die materielle und geistige Misere der bürgerlichen Welt mit den einstigen Verheißungen einer Vernunftsgesellschaft vor der Revolution und den dümmlichen Lobpreisungen durch die zeitgenössischen Anbeter. Fourier übt scharfe Kritik an der Gestaltung der bürgerlichen Geschlechtsverhältnisse. Er spricht zuerst aus, dass in einer Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist.

Seine Erkenntnis, dass in der Zivilisation die Armut aus dem Überfluss selbst entspringt, ist aktueller denn je.

Fouriers utopisches System besteht darin, dass er durch autarke häuslich-agrarische Gemeinschaften (Phalanstères) zu einer neuen Gesellschaft gelangen will. Er will eine natürliche Entfaltung menschlicher Bedürfnisse und Leidenschaften erreichen durch Abschaffung jeglicher Form der Ausbeutung.

Durch Fourier erhält die Genossenschaftsbewegung des 19. Jhs. wichtige Impulse. Versuche seiner Anhänger, in den USA seine Modelle zu verwirklichen, scheitern bekanntlich.

Während Saint-Simon und Fourier durch ihre Gesellschaftsanalysen hervortreten, ist Robert Owen zunächst ein Mann der Praxis, der, wie er selber von sich sagt, Ordnung in das Chaos bringen wolle. Er ist ein belesener Mann, der sich in der gesellschaftstheoretischen Literatur auskennt. Er hat Erfahrungen in der Leitung von Betrieben durch seine Arbeit in New Lanark in Schottland. In seiner ersten Musterkolonie mit 2500 Menschen führt er den Zehn-Stunden-Tag ein, verbietet Kinderarbeit unter 10 Jahren, ermöglicht Kinderbetreuung ab dem 2. Lebensjahr und sorgt für eine Schulbildung für Arbeiterkinder, kurz – er sorgt auf philan-

thropischem Wege für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und ihres Nachwuchses. Aber er tut es auf kapitalistische Weise, was ihn unzufrieden macht. Er will zu einer gesellschaftlichen Neubildung gelangen und auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums aller für die gemeinsame Wohlfahrt aller arbeiten. Diese im Kern kommunistische Idee, die er bis zum letzten Hosenknopf durchkonzipiert hat und in Irland realisieren will, bringt seinem Leben eine radikale Wende. Als kapitalistischer Philanthrop hochgeehrt und in aller Munde, wird er nun totgeschwiegen von der Presse, geächtet von der sogenannten guten Gesellschaft und schließlich verarmt er durch fehlgeschlagene Projekte in den USA.

Owen arbeitet bis zu seinem Tode in der englischen Gewerkschaftsbewegung, wo er auch wirklich etwas bewegt. Ihm ist das erste Gesetz zur Beschränkung von Frauen- und Kinderarbeit in den englischen Fabriken zu verdanken, übringens auch die ersten Versuche mit Tauschringen, die er allerdings nicht als Allheilmittel gegen gesellschaftliche Mißstände ansah, sondern als erste Schritte zu einer Umgestaltung der Gesellschaft.

Gisela Notz

Erweiterter Arbeitsbegriff aus feministischer Sicht und seine Konsequenzen Zum Sozialabbau und zur Aufwertung unbezahlter Frauenarbeit

Der Titel dieses Seminars lautet „Arbeit und soziale Gerechtigkeit aus feministischer Sicht“. Das suggeriert, daß Arbeit etwas mit Gerechtigkeit zu tun hat. Was aber ist Gerechtigkeit? Ich ziehe meinen neu erworbenen Brockhaus in 20 Bänden zu Rate. Gerechtigkeit, heißt es da, ist „jener Grundwert des menschlichen Zusammenlebens, der an das Verhalten sowohl der Einzelperson wie der sozialen Gemeinschaft in ihren verschiedenen Formen die Forderung stellt, jedem zukommen zu lassen, was ihm gebührt, und Gleiches grundsätzlich gleich zu behandeln. Dabei ist es notwendig, die Verhaltensweise und Persönlichkeit des Mitmenschen ebenso zu berücksichtigen, wie die gegebenen Verhältnisse. In diesem Sinne erstrebt die Gerechtigkeit eine der jeweiligen Einzelperson angemessene (proportionale) Gleichbehandlung aller Gemeinschaftsmitglieder und sucht Willkür und Mißbrauch auszuschließen. Der Gleichheit liegt demnach eine Norm zugrunde. Sie bezeichnet entweder objektiv – die normative Ordnung selbst oder subjektiv – den festen Willen des Menschen, sein Verhalten dieser Ordnung gemäß einzurichten“(Band 7, S. 143).

Das erinnert an die lapidare Formulierung, die der Redaktionsausschuß für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 vorgeschlagen hatte: „Der Gesetzgeber muß Gleiches gleich, Verschiedenes in seiner Eigenart behandeln“. Elisabeth Selbert, eine der Mütter des Grundgesetzes, fand, daß das eine gefährliche Formulierung war, die Ausnahmebestimmungen, die sich gegen Frauen richten können, verfassungsrechtlich legitimierte. Als juristische Expertin hatte sie ganz klar erkannt, daß auf diese Art und Weise Frauen aufgrund ihrer „biologischen Eigenart“ nicht auf allen Gebieten gleichgestellt werden konnten. Tatsächlich betonten zahlreiche Männer des Parlamentarischen Rats, daß ihnen lediglich die „besondere Schutzwürdigkeit“ der Frauen am Herzen gelegen habe. Deshalb sollte der Absatz 1 des Art. 3 GG: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, für Frauen relativiert werden. Elisabeth Selbert kämpfte wie eine Löwin dafür, daß Frauen die Gleichberechtigung auf allen Gebieten erhalten sollten und dazu bedurfte es des klaren Satzes: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.

Mit diesen beiden Formulierungen ist de jure, die soziale Gerechtigkeit aller Menschen nach dem Grundgesetz für die BRD geregelt. Daß die Wirklichkeit noch anders aussieht, steht auf einem anderen Blatt. Daraus kann schließlich auch abgeleitet werden, daß der Kampf noch lange nicht zu Ende sein sollte. Selbert und ihre MitstreiterInnen konnten sich bereits auf KämpferInnen der alten Arbeiterbewegung berufen, die eine gespaltene (Arbeits)Gesellschaft als zutiefst unmoralisch und „abnorm“ bezeichneten. Allen voran Rosa Luxemburg, die dies deutlich artikulierte: „abnorm sind im Grunde genommen alle auf soziale Ungleichheit basierenden Verhältnisse“ – und damit auch die ungleichen Geschlechterverhältnisse.

Heute trägt die ungleiche Verteilung von Arbeit und von Einfluß an der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen nach wie vor und immer mehr zur Spaltung in Arme und Reiche, aber auch zur Spaltung zwischen den Geschlechtern bei (vgl. Notz 2000). Alternativkonzepte zum Neoliberalismus der „alten“ Bundesregierung sind weit und breit nicht zu sehen. Im Gegenteil,

die Praxis paßt sich immer weiter an, „zumal die Wirtschaftslobby die Politik unter enormen Druck setzte“ (Butterwegge 2000, S. 91). Gleichheit wird – da sie nicht mehr zu erreichen ist – umdefiniert. Daher soll die „obsessive Fixierung auf Ungleichheit aufgegeben“ werden, denn: „Gleichheit muß zur Vielfalt beitragen, statt sie zu behindern“ (Giddens 1999, S.118). Das heißt nichts anderes als: Ungleichheit belebt das Geschäft.

Von MarxistInnen und anderen Linken kann freilich nicht hingenommen werden, daß soziale Ungleichheit eine gängige Kategorie bleibt. Dennoch haben bis heute auch viele von ihnen nicht begriffen, daß das Ziel der sozialen Emanzipation erst dann erreicht werden kann, wenn sich auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nicht mehr etablieren kann.

Es ist die Kategorie „Geschlecht“, die dazu dient, die soziale und wirtschaftliche Welt grundlegend zu strukturieren. Auch die in das Modernisierungsprojekt eingeschriebene soziale Ungleichheit hat ein geschlechtsspezifisches Gesicht.

Mit meinem Beitrag will ich dazu anregen, einen erweiterten Arbeitsbegriff, wie er in der soziologischen Frauenforschung bereits weitgehend benutzt wird, auch zum Gegenstand von Arbeitsmarktforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik zu machen. Ich versuche dabei, Abgrenzungen zu einem „inflationären“ Arbeitsbegriff vorzunehmen, mit dem undifferenziert behauptet wird, alles, was Menschen in ihrer wachen Zeit tun, sei Arbeit. Und ich werde auch aufzeigen, daß eine bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffs nicht ausreicht, sondern daß strukturelle Veränderungen in allen Bereichen menschlicher Arbeit unabdingbar sind.

1. Was ist Arbeit?

Industrie- und arbeitssoziologische Theorien zur Erklärung von menschlicher Arbeit - außerhalb der Frauenforschung – beziehen sich bis heute meist auf die Arbeit, die der (männliche) Lohnarbeiter in Industrie und Verwaltung leistet. Untersuchungsobjekte, -subjekte, Beschäftigte oder Arbeitspersonen, Betroffene oder Akteure sind scheinbar „geschlechtsneutral“, egal ob in der Schwerindustrie, in der kleinen Fabrik, im Kaufhaus oder Krankenhaus geforscht wird.

Der „Restbereich“, die Arbeit, die für die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft notwendig ist, bleibt weiterhin privat, unbezahlt, angeblich unbezahlbar, jedenfalls unsichtbar. Frauen, die außerhalb bezahlter Lohnarbeit Arbeiten verrichten, werden nicht zu denjenigen gezählt, die gesellschaftliche Arbeit leisten, so zeigt es auch ein Blick in die Geschichte der Frauenarbeit (Notz 1986, S. 139 ff). Freilich ist die Festschreibung der Positionierung der Frauen in Küchen und Kinderzimmern nicht ohne ihr Zutun zu begreifen (Haug 1999). Und die bloße Behauptung, die Hausarbeit sei ebenso produktive Arbeit, die in Verbindung mit der in den großen Fabriken geleisteten Arbeit für die Vergrößerung des Mehrwerts Sorge, ändert (noch) nichts an den geschlechterhierarchischen Zuschreibungen.

Das Beharren auf einem Verständnis von Arbeit als Produktionsarbeit stützt sich nicht zuletzt auf die Marxsche Darstellung im ersten Band des Kapital (MEW, Bd. 23). Danach bildet der Arbeitsprozess die allgemeine Grundlage des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. Arbeit dient (unter kapitalistischen Bedingungen) ausschließlich der Herstellung von Gebrauchswerten und Tauschwerten. Sie basiert auf dem Zusammenwirken vieler lohnarbeitender Individuen.

Durch die Gesamtheit verschiedener Arbeitstätigkeiten werden demzufolge die materiellen Grundlagen des Lebens geschaffen.

Arbeit ist danach immer auf die Erzeugung eines gesellschaftlichen Produkts gerichtet und ist somit Mittel zur Befriedigung menschlicher Lebensbedürfnisse. Die zur menschlichen Reproduktion notwendige Arbeit findet nach Marx außerhalb der Erwerbsarbeit statt und gehört nicht zur Lohnarbeit, ist also Nicht-Lohnarbeit und daher keine Arbeit. Sie ist – der Marxschen Theorie zufolge – „zweckfreie Tätigkeit“.

Daß „zweckfreie Tätigkeit“ oder „Arbeit ohne Zwangscharakter“, wie Marx sie auch nennt, „verdammter Ernst“, also harte Arbeit sein kann, wird auch von ihm gesehen. Allerdings versteht er darunter offenbar eher künstlerische Tätigkeit als Hausarbeit, wie es aus folgendem Zitat deutlich wird: „Wirklich freies Arbeiten, z.B. Komponieren, ist gerade zugleich verdammter Ernst, intensivste Anstrengung“ (Marx 1857/58, Berlin 1953, S.505).

Innerhalb der soziologischen Frauenforschung hat sich – ausgehend von einem globalen Konsens in der Ablehnung von Frauenunterdrückung und Frauenausbeutung – bereits in den 70er Jahren – die Erkenntnis der Notwendigkeit der Erarbeitung einer „feministischen Gesellschaftstheorie“ durchgesetzt, der ein erweiterter Arbeitsbegriff zu Grunde zu legen ist.

Die marxistische Gesellschaftstheorie bietet zwar den Raum für eine Theorie der Frauenbefreiung, aber eine unkritische Übernahme der marxistischen Konzepte und Thesen würde unweigerlich zu Schwierigkeiten führen. Dies deshalb, weil m.E. diese – ebenso wie die Begrifflichkeit der Kritik der Politischen Ökonomie – lediglich zur Analyse der Funktionsweise des Kapitalismus entworfen worden waren. Der Begriff der „produktiven Arbeit“, so wie er im *Kapital* verwendet wird, erfaßt den größten Teil der überwiegend durch Frauen geleisteten Arbeiten nicht. Dort entwickelt Marx die Elemente des Arbeitsprozesses und den Gedanken der Mehrarbeit. Diese wird bezogen auf das produktive Vermögen der Arbeit und auf die unabdingbare Arbeitsmenge, die zur Reproduktion der Arbeitsfähigkeit nötig ist. Die Reproduktion selbst bleibt wiederum als Arbeit unberücksichtigt.

Die Frage, ob Hausarbeit produktiv sei, ob sie als unproduktive, aber „notwendige Arbeit“ zu fassen sei, wird bis heute diskutiert. Claudia von Werlhof hat 1978 bereits in der ersten Ausgabe der Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis darauf hingewiesen, daß ohne die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen und Frauenausbeutung eine Charakterisierung und Typisierung der Logik der verschiedenen Produktionsweisen in der Geschichte nicht möglich ist. Denn damit bleibt auch die ökonomische Ausbeutung in der „Privatsphäre“ weitgehend unkommentiert und dies nicht nur deshalb, weil der (meist) männliche Ökonom sich nicht für das Thema interessiert, sondern auch, weil die ökonomische Begriffswelt bereits den Blick verstellt. Sie verweist auf die Allianz zwischen dem Kapital, den abhängig arbeitenden Männern und dem Staat, die alle ein Interesse daran hätten, die Haus(frauen)arbeit unsichtbar zu machen, nicht zu bewerten und nicht zu bezahlen, um insgesamt die Arbeit der Frauen (auch die bezahlte Erwerbsarbeit), abzuwerten und ihre Löhne niedriger als die der Männer zu halten.

Sie stellt die Analyse der Hausarbeit als „Nicht-Lohnarbeit“, die typischerweise durch Frauen geleistet wird, in den Gegensatz zur Lohnarbeit, die typischerweise durch Männer geleistet wird,

und verweist gleichzeitig darauf, daß eine Lohnarbeiterin auch zugleich immer „Nicht-lohnarbeiterin“ ist. Der Form der Ausbeutung über mehrwertproduzierende Lohnarbeit stellt sie die Ausbeutungsform über Nicht-Lohnarbeit gegenüber (vgl. Werlhof 1978, S. 25).

Arbeit ist nach Marx eine auf wirtschaftliche Ziele gerichtete, planmäßige Tätigkeit für die geistige oder körperliche Kräfte eingesetzt werden. Was nicht entlohnt wird, findet in der arbeitsfreien Zeit statt. Christel Neusüß weißt mit ihrer Marx-Kritik auf die Notwendigkeit der Einbeziehung des Privaten in das Politische. Denn Reproduktionstätigkeiten erscheinen zur Schaffung einer Privatspäre geeignet, deren Existenz und Gestaltung im Belieben einer/eines jeden Einzelnen steht. Sie gehören in den Bereich der Nichtarbeit, also der „Freizeit“. Neusüß nimmt dieses Problem auf: „Freie Zeit, Reich der Freiheit, der freien Entwicklung – im Unterschied zur Arbeit, dem Reich der Notwendigkeit, der unfreien Tätigkeit“(1985, S.136), das würde für Männer etwas grundsätzlich anderes bedeuten als für Frauen. Für den Arbeitsmann solle sich das „freie Schöpfertum“ in der arbeitsfreien Zeit entfalten. Neusüß arbeitet heraus, daß das für die Arbeitsfrau oder auch die Frau des Arbeiters nicht zutrifft. Sie wendet sich gegen einen marxistischen Arbeitsbegriff, nach dem es nach der produktiven Arbeit in der Fabrik nichts mehr zu tun gibt und verweist auf die vielfältigen häuslichen und familialen Tätigkeiten, die der „Mann Marx“ außer acht gelassen hat (vgl. Neusüß 1983).

Maria Mies geht in ihren Analysen so weit, daß sie behauptet, daß es gerade die Konzentration des herrschenden Arbeitsbegriffs auf das „Reich der Notwendigkeit“ sei, die Tatsache, daß Arbeit als notwendige Last per se betrachtet würde, die so weit wie möglich durch Technik und Maschinen zu reduzieren sei, die eine „neue, ökologische und feministische Gesellschaft“ verhindert (1988, S. 206f.). Die Verbannung von Aktivitäten, wie „Freiheit, menschliches Glück, die Verwirklichung unserer schöpferischen Fähigkeiten, Freude an der Natur, am Spiel von Kindern ...“ (S. 206) ins Reich der Nichtarbeit macht sie dafür verantwortlich, daß der Auszug der Menschen aus dem „Technopatriarchat“ verhindert würde.

Sie verweist auf die Kehrseite des durch die Verringerung der notwendigen Arbeit möglich gewordenen Paradieses, „nämlich die Hölle“ (S. 207), in der Frauen unter zwangsarbeitsähnlichen Bedingungen arbeiten. Für sie erscheint es notwendig, Arbeit als Last und Lust wieder in eins zu setzen, einen Arbeitsbegriff zu verwenden, durch den es möglich wird, Haus- und andere Nicht-Lohnarbeit einzubeziehen. Sie schließt damit an an Mitte der 80er Jahre angedachte Konsequenzen, die darauf abhoben, daß Frauen aus der Geldwirtschaft aussteigen und in die Subsistenzwirtschaft als „regionale Selbstversorgungswirtschaft“ einsteigen sollten.

Ein Zurück zu reiner Subsistenzarbeit ist sicherlich aus vielfältigen Gründen nicht möglich. Die Industrialisierung läßt sich in den Industrieländern nicht ohne weiteres zurückschrauben und sie macht auch vor der „Dritten Welt“ nicht halt. Aus international vergleichenden Untersuchungen wird die Verflechtung von Subsistenzproduktion und Warenproduktion vor allem auch in Hinblick auf die generative Reproduktion und Verwertung von Arbeitskraft deutlich (Schiel u. Stauth 1981). Vermehrte Ausbeutung von Frauen in der „Dritten Welt“, wäre zudem die Folge. (vgl. Wichterich 1988).

2. Die Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffs

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist, daß sowohl im Produktionsbereich, als auch im Reproduktionsbereich gesellschaftlich notwendige und nützliche Tätigkeiten verrichtet werden. Im Produktionsbereich stellt der Lohnarbeiter oder die Lohnarbeiterin seine bzw. ihre Arbeitskraft dem Arbeitgeber zur Verfügung, um Produkte herzustellen bzw. Dienstleistungen zu erbringen. Die Reproduktionstätigkeiten erscheinen jedoch als Schaffung einer Privatsphäre, deren Existenz und Gestaltung im Belieben eines jeden Einzelnen steht. Produktionsarbeit und Reproduktionsarbeit vollziehen sich in scheinbar unabhängigen Bereichen. Diese Trennung sowie die Tatsache, daß Lohnarbeit die vorherrschende Form ist, in der die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten verrichtet werden, führt zu einer Gleichsetzung von Lohnarbeit und Arbeit. Damit werden alle Reproduktionstätigkeiten als Nichtarbeit oder „Freizeit“ gefaßt und somit abgewertet. Der Reproduktionsbereich ist überwiegend der Wirkungsbereich von Frauen. Soll (zunächst) die Trennung zwischen Produktionsarbeit und Reproduktionsarbeit beibehalten werden, so wäre unter „Produktionsarbeit“ die instrumentell gebundene, zielgerichtete, gesellschaftlich nützliche Tätigkeit in Produktion und Dienstleistung zu verstehen. Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit (oder einer anderen das Einkommen sicherstellenden Erwerbsarbeit), die zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und des menschlichen Lebens notwendig sind, wären dann „Reproduktionsarbeit“.

Der Reproduktionsbereich bezeichnet jedoch in meiner Definition kein „Reich der Freiheit“, als Substitut zu den Erwerbsarbeiten. Die Arbeiten, die dort geleistet werden, sind vielfältig strukturiert und stets komplementär zum Produktionsprozeß zu sehen. Durch die Abkoppelung von der unmittelbaren Einflußnahme des kapitalistischen Verwertungsprozesses werden dort Zeitstrukturen, Arbeitsformen und psychisch-emotionale Beziehungsweisen möglich, ohne die die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der Individuen nicht erhalten und erzeugt werden könnten (vgl. Negt und Kluge 1972). Produktions- wie Reproduktionsarbeiten können sowohl mit Mühsal verbunden sein, wie auch Befriedigung, Lust und Selbstbestätigung verschaffen.

Ein „erweiterter“ Arbeitsbegriff umfaßt alle Formen von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit. Er schließt auch jene Aktivitäten ein, die Hannah Arendt in „arbeiten“, „herstellen“ und „handeln“ unterteilt, also die Aktivitäten zur Sicherung der Gattung und des Am-Leben-Bleibens, die Produktion einer künstlichen Welt von Dingen, „die unserem flüchtigen Dasein Bestand und Dauer entgegenhält“ (=herstellen), und das Handeln, das „der Gründung und Erhaltung politischer Gemeinwesen dient“ (Arendt 1981, S. 15). Jede Aktivität greift gestaltend und kulturbildend in unsere Verhältnisse ein, zwar nicht jede mit gleichem Gewicht, aber keine ohne Bedeutung.

3. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung

Die beiden Hauptkategorien (Reproduktions- und Produktionsarbeiten) lassen sich nur analytisch trennen. Geht man bei der Definition von Produktionsarbeit allein von der Tätigkeit des Produzierens aus, so müßten auch viele Arbeiten außerhalb der Lohnarbeit dazugezählt werden, weil auch dort produziert wird.

An der Tatsache, daß die Zuordnungen zu den verschiedenen Arbeitsverhältnissen sowie die Trennung von unbezahlter und bezahlter Arbeit auch die geschlechtshierarchischen Beziehungen zwischen Männern und Frauen bestimmt, ändern diese Verwischungen nichts. Sieht man von einigen Hausmännern ab, sind in den Hausarbeitsverhältnissen ausschließlich Frauen zu finden. Frauen, die Erwerbsarbeitsverhältnisse ausüben, sind dort meist mit Tätigkeiten befaßt, die in hohem Maße partialisiert, niedrig entlohnt, auf den unteren hierarchischen Ebenen angesiedelt sind und dem sogenannten „weiblichen Arbeitsvermögen“, das aus der historischen Beschränkung der Frau auf Haus- und Familienarbeit abgeleitet wird, entsprechen. (Vgl. dazu z.B. Knapp 1987)

Es ist die Konzeptionierung der Frau als Hausarbeiterin, die dazu führt, daß viele Frauen in ökonomischer Abhängigkeit leben müssen. Die Notwendigkeit für diese Abhängigkeit wird oftmals mit der Doppelorientierung der Frauen auf Kind und Beruf begründet. Tatsächlich lassen sich für die meisten Frauen die Arbeitsbereiche Erwerbsarbeit und Hausarbeit nicht auseinanderreißen, weil sie über weite Strecken ihres Lebens den physischen und psychischen Anforderungen in beiden Bereichen ausgesetzt sind und diese ausbalancieren müssen (vgl. Becker-Schmidt u.a. 1982; Notz 1991). Die immensen Benachteiligungen, die sich für Frauen aus der „Doppelorientierung“ ergeben, setzen jedoch vor der Mutterschaft an, wirken weit über diese hinaus und betreffen auch Frauen, die niemals Mütter waren oder werden wollen.

Die Frauenerwerbsquote stieg in den letzten Jahrzehnten in den westlichen Industrieländern kontinuierlich an. Besonders in der Bundesrepublik werden Frauen daher für die wachsende Erwerbslosigkeit verantwortlich gemacht. Denn ihre ständig „steigende Erwerbsneigung“ (West) und ihr hartnäckiges Festhalten an der Erwerbsbeteiligung (Ost) wird wie eine ansteckende (West) oder unheilbare Krankheit (Ost) diskutiert. Nicht übersehen werden darf allerdings, daß Frauen-Erwerbsarbeit auch immer häufiger keine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht (Zunahme von ungeschützter und Teilzeitarbeit), es kann also ohnehin immer nur von einem quantitativen Zugewinn gesprochen werden.

4. Was ist gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit?

Wenn Arbeit gesellschaftlich nützliche Tätigkeit sein soll, so sind in meinem Arbeitsbegriff destruktive Arbeiten, die der Zerstörung von Mit- und Umwelt und kriegerischen Auseinandersetzungen dienen, nicht verankert. Diese Arbeiten sind heute meist mit großer gesellschaftlicher Akzeptanz und hoher materieller Alimentation versehen. Für mich fallen sie nicht unter Produktionsarbeiten und schon gar nicht gehören sie zu den Reproduktionsarbeiten. Arbeit in Initiativen, die sich gegen Zerstörungsarbeit wenden, wäre gesellschaftlich nützliche Arbeit und daher unter die Reproduktionsarbeiten zu subsumieren. Betriebliche Initiativen zur Konversion von Vernichtungs- und Rüstungsindustrie gehören selbstverständlich in den Bereich der Produktionsarbeiten.

Die Schwierigkeiten einer Abgrenzung zwischen Destruktion und Produktion liegen in der modereren Technikgesellschaft auf der Hand: Technik – z. B. in Form des Autos – kann Gegenstand von Arbeit sein, Gebrauchsgegenstand für das Subjekt oder auch – global betrachtet

– Instrument von Umweltvernichtung (Siebel 1990, S. 18).

Eine andere Arbeitsform, die ich mit dem oben entwickelten Arbeitsbegriff ebenfalls nicht erfaßt habe, ist die „Beziehungsarbeit“. Er wird in der Frauenforschung oft verwendet. Kontos und Walser (1979, S. 97ff.) benutzen diesen Begriff, um damit die psychischen Dimensionen der Hausarbeit zu fassen. Diese psychischen Dimensionen grenzen sie ab von der materiellen Hausarbeit. Die Schwierigkeit einer empirischen Trennung führen sie auf die Unsichtbarkeit der „Beziehungsarbeit“ und die Vermischung derselben mit der „von Arbeit unabhängigen Interessen an menschlicher Beziehung“ zurück.

Nach meiner Beobachtung ergeben sich die Schwierigkeiten der Abgrenzung vor allem durch die Annahme der psychischen Durchdringung auch „einfacher“ materieller Hausfrauentätigkeiten.

Diese psychische Durchdringung erstreckt sich m. E. gleichermaßen auf Hausarbeit wie auch bezahlte Arbeit. Ebenso auf Hausarbeit als bezahlt geleistete Arbeit. Sie trifft auch auf Erziehungsarbeit zu, wie sie durch Tagesmütter oder in einer Institution arbeitende Erzieherinnen geleistet wird. Zweifelsohne sind also mit dem Begriff „Beziehungsarbeit“ Anforderungen bezeichnet, die sowohl in der Reproduktionsarbeit, als auch in der Produktionsarbeit vorwiegend von Frauen verlangt und auch erfüllt werden. Ein Blick in die Geschichte der Professionalisierung der Heil- und Pflegeberufe zeigt, daß das Image solcher Frauenberufe seit Beginn der Industrialisierung von der jeweiligen gesellschaftlichen Bewertung der „Beziehungsarbeit“ abhängt. Das führt dazu, daß einerseits unterstellt wird, die notwendigen Qualifikationen könnten gar nicht erlernt werden, weil sie zum Repertoire „weiblicher Fähigkeiten“ gehörten, andererseits angenommen wird, durch komplexer werdende psychische und physische Notlagen wird eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung dringend erforderlich (Notz 1986). Die jeweilige Bewertung der Arbeit ist abhängig davon, ob genügend Frauen zur Verfügung stehen, die diese Arbeit unbezahlt leisten können. Dies wiederum ist abhängig davon, in welcher Höhe sozialstaatliche Mittel für diese Arbeiten bereitgestellt werden und davon, ob die Wirtschaft die Eingliederung der Frauen braucht oder nicht, also von Sozial-, Familien und Wirtschaftspolitik.

Nach meiner Definition sind „Beziehungsarbeiten“ nicht unter den Arbeitsbegriff zu fassen, weil sie mit allen anderen Arbeiten kohärent sind. Ich betrachte sie als eine zur Ausübung der verschiedenen Arbeiten notwendige Qualifikation. In diesem Zusammenhang zählen sie zu den sozialen Qualifikationen, die – im Sinne einer Entpolarisierung der Geschlechterverhältnisse – von Frauen wie Männern in allen Arbeitsverhältnissen zu erbringen wären.

5. Handlungsoptionen für das Politikfeld Arbeit

Angesichts der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung, verbunden mit Erwerbslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Armut, aber auch angesichts der gewachsenen Bedürfnisse der Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe und eigenständiger Existenzsicherung durch sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und möglichst selbstbestimmte Arbeit, kommt es darauf an, Konzepte zu entwickeln, wie die begrenzt vorhandene sinnvolle bezahlte Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden kann. Das bedingt aber auch Überlegungen für eine gleichmäßige Verteilung der jetzt unbezahlt geleisteten Arbeit.

Betrachten wir Konzepte und Strategien zur „Lösung“ der aktuellen Arbeitsmarktprobleme, so wird die Verkehrung feministischer Forderungen und Anliegen deutlich. Hier wird der von Feministinnen geforderte „erweiterte“ Arbeitsbegriff aufgenommen und geradezu ins Gegenteil verkehrt, indem bisher im Bereich der Reproduktion angesiedelte Tätigkeiten als Arbeit ideologisch aufgewertet werden und als „Frauenarbeiten“ außerhalb des Arbeitsmarktes verbleiben sollen (vgl. das Konzept „Erziehungsgehalt“ von Leipert/Opielka, 1998) oder Ersatzfunktionen zur Abmilderung einer sozialstaatlichen Abbaustrategie übernehmen sollen (vgl. die Diskussion um Bürgerarbeit und „neues Ehrenamt“). Der Staat verabschiedet sich aus der Verantwortung für das Gemeinwohl, indem er an den Gemeinsinn von BürgerInnen appelliert (vgl. Notz 1998).

Doch die – wenn auch noch zögerliche – Verweigerung der (Allein)Zuständigkeit von Frauen reißt Lücken in die häuslichen Versorgungssysteme, die dann durch niedrig bezahlte außerhäusliche Dienstbotinnen (wiederum Frauen) erledigt werden sollen. Auch für die neuen Dienstbotinnen gilt, was Lilly Braun um die Jahrhundertwende schrieb: „Der Arbeiter verkauft einen, wenn auch den allergrößten Teil seiner Arbeitskraft, der Diensthote verkauft seine Person“ (1979, S. 46). Wenn die Rollenaufteilung zwischen „Haupternährer“ und Hausfrau bzw. Zuverdienerin in kleinfamilialen Lebensformen nicht bzw. nur auf Kosten anderer Frauen aufzuweichen ist, wird es notwendig, die Kritik an der kleinfamilialen Lebensform, wie sie anfang der 70er Jahre geführt wurde (wieder) aufzunehmen (vgl. Notz 1996). Heute gelten andere Formen des Zusammenlebens, die unter günstigen Umständen ebenbürtige Geschlechterverhältnisse erlauben, immer noch und immer wieder als „Abweichung“ von der Norm.

6. Verbindung von feministischer Kritik und Utopie

Notwendig wird eine feministische Wissenschaftskritik, die den traditionellen Begriff „Arbeit“ kritisiert und als völlig falsch entlarvt. Die bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffs um Reproduktionsarbeiten reicht nicht. Die Kritik der Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen zielt über die Forderung nach Einbeziehung aller jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten in die Lohnform hinaus. Schließlich geht es um eine Kritik an der Lohnförmigkeit auch der jetzt bezahlt geleisteten Arbeit und der Abhängigkeit der bloßen Existenz vom gezahlten Lohn. Und diese Kritik muß geschlechtsspezifisch geführt werden. Unter diesem Aspekt ist das Phänomen Arbeit zweifach zu analysieren. Zum einen unter dem Aspekt einer funktionalisierten, d.h. entpersonalisierten Form, bei der es um den optimalen Einsatz der Arbeit zur wirtschaftlichen Zielerreichung geht, zum anderen in einer personalisierten, d. h. entfunktionalisierten Form, bei der die TrägerIn der Arbeit, also die ArbeiterIn im Mittelpunkt der Analyse steht. Die Kritik muß auch die Inhalte aller Arbeitsbereiche erfassen. Sie muß also auch die Scheidung zwischen dispositiven Faktoren (Planung, Anweisung, Organisation) und ausführenden Faktoren in allen Arbeitsbereichen enthalten, ebenso wie sie die Ausrichtung auf lebenslange Ganztagsarbeit (für Männer) kritisieren muß, wie die Ausrichtung auf lebenslange Sorgearbeit (für Frauen). Neben die Problematisierung inhumaner fremdbestimmter Arbeitsbedingungen in der Produktionsarbeit

muß die Problematisierung des kommunikationslosen Charakters der Arbeit in den dunklen Küchen treten, die ebenso wie viele Formen der „Eigenarbeit“ und nicht marktvermittelter Versorgungsarbeit vom toten Kapital definiert wird, genau so wie die Arbeit in der großen und kleinen Fabrik.

Konstruktive Kritik kann nur unter den Bedingungen einer Zielvorstellung, also einer Vorstellung vom Anderen, Besseren, von sinnvoller Lebens-Arbeit erfolgen. Schließlich geht es um die Aufhebung der entfremdeten Arbeit in allen Arbeitsbereichen und um die Teilhabe von Männern und Frauen am ganzen Leben. Der Kritikbegriff muß mit einem neuen Utopiebegriff zusammengebracht werden. Das hieße, eine Verallgemeinerung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit (bezahlter und unbezahlter, auch gemeinwesenorientierter und ehrenamtlicher Arbeit) auf alle anzustreben ebenso wie ein Recht auf existenzsichernde, sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit für alle Menschen, die das wollen. Es geht also um den Blick auf die Arbeit als Ganzes und um die Teilhabe von Frauen und Männern am ganzen Leben.

Erst so können die befreienden Dimensionen nicht-marktförmiger Arbeit ohne zusätzliche Ausbeutung wirklich werden. Ziel wäre eine Arbeit, die so gestaltet ist, daß Erwerbsarbeit, Hausarbeit und die Arbeit im sozialen, politischen, kulturellen, künstlerischen und gemeinwesenorientierten Bereich zeitlich, räumlich und inhaltlich eine Einheit darstellen, in die die Sorge, Verantwortung und Hilfe für menschenwürdiges Leben von Kindern, Jugendlichen, Kranken und alten Menschen integriert werden kann. Dies wäre eine Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Manifest, MEW Bd.4, S.482).

Genossenschaftliche und kommunitäre Arbeits- und Lebensformen gehen in diese Richtung. Sie setzen auf die Kraft des Experiments und werden vielleicht immer weitere Gebiete erschließen und ihre Konzepte und Ideen in immer weitere Kreise tragen.

Literatur

Arendt, Hanna: *vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1981

Beck, Ulrich: *Was heißt Globalisierung?* Frankfurt/M. 1997

Butterwegge, Christoph: *Alternative zur neoliberalen Modernisierung oder Neoliberalismus in Rot-Grün? Eine kritische Zwischenbilanz der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kabinetts Schröder*, in: *Widersprüche*, H. 75/2000

Becker-Schmidt, Regina u. a.: *Nicht wir haben die Minuten, die Minuten haben uns. Zeitprobleme und Zeiterfahrungen von Arbeitermüttern in Fabrik und Familie*, Bonn 1982

Becker-Schmidt, Regina; Gudrun-Axeli Knapp; Beate Schmidt: *Eines ist zu wenig - beides ist zu viel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik*, Bonn 1983

Braun, Lilly: *Die weiblichen Dienstboten*, in: Brinker-Gabler, Gisela: *Frauenarbeit und Beruf*. Frankfurt/M. 1979

Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS): *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland - Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht*, Bonn 1994

Giarini, Orio; Patrick M. Liedtke: *Wie wir arbeiten werden: Der neue Bericht an den Club of Rome*; Hamburg 1998

Giddens, Anthony: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt/M. 1999

Goetz, Andre: *Und jetzt wohin? Nördlingen* 1991

Haug, Frigga: *Feministisch arbeiten mit Marx*, Manuskript 1999

Janshen, Doris (Hrsg.): *Hat die Technik ein Geschlecht. Denkschrift für eine andere technische Zivilisation*. Berlin 1990

Knapp, Gudrun-Axeli: *Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen*, in: Beer, Ursula (Hrsg.): *Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik*, Bielefeld 1987, S. 236-273

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil I, II und III*, Bonn 1997

- Kontos, Silvia und Karin Walser: Weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen, Berlin, Stein 1979
- Leipert, Christian/Opielka, Michael: Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit. Freiburg 1998
- Lenz, Ilse; Renate Rott (Hrsg.): Frauenarbeit im Entwicklungsprozeß, Saarbrücken/Ford Lauderdale 1984
- Lenz, Ilse: Liebe, Brot und Freiheit: Zur neuen Diskussion um Subsistenzproduktion, Technik und Emanzipation in der Frauenforschung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H. 21/22, 1988
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), Berlin 1954
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (Marx-Engels-Werke Bd. 23), Berlin 1974
- Marx, Karl; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1988
- Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1974
- Metz, Ursula: Was ist Arbeit? - Überlegungen zum Vergleich von Erwerbstätigkeit und Erziehungs- bzw. Familienarbeit. Vortrag anlässlich der Sitzung des Deutschen Landfrauenverbandes, Ausschuß „Familien und Gesellschaftspolitik“ November 1998 in Bonn
- Mies, Maria: Die Krise ist eine Chance, Subsistenz statt „Entwicklung“, in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 198-223
- Negt, Oskar; Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. zur Organisationsanalyse von proletarischer und bürgerlicher Öffentlichkeit. Frankfurt/M. 1972
- Neusüß, Christel: Und die Frauen? Tun die denn nichts? Oder: was meine Mutter zu Marx sagt, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H. 9/10, 1983, S. 181-206
- Neusüß, Christel: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg 1985
- Notz, Gisela: Frauen, die zum Nulltarif arbeiten, waren immer unentbehrlich. Zur Geschichte der ehrenamtlichen Tätigkeit von Frauen im sozialen Bereich. In: Dalhoff, Jutta; Ursula Frey; Ingrid Schöll (Hrsg): Frauenmacht in der Geschichte, Düsseldorf 1986
- Notz, Gisela: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder, Rahmenbedingungen und Optionen, Freiburg 1989
- Notz, Gisela: Die Arbeit der Frauen. Frauenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, 1989, S. 59 - 81
- Notz, Gisela: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern, Bonn 1991
- Notz, Gisela: Verlorene Gewißheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt/M. 1996
- Notz, Gisela: Die Arbeit der Frauen und ihre Zukunft - unter den Bedingungen von Globalisierung, in: Utopie kreativ, Mai/Juni 1998, Berlin, S. 14 - 29
- Notz, Gisela: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt - Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm 1999 (2. Aufl.)
- Notz, Gisela: Über den traditionellen Arbeitsbegriff und die Notwendigkeit seiner Veränderung, in: Utopie kreativ, November/Dezember 1999, Berlin, S. 151 - 161
- Notz, Gisela: Es geht um Umverteilung! Rotgrün und die Krise des Sozialstaats aus frauenpolitischer Sicht, in: Widerspruch, H. 39/2000, S. 55 - 68
- Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. New York 1995
- Schiel, Tilmann/Georg Stauth: Subsistenzproduktion und Unterentwicklung, in: Peripherie 5/6, 1981
- Siebel, Werner: Bürgerliches Subjekt und technische Zivilisation. Der Mensch als Störfall technischer Rationalität, in: Ästhetik und Kommunikation, H. 75/1990, S. 12-21
- Werhof, Claudia von: Der blinde Fleck in der politischen Ökonomie, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis H. 1/1978, S. 18-32
- Werlhof, Claudia von: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau? in: Werlhof, Claudia von; Maria Mies; Veronika Bennholdt-Thomsen: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983
- Wichterich, Christa: Überlebenspragmatikerinnen - ein Bein in der Subsistenz-, das andere in der Warenproduktion. Erfahrungen mit Stammesfrauen in Indien, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H. 23/1988, S. 9-20

Carola Möller

Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette

Beim Treffen des Frauenforums in Würzburg (Okt. 1999) habe ich über Forschungsergebnisse aus dem Münchener Sonderforschungsbereich zur Entgrenzung von Erwerbsarbeit und der zunehmenden Vereinnahmung von unbezahlter Arbeit durch das Kapital berichtet (Möller/Peters, 1999). Dies halte ich für einen wichtigen Befund zur Neubestimmung der sich verändernden Produktionsverhältnisse. Solche Analysen sind ja ein durchgängiges Thema für das Frauenforum. Zudem habe ich dann auch noch über die für mich anregenden Texte der italienischen Operaisten berichtet und ihren Begriff von „immaterieller Arbeit“ eingebracht:

„Immaterielle Arbeit“, verstanden als intellektuelle, affektiv-emotionale und techno-wissenschaftliche Arbeit (Negri/Hardt, 1997: 14/15), charakterisiert ebenfalls Veränderungen in der Vernutzung der Arbeitskraft. Bis in die siebziger Jahre hinein war die manuelle Industriearbeit in großen Fabriken, organisiert in tayloristischer Weise, verbunden mit der tariflichen Sicherung eines Normalarbeitsverhältnisses (für Frauen eher nicht geltend) die **bewußtseinsprägende Produktionsweise** (Klassenbewußtsein). Heute dominiert eine Erwerbsarbeit in diversen Formen von Dienstleistungen im tertiären und quartären Sektor, mit flexibilisiertem Arbeitseinsatz und deregulierten Arbeitsverträgen, mit international vernetzten Arbeitsgruppen und einer zunehmenden Zahl von kleinen Selbständigen und starker Verlagerung des Gewinn- und Unternehmer-Risikos auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die Pseudo-Selbständigen. Die Kapitalseite verändert unter den neuen technischen Möglichkeiten den bisherigen Produktionsprozeß vorrangig in einen wissenschaftlichen Prozeß. Die sich neu herausbildenden Produktionsverhältnisse korrespondieren noch nicht mit einem neuen klassenbewußten Subjekt auf der Seite der Arbeitskraftverkäufer und -verkäuferinnen. Ob und, wenn ja, in welcher Weise sich hier etwas Neues herausbilden wird, ist noch offen.

Boutang benennt drei Kennzeichen, die den Bruch mit dem bisherigen Wirtschaften markieren: „1. Die Quelle des Reichtums verlagert sich auf konzeptionelle Tätigkeiten. 2. Der hinzugefügte Wert wird vor allem durch Transaktionen aller Art, insbesondere aus den Bereichen Kommunikation und Distribution, erzeugt. 3. Die Hierarchie der Aktiva kehrt sich um, die bestimmenden sind nunmehr immateriell...“ (Negri u.a., 1998, 13,14).

Ich habe inzwischen versucht, immaterielle Arbeit genauer zu fassen, (siehe auch Möller, 2000) und zwar in Hinblick auf dominante Tätigkeitsfelder, auf die Art und Weise, wie dort Arbeit organisiert wird, auf die erforderlichen neuen Qualifikationen und auf ihre Auswirkungen sowohl auf die individuelle Lebensführung als auch auf ein kollektives Selbstverständnis. Über die politischen Konsequenzen müssen wir uns im weiteren auseinandersetzen.

Immaterielle Arbeit definiere ich – im Kontext der verarbeiteten Literatur – als zielgerichtetes Entwickeln und problemorientiertes Zuschneiden von Informationen, Kommunikation, Medien und Wissen und deren geschicktes alltägliches ‚Handling‘. Sie wird einerseits zunehmend benötigt zur Optimierung der inner- und zwischenbetrieblichen Arbeitsorganisation (Minimierung von Transaktionskosten) und andererseits zur Optimierung des

Verkaufsumfeldes. Sie wird in zwei unterschiedlichen Formen produziert: als Informations- und Kommunikationsarbeit zur Vermarktung von Waren und Diensten und als Imagearbeit, mit der ein ideologisch-kulturelles Milieu rund um die Waren und Dienste unter Einbeziehung des Kunden hergestellt wird.

Immaterielle Arbeit dient der Realisierung des Mehrwerts. Sie schafft **Wert**, wenn ‚Wert‘ als gesellschaftliches Verhältnis verstanden wird, und sie schafft **Mehrwert** besonders wenn sie als unbezahlte Arbeit in den Verwertungsprozess eingeht. Das geschieht heute gerade bei der immateriellen Arbeit in verstärktem Maße.

Immaterielle Arbeit bewirkt aber auch eine neue **Bewertung** unter den kapitalistisch agierenden Unternehmen. Heute wird z.B. bei Fusionen ein Firmenwert, nicht mehr vornehmlich nach dem Sachvermögen bewertet, sondern nach der Kreativität der Crew und des Managements, nach der Flexibilität der Angebote und nach dem Image. Auch die Herstellungskosten für Waren spielen eine immer geringere Rolle. Unternehmen verschenken z.T. Waren (Waren haben immer kürzere Lebensdauer), nur um die Kunden in langfristige Servicebeziehungen einzubinden und die Kosten über die erforderlichen Dienstleistungen dann herein zu holen.

Immaterielle Arbeit ist Dienstleistungsarbeit, aber nicht alle Dienstleistungsarbeit ist immaterielle Arbeit bzw. ihr Anteil an Dienstleistungen ist unterschiedlich. Eine personenbezogene Dienstleistung (z.B. Altenpflege) hat in ihrem bezahlten Teil nur geringe Anteile von immaterieller Arbeit, während die Produktion einer Werbung eine hauptsächlich immaterielle Tätigkeit ist. Immaterielle Arbeit ist zum Teil direkt eingebunden in die materielle Produktion, z.B. in Steuerungsprozessen. Das Wachstumspotential immaterieller Arbeit jedoch beruht auf der Auslagerbarkeit dieser Tätigkeiten, auf ihrer Ortsungebundenheit. Das wiederum haben die neuen Informations- und Kommunikationstechniken ermöglicht. Es lassen sich also das Management des Verwertungsprozesses und die eigentliche Produktionsarbeit von einander trennen, was die Profite nicht vermindert, sondern erhöht. Um profitorientiert zu arbeiten, braucht es immer weniger Arbeitskräfte. So hat sich in den Industrieländern in den vergangenen Jahren die Zahl der Beschäftigten in der Produktion deutlich verringert und wird weiter schrumpfen. Dostal/Reinberg vom IAB prognostizieren: Der Anteil der Erwerbstätigen in produktionsorientierten Tätigkeiten an allen Erwerbstätigen in solchen Tätigkeitsgruppen geht zwischen 1995 (30,7%) und 2010 (24,0%) um 6,7%-Punkte zurück. Von diesen Veränderungen sind ca. 2,5 Mio. Erwerbstätige betroffen. Dagegen steigt in der gleichen Zeitspanne der Anteil der Erwerbstätigen in den Bereichen Forschen, Entwickeln, Organisation, Management, Betreuen, Beraten, Lehren, Publizieren u.ä. um 5,2%-Punkte, nämlich von 26,4% (1995) auf 31,6 % (2010). (IAB-Kurzbericht Nr.10 v. 27.8.99)

Die immer noch effektive arbeitsteilige Massenproduktion, Fließbandarbeit und sonstige Tätigkeiten für un- und angelernte Arbeitskräfte werden in osteuropäische Billiglohnländer, in die Entwicklungsländer und Schwellenländer und dort wiederum gerne in die berüchtigten freien Produktionszonen (z.B. die Maquilladoras) mit extrem niedrigen Frauenlöhnen ausgelagert, weil solche kostengünstige Produktion von hiesigen Industriearbeitern und -

arbeiterinnen nicht mehr (bzw. noch nicht wieder) zu haben ist. Das Problem fehlender Erwerbsarbeit für un- und angelernte Arbeitskräfte hier bei uns ist in seiner Brisanz noch gar nicht erkannt.

Tätigkeitsfelder

Um die Tätigkeitsfelder entmaterialisierter Arbeit etwas genauer zu bestimmen, habe ich nochmals zurückgegriffen auf Robert Reich (1993), den früheren Arbeitsminister von Clinton. Er unterscheidet Anfang der neunziger Jahre in seinem Buch über „Die neue Weltwirtschaft“ m.E. zu recht die wichtigsten Tätigkeitsfelder der Zukunft in:

Routinemäßige Produktionsdienste: „Die Fußsoldaten der Informationswirtschaft sind Horden von Datenbankverarbeitern, die ‚in Hinterzimmern‘ an weltweit mit Datenbanken verbundenen Computer-Terminals sitzen, Daten eingeben und sich ausgeben lassen.“ (Reich 1993, 195) Der Arbeitsgegenstand der ListenschreiberInnen ist immateriell, ihre Arbeit monoton und das Tempo wiederum von Computern kontrolliert, ähnlich der früheren Fließbandarbeit in der Produktion.

Kundenbezogene Dienste: Die Leistungen werden „von Person zu Person erbracht“ (197), also im Unterschied zu den Produktionsdiensten nicht weltweit vermarktet. Es sind dies z.B. Verkäuferinnen, Hotelangestellte, Krankenschwestern, Taxifahrer, Makler, Wachpersonal. Der immaterielle Anteil ihrer Arbeit ist relativ gering. Sie brauchen eine gepflegte äußere Erscheinung, Freundlichkeit und müssen es verstehen, wie Reich schreibt, „andere in einen Zustand der Zufriedenheit und Entspannung zu versetzen“ (197), weshalb viele solcher Stellen mit Frauen besetzt sind.

Symbolanalytische Dienste: „Symbolanalytiker lösen, identifizieren und vermitteln Probleme, indem sie Symbole manipulieren.“ (199) Die Werkzeuge ihrer Manipulationen sind ihr Wissen und ihre Erfahrungen, sind mathematische Algorithmen, juristische Argumente, Finanztricks, wissenschaftliche Regeln, psychologische Kenntnisse, Induktions- und Deduktionsgefüge oder sonstige Techniken des Umgangs mit Begriffen und Symbolen (199). Rifkin nennt sie auch die „Wissensarbeiter“ (140). Reich zählt einige typische Berufe auf: Forscher, PR-Manager, Anwälte, Baulanderschließer, Ingenieure für Design, Berater für Management, Finanzen und Steuern, Spezialisten für Information, Führungskräfte für betriebliche Entwicklung, strategische Planung, Personalvermittlung und Kostenanalysen, Werbemanager, Journalisten und andere Medienspezialisten, Universitätsprofessoren. Sicher nicht zufällig wurde hier vom Autor (oder war's der Übersetzer?) jeweils die männliche Form gewählt. Reich schätzt, dass 1990 ca. 20% der amerikanischen Erwerbstätigen Symbolanalytiker waren (201). Die Arbeit dieser Berufsgruppen ist im umfassenden Sinne immaterielle Arbeit. Sie wird, wie die Produktionsdienste, weltweit vermarktet, aber nicht zu Niedrigstlöhnen, sondern zu Höchstpreisen. Symbolanalytiker verdienten 1989 mehr als die übrigen vier Fünftel der Bevölkerung zusammen (291). Die satten Gewinnmöglichkeiten für Firmen, bringen z.B. einen ‚verschlankten‘ Baukonzern wie die Hoch-Tief AG dazu, kaum noch eigene Bauarbeiter zu haben, sondern seine Aktivitäten auf die Akquisition von Aufträgen (dazu gehören: Landschafterschließung, Herstellung von Vorhabensakzeptanz, Patentankäufe, Subventions-

und Kreditbeschaffung, Vertragsgestaltungen) auf das Management und Controlling von Bauleistungen, die Abrechnungen (Generalunternehmer) bis hin zur anschließenden Vermarktung des Objekts zu konzentrieren.

Inzwischen gehen die Neu- und Umstrukturierungen in den Firmen und Verwaltungen weiter - angetrieben vom shareholder-value-Prinzip und dem augenblicklichen Fusionsfieber. Gerade bei den kundenbezogenen Diensten werden m.E. die Grenzen zu den symbolanalytischen Diensten immer fließender. Hier wären detaillierte Untersuchungen notwendig. Ein deutliches Unterscheidungskriterium ist für mich die Bezahlung. Ich nehme beispielsweise die Sachbearbeiterin in einer Bank, die die weniger attraktiven Kunden berät; sie braucht sowohl die soziale Kompetenz zum zielgerichteten Umgang mit Kunden und zur geforderten innerbetrieblichen Teamarbeit, als auch Wissen und Erfahrung im Umgang mit dem weltweiten Informationsnetz, hier des Geldmarktes. Ihr Einkommen ist mittelmäßig, entsprechend dem weniger Gewinn abwerfenden Tätigkeitsfeld. Ihre nicht unberechtigte Angst, Opfer der nächsten Rationalisierung zu werden, ist ständig präsent. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit in einem Call-Center an der Schnittstelle zwischen Konsumenten und Unternehmen, ein Tätigkeitsfeld mit hohen Zuwachsraten. Hier wird typische kundenbezogene Arbeit geleistet und gleichzeitig weltweit agiert. Den Kunden in den wenigen vorgegebenen Minuten am Telefon z.B. zu Aufträgen zu animieren, bedeutet emotionale Schwerarbeit. Ohne Empathie gelingt das „Lächeln mit der Stimme“ (Herden 1999) nicht. Der Stundenlohn ist in Call Centern mager, die Fluktuation hoch.

Die Anzahl der Personen, die zur Zeit in kundenbezogenen Diensten erwerbstätig sind, ist deutlich höher als die der hochqualifizierten Symbolanalytiker. Solche gewinnschwachen Tätigkeitsfelder sind allerdings am ehesten von Rationalisierung und Automatisierung bedroht, insbesondere dort, wo es sich nur um Informationsaufbereitung und -weitergabe handelt.

Die neu geforderten Qualifikationen

Routinemäßige Produktionsdienste leistet das Fußvolk der Informations- und Wissensgesellschaft. Die Anforderungen dort gleichen noch am ehesten der arbeitsteiligen Fließbandarbeit: Fleiß, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Disziplin, Leistungsbereitschaft. Statt Muskelkraft braucht die Arbeitskraft heute eine extreme nervliche und psychische Belastbarkeit. Die Arbeitskontrolle und zum Teil auch die Vorgabe des Arbeitstempos hat sich vom Meister auf den Computer verlagert. Jede Arbeitskraft – und dies sind zumeist Frauen – ist einzeln dieser Kontrolle unterworfen. Außer der Handhabung eines Computers wird kein besonderes Wissen und Können abgefordert, auch keine Teamarbeit. Lange Arbeitszeiten, geringer Lohn, großer Arbeitsdruck, schlechte Arbeitsverträge einerseits und andererseits hohes Erwerbslosenrisiko und wenig Solidarität werden aus den weltweiten, meist kleinen Dienstleistungszentren gemeldet (Wichterich 1998, 1999).

Die kundenbezogenen und die symbolanalytischen Dienstleistungen erfordern dagegen von den Erwerbstätigen vielfältige intellektuelle, affektiv-emotionale und techno-wissenschaftliche Qualifikationen:

- Betriebsspezifisches Wissen und Erfahrung im Umgang mit Informationen, was als Eingangsqualifikation bereits vorausgesetzt wird. Um als Beschäftigte oder Selbständige auf aktuellem Stand zu bleiben, erfordert dies permanente Weiterbildung (inzwischen mehrheitlich aus der eigenen Tasche zu bezahlen), denn fachspezifisches Wissen, gerade bei den IuK-Techniken, veraltet heute schnell.

- Soziale Kompetenz. Diese Qualifikation ist in Verbindung mit den neuen Formen der Arbeitsorganisation ganz wichtig geworden. In den frauenspezifischen Arbeitsfeldern ist sie immer schon gefordert. Männer sind dabei, sie in Management-Kursen zu trainieren. Gefordert werden selbständiges und verantwortliches Handeln, Selbstsicherheit, Ausdrucksfähigkeit, Reflexivität gegenüber dem eigenen Handeln und den Prozessen in der Arbeitsgruppe sowie Teamfähigkeit, genauer: ein Kooperationsverständnis, das den Gruppenzielen dient.

- Kommunikations- und Konfliktfähigkeit, sowohl auf horizontaler als auch auf vertikaler Betriebsebene. Hierzu gehört auch ein elaborierter Umgang mit Sprache und Symbolen, insbesondere in Verbindung mit den modernen Medien.

- Flexibilität. Mit diesem Wort des Jahres wird unterschiedliches transportiert. Es ist sowohl der zeitlich flexible Arbeitseinsatz gemeint, als auch die Bereitschaft zur örtlichen Mobilität und die Bereitschaft zum Wechsel der Arbeitsinhalte. Gebraucht wird die allseits entgrenzt verfügbare Arbeitskraft. Übrigens bietet eine Zusammenstellung von Volker Hielscher aus dem Wissenschaftszentrum Berlin vom März 2000 einen guten Überblick über die Entwicklung der Arbeitszeiten und ihre Auswirkungen auf die Lebensführung einschließlich der Auswirkungen auf die Frauen (vgl. Hielscher 2000).

- Identifikation mit dem Unternehmensziel. Aus dem früheren „Arbeitnehmer“ ist der „Arbeitskraftunternehmer“ geworden (Voß 1998, 477f). Er muss die Herstellung, den Kundenkontakt und den Verkauf zu seinem eigenen Handeln machen. Das „Lächeln mit der Stimme“, die Ästhetik der Ware zu verkaufen, die Aura der Ware (Mode, Geschmack, lifestyle etc.) und die dazu gehörende Erlebniswelt zu vermitteln und vorzuleben, erfordert eine Ausstrahlung und Empathie, die man abends am Werktor nicht wieder ablegen kann. Sie soll aber auch nicht abgelegt werden, weil die Kundenarbeit ja in das Alltagsleben einbezogen werden soll. Gelingt dies, erhöht sich die Nachfrage. Es bildet sich die gewünschte Interessengemeinschaft der Produzierenden und Konsumierenden. Der „Prosument“ (A. Toffler) ist immer wieder neu zu schaffen. Früher war dies die Aufgabe der Firmenleitung, heute wird dies von jedem/r Beschäftigten als selbständiges Handeln erwartet.

Für das sich neu herausbildende Berufssegment der Symbolanalytiker bildet sich ein eigener Arbeits- und Lebensstil heraus, der inzwischen m.E. eine **bewußtseins-prägende Wirkung** weit über diese Berufsgruppe hinaus bekommen hat. Symbolanalytiker sind hochbezahlte Arbeitskräfte, die häufig als nomadisierende Selbständige agieren. Sie brauchen Erfahrungen in ihrem spezialisierten Wissensgebiet, also Fachwissen auf juristischem, ökonomischem, technischem, politischem, psychologischem oder medienpezifischem Gebiet. Affektiv-emotionale Qualifikationen und soziale Kompetenz werden ebenfalls erwartet. WissensarbeiterInnen agieren meist weltweit, alleine oder in immer wieder neu zusammen

gesetzten Projektgruppen. Der Aufwand für die persönliche Image-Pflege ist hoch und verschlingt einen beachtlichen Teil ihrer Gagen. Die Phasen, in denen Aufträge zu bearbeiten sind, korrespondieren mit extremer zeitlicher und psychischer Belastung, aber auch mit dem positiven Gefühl, als Experte/Expertin gefragt zu sein, die Zeiten der neuen Auftragsuche dagegen nicht selten mit materieller Not und den Ängsten vor Absturz. Die Auswirkungen dieser Arbeitsweise auf die Lebensführung ist vermutlich ebenso kontrastreich, denn wie lange hält beispielsweise eine partnerschaftliche oder freundschaftliche Beziehung diese Wechselbäder aus? Der Lebensstil entspricht dem, was Voß „die situative Lebensführung“ genannt hat (481f).

Die gesellschaftlichen Folgekosten dieses Wirtschaftens, man könnte auch neu-militärisch von „kolateralen Wirtschaftskosten“ sprechen, sind horrend. (Nefiodow 1999, 105) schätzt die Folgekosten des heutigen Wirtschaftens weltweit auf jährlich 20 Billionen Dollar bei einem Weltsozialprodukt von 28 Bill. Dollar.

Fazit zur immateriellen Arbeit

Immaterielle Arbeit – so meine These – ist die neue Dominante in der Wertschöpfungskette. Ohne sie ist keine Ware mehr zu produzieren und kein Mehrwert zu realisieren. Solche Dienstleistungsarbeit war zwar zum Verkauf der Waren immer schon notwendig. Allerdings ist diese „Zuarbeit“ heute einerseits in Umfang und Qualität und in Verbindung mit den neuen Techniken ins Zentrum der Bewertung und der Arbeit einer Firma gerückt und hat andererseits einen einflußreichen und vor allem für die Bevölkerung einen **bewußtseinsbildenden** Stellenwert bekommen. Ob die IT-Branche inzwischen schon die Mehrzahl der Arbeitskräfte bindet und wie sie, weltweit gesehen, sich auf die einzelnen Sektoren und Länder verteilt, dazu fehlen uns noch Untersuchungen.

Was wir an wichtigen Veränderungen in den Produktionsbedingungen und der Erwerbsarbeit festhalten, habe ich in einer Liste zusammengefaßt (siehe Anhang). Die Punkte stehen zur Diskussion und sind sicher noch zu erweitern.

Produkt „Life-style“

Ich sagte zu Anfang, daß immaterielle Arbeit nicht nur zur direkten Vermarktung von Waren und Diensten genutzt wird, sondern auch zur Schaffung eines ideologisch-kulturellen Milieus rund um das Verkaufen. Gerade diese Milieu-Ökonomie beschreibt Jeremin Rifkin in seinem neuesten Buch (2000) ausführlich. Er spricht von „Erlebnis-Ökonomie“ und bezeichnet sie als „letzte Stufe des Kapitalismus“ (16). Er zeigt an vielen Beispielen, daß „praktisch jede Aktivität außerhalb der Familie zum bezahlten Erlebnis wird“ (17). Produktion, Konsum, Arbeit, Lernen und Leben sollen miteinander verschmelzen. Lyfe-style wird produziert und wird zum Haupt-Gebrauchswert einer Ware. Dieser Gebrauchswert wird beim Konsumieren nicht zerstört, – darauf weist Lazzarato hin – sondern im Gegenteil erweitert. Er produziert und reproduziert erst das ideologische und kulturelle Milieu des Konsumierenden.

Ein Beispiel dazu las ich im Kölner Stadtanzeiger (17.1.00). Der Verbandschef der deutschen Möbelhersteller kritisierte die Möbelwerbung: „Wir schaffen es nicht, das Wohn-Gefühl in

den Köpfen der Menschen so zu verankern, dass sie bereit sind, mehr Geld für ihre Einrichtung auszugeben. ... Wohnen sollte zu einem selbstverständlichen Gespräch werden. Wir müssen ... mit unseren Themen die Herzen der Menschen erreichen.“ Hier wird mit immaterieller Arbeit ein gesellschaftliches Verhältnis produziert.

Dazu braucht es im Arbeitsprozess als wesentliche neue Komponente die beschriebene Fähigkeit, Informationen, Kommunikation, Medien und Wissen erfolgsorientiert zu handhaben. Gebraucht wird die ‚selbstbestimmt‘ tätige Person, die in der Lage ist, „ihre eigene Verausgabung wie ihr Verhältnis zu anderen Unternehmungen zu organisieren“ (Lazzarato 49, 53). Vor allem ist sie m.E. erst dann eine gute Arbeitskraft fürs Kapital, wenn sie ‚selbstbestimmt‘ das Leben um diese Warenästhetik herum zu ihrem eigenen Leben macht, wenn sie die Firmennormen und Erfolgsvorgaben des jeweiligen Auftraggebers internalisiert hat, wenn sie sich, wie Rifkin schreibt, zu einer „multiplen Persönlichkeit“ entwickelt hat, die sich in den verschiedenen virtuellen Welten jeweils authentisch bewegt. Damit wird deutlich, dass immaterielle Arbeit viel grundsätzlicher und durchgängiger auf unser ganzes Wesen abzielt. Rifkin schreibt: „Realität, so befürchten die Psychologen, wird für die Generation kaum noch etwas anderes sein als ständig wechselnde Handlungsfäden und Unterhaltungsräume. Damit würde sie die in der herkömmlichen Sozialisation tief verankerten Erfahrungen ebenso verlieren wie die Fähigkeit, ihre Aufmerksamkeit über längere Zeiträume zu konzentrieren. Beides aber sind Voraussetzungen dafür, einen kohärenten Bezugsrahmen auszubilden, in dem sich Umwelt verstehen und der Umgang mit ihr erlernen läßt. Andere betrachten diese Entwicklung positiver: als eine Befreiung des menschlichen Bewußtseins, durch welche die Menschen spielerischer, flexibler werden...“(22), anpassungsfähiger an sich schnell wandelnde Realitäten.

Die neue Situation beinhaltet auch Chancen

Diese Entwicklungen, die neuen Möglichkeiten und Veränderungen, die wir hautnah erleben, sind nicht nur negativ zu sehen. Sie sind ambivalent. Wir sind es, die die Veränderungen mit betreiben und entwickeln. Wir alle hier haben gelernt, in elaborierter Weise mit Informationen, Sprache und Symbolen umzugehen. Wir leben in einem Land, wo Kreativität, innovatives Denken, eigenverantwortliches Handeln, Wissen und Lernen bei denen, die von früh an in diese Richtung motiviert wurden, gefördert werden. Bleibt uns allerdings die Suche danach, wie wir diese Möglichkeiten – und es gibt eine Menge neuer Möglichkeiten – in unserem Interesse nutzen können und wer die Mitstreiterinnen sind. Aber welches sind unsere Interessen? Es muß doch sehr viel Positives für viele Menschen, auch für uns, an der heutigen Lebens- und Wirtschaftsweise sein, dass sie wie ‚nicht veränderbar‘ da steht.

Vielleicht sollten wir uns dieses Positive bei uns und den anderen mehr verdeutlichen und sollten beim nächsten Mal über unsere Vorstellungen vom ‚guten Leben‘ sprechen. So kommen wir möglicherweise unseren eigenen Widersprüchen zwischen unserer bis heute entwickelten Identität, unserm heutigen Handeln und Wollen und den Zukunftsplänen eher auf die Spur.

Veränderungen in den Arbeitsweisen, den Produktions- und Lebensbedingungen:

Zu den neuen Arbeitsweisen:

- Gebraucht wird immaterielle Arbeit im Kontext von IT-Wissen und -Können, flexibel in den diversen Netz-Teams.
- Die gezielte Vermischung von Erwerbsarbeit und Leben, von Öffentlich und Privat (Entgrenzung) erlaubt es dem Kapital, sich immer mehr unbezahlte Arbeit einzuverleiben.
- Die Arbeitenden sind wesentlich stärker als früher vereinzelt. Trotz der geforderten Teamarbeit ist die Konkurrenz untereinander gewachsen.
- Es werden weniger Arbeitskräfte benötigt, d.h. die Konkurrenz der Ausgegrenzten verschlechtert die Arbeitsverhältnisse.
- Das Millionen-Heer der Arbeitsuchenden hier und aus anderen Ländern verstärkt diese Situation.
- Die Zahl der prekären und nicht-existenzsichernden Arbeitsverhältnisse nimmt weiter zu.
- Die Gewerkschaften als Interessenvertretung sind deutlich geschwächt; Regelungen über Flächentarifverträge werden von unterschiedlichen Betriebsvereinbarungen abgelöst.

Zu den neuen Produktionsbedingungen:

- Immaterielle konsum- und life-style-produzierende Werte haben Priorität.
- Großfabriken lösen sich auf, aber das Fabrikssystem (z.B. Arbeitsdruck, Kontrolle) verallgemeinert sich in den Köpfen der Einzelnen; der neue Marktplatz sind die Netze.
- Das shareholder-value-Prinzip ist weitgehend der Maßstab für Wirtschaftsentscheidungen.
- Der Kunde ist nicht mehr Ziel, sondern Teil des Verkaufsgeschäfts. Erst verkaufen, dann herstellen.
- Eigentum ist weniger wichtig als Zugriff auf vernetztes Wissen, Kreativität und Empathie.

Zu den neuen Lebensbedingungen:

- Stabile soziale Beziehungen lösen sich auf.
- Alle Lebensbereiche werden so weit wie möglich kommerzialisiert.
- In virtuellen Räumen entwickeln sich para-soziale Formen der Kommunikation.
- Lebenslanges Lernen wird zur Norm.
- Wissen, Kreativität, Unternehmermentalität, Darstellung von Gefühlen wird erwartet.
- Die „multiple Persönlichkeit“ (Rifkin) wird gebraucht, Chamäleon sein in den verschiedenen Arbeits- und Beziehungsnetzen.
- Statt Eigentum werden Lebensstile gekauft (Rifkin).
- Die Dimension Zeit wird gegenüber dem Raum aufgewertet (Rifkin).

Literatur

Baudrillard, Jean: Der symbolische Tausch und der Tod, München 1991

Boutang, Yann, Moulrier.: Vorwort, in: Negri/Lazzarato/Virno: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin 1998

- Elson, Diane: The Value Theory of Labour, in: Value. The Representation of Labour in Capitalism. Atlantic Hoghlands 1979
- Haug, Wolfgang F.: Zur Kritik der Warenästhetik, in: Kursbuch 20, Frankfurt/M. 1970
- Ders.: Nach der Kritik der Warenästhetik, in: Das Argument 220, 1997
- Herden, Ingrid: „Lächeln mit der Stimme“ verschafft Agenten neue Jobs, in Kölner Stadt-Anzeiger v.29.12.99
- Hielscher, Volker: Entgrenzung von Arbeit und Leben? Eine Literaturstudie, in: WZB, Paper Nr. FSII00-201, Berlin 2000
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (Hg): Forschungsdokumentation, Nürnberg, lfd. Veröffentlichung
- Lazzarato, Maurizio: Immaterielle Arbeit, in: Negri/Lazzarato/Virno 1998
- Möller, Carola: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten, in: Das Argument, Heft 226, 1998
- Dies./Peters, Ulla: Neue Arbeitsformen - neue Widerstandsformen, in: Fröse/Böttger/Volpp-Teuscher(Hg): Ökonomie und Arbeit - Frauenansichten, Frankfurt/M. 1999
- Dies.: Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette, in: Das Argument 235, 2000
- Nefiodow, Leo: Der sechste Kondratieff, St. Augustin 1998
- Negri, Antonio: READY-MIX. Vom richtigen Gebrauch der Erinnerung und des Vergessens, Berlin 1998
- Negri, Antonio/Hardt, Michael: Die Arbeit des Dionysos, Berlin 1997
- Negri, Antonio/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin 1998
- Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft, NY 1991/Berlin 1993
- Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M./NY 1993
- Ders.: Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frkf/M./New York 2000
- Sonderforschungsbereich 333 der Universität München: Entwicklungsperspektiven von Arbeit, 1985-1996
- Voß, Günter G.; Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft, in: MittAB 3, 1998
- Wichterich, Christa: Die globalisierte Frau, Reinbek 1998
- Dies.: Große allgemeine Verunsicherung, in: Fröse/Böttger (HG) Ökonomie und Arbeit - Frauenansichten; Frankfurt/M. 1999

Anneliese Braun

Gleichheitsforderungen im Diskurs zur „Zukunft der Arbeit“ und ihre frauenpolitische Relevanz

In diesem Beitrag soll anhand von ausgewählten Prozessen versucht werden, etwas deutlicher herauszufinden, was hinter den derzeitigen Veränderungen in der Arbeitswelt für (direkt und auch indirekt betroffene) Frauen eigentlich abläuft. Im Ergebnis wird sich zeigen, dass es wichtig ist, feministische Anliegen gegen alle Instrumentalisierungen zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Dazu gehört aber auch, sie mit der Suche nach Alternativen zu verbinden, die zu universellen Menschenrechten für alle beitragen können. Das bedeutet andere Gleichheiten für alle.

Dies soll anhand folgender Fragen diskutiert werden:

Woran zeigt sich, dass ein Scheideweg in der Frauen- und Arbeitsmarktpolitik herangereift ist?

Inwieweit brauchen wir andere Gleichheitsforderungen?

Welche Folgerungen ergeben sich aus frauenpolitischer Sicht?

Woran zeigt sich, dass ein Scheideweg in der Frauen – und Arbeitsmarktpolitik herangereift ist?

Feministinnen haben gerade zu notwendigen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse seit langem substantielle Forderungen vorgelegt, wie diejenige nach gesellschaftlicher Anerkennung der Gesamtarbeit (also von Reproduktions- und Erwerbsarbeit), nach existenzsicherndem Einkommen, nach dem „Recht auf Erwerb“ (jüngst wieder Notz 2000, Möller 2000). Obwohl diese Vorschläge im Ganzen noch nicht verwirklicht sind, stehen wir heute vor der Notwendigkeit, zu prüfen, wie sie in die derzeitige „Landschaft“ passen, ob sie angesichts von Veränderungen der Praxis weiterhin gelten können und wie sie ggf. zu konkretisieren wären.

Was sind das für Veränderungen?

Dazu folgende *verkürzte Hypothese*: In den 90er Jahren hat sich der Konflikt zwischen der Ausbeutung von Erwerbsarbeit und den Lebensgrundlagen¹ derart zugespitzt, dass von Seiten der Multis und ihrer Helfershelfer soziale Ungerechtigkeit massenhaft und auf Dauer zur Voraussetzung wird, um das patriarchal kapitalistische Gesellschaftsmodell am Laufen zu halten. Die schleichende und zum Teil noch verdeckte Erschöpfung der Lebensgrundlagen, ihre Substanzverluste ermöglichen es nicht mehr, wie früher eine *proportionale Gerechtigkeit* durchzusetzen, die zwar Ungleichheiten beließ, aber doch für alle materielle Verbesserungen brachte oder wenigstens keine Verschlechterungen. Deshalb ist es herangereift, anders als

¹ Unter Lebensgrundlagen werden in diesem Zusammenhang die Bedingungen verstanden, unter denen die Reproduktion des Lebens vor sich geht. Dazu gehören natürliche Bedingungen, die Reproduktion der Menschen als Gattung, die ökonomische Produktionsweise und die gesellschaftlichen Beziehungen.

bisher, an soziale Gerechtigkeit heranzugehen und universelle Gleichheiten sowie Freiheit für alle zu fordern.

Unter diesen Bedingungen erhält auch die Erwerbsarbeit eine andere gesellschaftliche Rolle. Zwar ist sie noch immer das hauptsächliche Mittel, mit dem die Mehrheit der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt sichert, wenn auch in deutlich abnehmendem Maße (vgl. u.a. die davon Ausgegrenzten). Aber zugleich führt die Teilnahme an der Erwerbsarbeit zunehmend zu einer Mittäterschaft an irreversiblen Zerstörungen von Lebensgrundlagen und an dauerhafter Ausgrenzung anderer. Gesicherte Erwerbsarbeit wird immer mehr zum Privileg für einige. Auf der anderen Seite verfügen zunehmend mehr Menschen (sowohl erwerbstätige als auch erwerbslose und andere nichterwerbstätige) über Ressourcen, wie Wissen, Kompetenz usw., die grundsätzlich eine Existenzgrundlage außerhalb von Erwerbsarbeit ermöglichen könnten. Dynamisch entwickeln sich vor allem die „Wissensangestellten“². Hierbei wird „allgemeine Arbeit“ (im Marxschen Sinne)³ vergleichsweise massenhaft vermarktet. Die Anzahl der „Wissensangestellten“ und ihr Anteil an allen Erwerbstätigen wachsen noch immer schnell. Sie bilden aber dennoch lediglich eine elitäre „Spitze“ des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“. In Deutschland waren Mitte der 90er Jahre maximal etwa 15% der Erwerbstätigen „Wissensangestellte“. Für das Jahr 2010 werden 15-18% in den westdeutschen Bundesländern vorausgeschätzt (Tessaring: 118). Ihr Anteil hätte sich damit gegenüber den 60er Jahren mehr als verdoppelt. An den Arbeitseinkommen sind die "Wissensangestellten" allerdings überdurchschnittlich beteiligt. Für die USA schätzt Rifkin z.B. ein, dass alle „Wissensarbeiter“ zusammengenommen etwa 20% der US-amerikanischen Arbeitnehmer umfassen. Sie verdienen jedoch 1989 mehr als die übrigen vier Fünftel der Bevölkerung zusammen (Rifkin: 140).

Ihrer Natur nach braucht die von den „Wissensangestellten“ ausgeübte Art der Tätigkeit freiheitliche Beziehungen zwischen den Menschen, um ihre Potenzen entwickeln und ausschöpfen zu können. Da es an ersteren mangelt, entwickeln sich Ambivalenzen, Deformationen in der Arbeit u.ä.m. Auch in der DDR und in den anderen staatssozialistischen Ländern stellte das ein ungelöstes Problem dar. Mit ihrer Arbeit mussten WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen u.a.m. faktisch ihren Lebensunterhalt bestreiten, „Brotarbeit“ leisten. Auch damit war ihre Disziplinierung möglich und es bestanden Fesseln für freiheitliche und demokratische Aktivitäten.

Mit diesen Veränderungen in der Arbeitswelt wird Freiheit für alle zum Erfordernis, damit sich diese Bereiche im Interesse der Lebensgrundlagen entwickeln können.

Damit bereitet sich ein *Scheideweg* vor: Sollen sich weiterhin auch die letzten noch nicht vermarkteten Lebenstätigkeiten in Erwerbsarbeit verwandeln oder finden die Lebensgrund-

² Wissensangestellte sind hochqualifizierte Erwerbstätige, die in der Regel über eine akademische Ausbildung verfügen, über den Verkauf ihrer Arbeitskraft ihr Wissen vermarkten und mit wissenschaftlich-technischen Innovationen verbunden sind. Sie setzen sich vor allem aus Berufsgruppen zusammen, die moderne Informationstechnologien nutzen.

³ „Allgemeine Arbeit“ bezieht zunächst „alle wissenschaftliche Arbeit ein, alle Entdeckung, alle Erfindung“ (MEW, Bd. 25, 113f.), aber auch künstlerische und kommunikative Tätigkeit, die dem Meinungsaustausch dient und die sowohl in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens als auch in der Produktion von Mitteln zum Leben wirksam wird.

lagen VerteidigerInnen, die die patriarchal organisierte Vermarktung stoppen? Dass sich ein solcher Scheideweg tatsächlich herausbildet, soll anhand von drei ausgewählten Trends veranschaulicht werden, die in den 90er Jahren eine relativ hohe Dynamik erreichten. Neue gesellschaftliche Probleme zeichnen sich ja in der Regel nicht dadurch aus, dass sie urplötzlich aus dem Nichts auftauchen, sondern dass sich ihre *Gewichtungen* verändern.

Erstens: Die Vermarktung entwickelt sich deutlich in Richtung einer globalen und totalen Vereinnahmung aller Lebensbereiche,

sowohl der tatsächlichen Waren als auch „fiktiver Waren“⁴, wie Arbeitskraft und Natur. „Fiktiv“ deshalb, weil der Warenwert nicht die Reproduktion von Arbeitskraft und Naturressourcen sichern kann. Ihre Reproduktionserfordernisse erwachsen aus der Reproduktion des Lebens selbst und der Warenwert steht im Widerspruch zu diesen. Was Menschen und Natur zu ihrer Reproduktion als Ganzheit brauchen (also nicht allein zum Essen und Trinken), hängt primär weder ab von der dabei verausgabten Arbeit noch von den Umverteilungsprozessen der neu geschaffenen Werte. Es handelt sich hierbei um zwei unterschiedliche Bezugsebenen: um die Ebene der Produktion von Mitteln zum Leben, für die Waren eine geeignete Form sein könnten, wenn sie denn auf diese Ebene beschränkbar wären – und um die unmittelbare Reproduktion des Lebens.

Das notwendige Brot kann auf dem Markt gekauft werden, sofern Geld vorhanden ist. Empathie, Denk- und Wahrnehmungsvermögen usw. können nicht als Ware gekauft werden. Alles, was von Seiten des Marketing dazu angepriesen wird, gehört letzten Endes zu eingebildeten, kapitalfreundlichen und lebensfeindlichen Effekten. Werden Empathie, Denk- und Wahrnehmungsvermögen vermarktet, so werden Menschen in ihrem autonomen Ich reduziert, die Wahrnehmungsfähigkeit, das Denken werden eingengt und deformiert, schließlich droht die Gefahr, dass selbst das physische Sein zerstört wird. Marx konnte noch davon ausgehen, dass die *Arbeitskraft* und nicht die *Arbeiter* verkauft werden (MEW, Bd. 23: 182). Heute wird tendenziell die *ganze Person* Gegenstand der Vermarktung. (Vgl. dazu den Vortrag von Carola Möller in diesem Seminar). Damit sind aber auch Ambivalenzen verbunden, aus denen die betroffenen Menschen schließlich zu Widerständen gegen die tendenziell totale Vermarktung motiviert werden können.

Von den Tendenzen zur totalen und globalen Vermarktung wird auch die Reproduktionsarbeit betroffen: Sie wird weiter aus den Familien ausgelagert (wie Beratungs-, Betreuungs-, Fitnessinstitutionen) oder partiell bzw. ganz aus sozialstaatlichen und gemeinnützigen Organisationen in die Warenform überführt (Stichwort: Privatisierung von öffentlichen

⁴ Als „fiktive“ Warenverhältnisse werden hier – in Anlehnung an Polanyi, aber auch in Unterschieden zu ihm (Polanyi, 19f., 112, 329) – diejenigen verstanden, die primär in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens angesiedelt sind, wie „Ware Arbeitskraft“, darunter Ergebnisse „allgemeiner Arbeit“ (in der Marxschen Definition), Naturressourcen, darunter Boden. Als „fiktive Waren“ – und damit als versachlichte Beziehungen – treten Elemente der unmittelbaren Reproduktion des Lebens auf, die nicht direkt patriarchal organisierbar sind. Den Reproduktionserfordernissen „fiktiver Waren“ ist mit Hilfe der Warenbeziehungen nur bedingt nachzukommen; vor allem deshalb, weil sie nicht durch die in sie gesteckte Arbeit (lebendige und vergegenständlichte) bestimmt werden. Es besteht also ein Widerspruch zwischen Warencharakter und Reproduktionserfordernissen.

Diensten). Um die Ausweitung der Vermarktung auf das Leben selbst tobt ein andauernder Kampf, wie die ausstehenden Regelungen in der Gesundheitsversorgung, im Hochschulstudium, in der Altersvorsorge u.ä.m. zeigen. Auch in der Kinderbetreuung, d.h. für die Kindertagesstätten werden Schritte in dieser Richtung vorbereitet („Kita-Cards“).

Zweitens: Mit der tendenziell totalen und globalen Vermarktung verändert sich die Erwerbsarbeit. Bereiche der sog. Lebensproduktion finden sich in der Organisation als Erwerbsarbeit wieder, die Reproduktion der Arbeitskraft vollzieht sich unter anderen Bedingungen und ihr Einsatz ebenfalls.

Arbeitsökonominnen fassen diese Prozesse unter dem Stichwort „Entgrenzung“ von Arbeit zusammen. Dazu gehören Entgrenzungen in vielerlei Hinsicht: Entgrenzungen der Beschäftigungsverhältnisse (in Richtung von atypischen und subventionierten Arbeitsplätzen), Entgrenzung der Arbeitszeit (weitere Zunahme von Teilzeitarbeit, zeitliche Flexibilisierung und Informalisierung der Arbeitszeit, u.a. über „Vertrauens-Arbeitszeit“), Entgrenzung des Raumes (Leiharbeit, Telearbeit, internationaler Einsatz), Entgrenzung der Arbeit in inhaltlicher Hinsicht (Flexibilisierung inhaltlicher Anforderungen, Begeisterung und Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit zählen nicht selten bei Jungunternehmen mehr als formale Qualifikationstitel), (scheinbare) Entgrenzung der Hierarchien (Selbstorganisation auf bestimmten Arbeitsgebieten, Aufforderung, zu „UnternehmerInnen“ der eigenen Arbeitskraft zu werden) (vgl.: Döhl, u.a., S. 5ff.).

Mit der wachsenden Entgrenzung der Arbeit geht zugleich ihre zunehmende Spaltung einher, eine *Polarisierung* zwischen sicheren und unsicheren Arbeitsplätzen, zwischen existenz- und nicht existenzsichernden, zwischen qualifizierten und Jedermann- bzw. Jedefrau-Arbeiten. Die Lebenswelt wird faktisch indirekt und direkt zum Bestandteil der Arbeit, mindestens ihr untergeordnet. Damit sind neue Profitquellen erschließbar und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit stellt sich in einem anderen Licht dar: Müssen Frauen die Reproduktionsarbeit vollständig vermarkten (andere für sich tun lassen), um auf dem Arbeitsmarkt noch konkurrieren zu können? Werden Frauen, die nach wie vor beides tun (wollen oder müssen), von vornherein über noch schlechtere Chancen verfügen als bisher? Werden Frauen sich noch mehr vor die Frage gestellt sehen, auf Familie und Kinder zu verzichten, wenn sie im Beruf etwas leisten wollen?

Diese Fragen erhalten frauenpolitisch ein besonderes Gewicht, da die Zahl der erwerbstätigen Frauen (wenigstens in Westdeutschland und Europa) im Gegensatz zu der der Gesamtbeschäftigten stieg und weiter steigen wird. Bezogen auf Arbeitsstunden sähe das Bild anders aus, weil die Zunahme hauptsächlich über Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung erfolgte.

In Ost- und Westdeutschland bestehen nach Daten von 1998 fast keine Unterschiede im Grad der Frauenerwerbstätigkeit mehr, wenn man die Zahl der Personen zugrundelegt. Die Erwerbstätigenquote der Frauen betrug 1998 in Ostdeutschland 68,9% und in Westdeutschland 68,4% (nach dem Sozio-ökonomischem Panel). Hierbei geht es um den Anteil der erwerbstätigen Frauen an denjenigen im erwerbsfähigen Alter. Unterschiede zeigen sich vor

allem darin, dass ostdeutsche Frauen wesentlich stärker arbeitslos gemeldet und in Ausbildung sind (jeweils 16,5% und 6,8% im Osten im Vergleich zu 5,6% und 4,2% im Westen). Die Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen ist also nach wie vor ungebrochen, aber die Realität geht augenscheinlich noch immer seit der Wende darüber hinweg. Letzteres wird auch dadurch bedingt, dass nachweisbar Unternehmen vergleichsweise mehr BewerberInnen einstellen, die aus der Stillen Reserve kommen als aus der Arbeitslosigkeit. Die Stille Reserve betrug 1998 bei den westdeutschen Frauen 5,9% und bei den ostdeutschen 1,9% (DIW-Wochenbericht 29/2000).

Entgrenzung der Arbeit, Spaltung der Arbeit und das wiederum überwiegend anders in West und Ost und ebenfalls in „Süd“, gibt es da überhaupt einen gemeinsamen Nenner, um die jeweils unterschiedlichen Probleme anzugehen?

GewerkschaftsvertreterInnen sehen ihn und zwar darin, dass *lebensweltliche Orientierungen* zum neuen Focus gemeinsamer Interessen werden könnten. Sie meinen damit wahrscheinlich die Konsumtions- und Freizeitsphären. Volker Döhl, Nick Kratzer und Dieter Sauer folgern aus den Entgrenzungstendenzen, dass die Auflösung klarer Grenzen zwischen Arbeit und Lebenswelt mit ihren Chancen und Risiken Gemeinsamkeiten schaffe, „in denen lebensweltliche Orientierungen zum neuen Focus gemeinsamer Interessen werden könnten“ (ebda., 16). Aber lenkt das nicht von den Gebieten ab, auf denen heute Weichen gestellt werden, dem wachsenden Einfluss des shareholder value auf Produktion und Arbeit? M.E. ja, und ich sehe deshalb den gemeinsamen Nenner in einer generellen Umorientierung von Arbeit auf die Erhaltung von Lebensgrundlagen, die sowohl Erwerbs- als auch Reproduktionsarbeit neu und anders bewerten und verteilen würde.

Drittens: Ergeben sich aus der tendenziell totalen Vermarktung Konsequenzen für patriarchale Verhältnisse und damit für Gleichstellungsforderungen?

Mit dieser Frage geraten wir an Grenzüberschreitungen. Entstand historisch doch das Patriarchat gerade deshalb, weil sich die mit der Reproduktion der Gattung verbundenen Erfordernisse nicht über Tribute und Warenbeziehungen auf Dauer realisieren ließen.

Wenn derzeit diese Frage wieder auftritt – und als ein davon abgeleitetes Problem die Verwandlung von Reproduktions- in Erwerbsarbeit – dann bedeutet das, dass der (post)moderne Kapitalismus nun doch noch auf dem Weg ist, sich über die Reproduktionserfordernisse der menschlichen Gattung hinwegzusetzen.

Für einige Gruppen von Frauen, besonders für hochqualifizierte, gut bezahlte erwerbstätige treten auch in der Reproduktionsarbeit faktisch auf einigen Gebieten sachliche Abhängigkeitsverhältnisse an die Stelle von persönlichen, d.h. von patriarchalen. Das wird daran deutlich, dass die bisher dominierenden Beziehungen zwischen (männlichen) patriarchalen Unterdrückern und (weiblichen) Unterdrückten ergänzt werden durch entsprechende Differenzierungen zwischen Frauen. Im Unterschied zur Dienstmädchen-gesellschaft z.B. des 19. Jahrhunderts bezieht sich diese Ausdifferenzierung vorwiegend auf die Art und Weise, wie *beide* Vertragspartnerinnen in die *Erwerbsarbeit* integriert sind. Beide Seiten leisten Erwerbsarbeit und dennoch sind sie sowohl in ihrer Klassen- als auch ihrer

patriarchalen (und ggf. ethnisch geprägten) Abhängigkeit faktisch gegensätzlich positioniert. Teilnahme an der Erwerbsarbeit erweist sich so keinesfalls für alle als Schlüssel für eine Gleichstellung. Die Verwertung neuer Technologien, z.B. der Informations- und Kommunikationstechnik, stellt Frauen de facto vor die Alternative: entweder reine Karrierefrauen oder Karrierefrauen mit Inanspruchnahme einer „neuen Dienstbotinnenklasse“ oder gezwungenermaßen Verzicht auf qualifizierte und gut bezahlte Erwerbsarbeit und Verbleiben am unteren Rand der Gesellschaft mit noch schärferer patriarchaler Diskriminierung (wie das auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland deutlich erkennbar ist).

Wie reagiert hierauf feministische Politik? Derzeit unternimmt die Frauenpolitik große Anstrengungen, um den Anteil von Frauen gerade in Informations- und Kommunikationstechnologien u.ä. dynamischen Bereichen zu erhöhen. Was ist daran nun wirklich emanzipatorisch? Doch weder die einseitige Existenz als hochqualifizierte Karrierefrau noch die der faktischen beruflichen Zuarbeiterin auf unteren Stufen. Werden Frauen zudem rund um die Uhr in die Erwerbsarbeit in den dynamischen Bereichen integriert, dann drohen sie doch auch die viel gerühmte soziale Kompetenz zu verlieren und entscheiden schließlich einseitig wie die meisten Männer. Eine Höherqualifizierung bedeutet deshalb für Frauen einen zwar notwendigen, aber nicht hinreichenden Schritt zur Gleichstellung.

Inwieweit brauchen wir andere Gleichheitsforderungen, um ein Menschenrecht auf eigenständige Existenzsicherung zu erreichen?

Meine Hypothese lautet: Bürgerliche (staatsbürgerliche und sozialstaatliche) Gleichheiten können heute nur noch auf Dauer erfolgreich verteidigt werden, wenn sie „aufgehoben“, d.h. um sie gekämpft und gleichzeitig allmählich über sie hinausgegangen wird zu einer anderen universellen Gleichheit.

Was berechtigt zu dieser Annahme, die eine andere Politik in dieser Frage auf die Tagesordnung setzen würde? Verkürzt gesagt, die schon genannte Tendenz zur totalen und globalen Vermarktung.

Klassische bürgerliche Gleichheiten schließen grundsätzlich ökonomische und soziale Ungleichheiten vor allem infolge von Klassen-, sozialen Geschlechter- und ethnischen Unterschieden ein. Warum sie in eine Krise gerieten, erschließt sich, wenn berücksichtigt wird, worauf sie beruhten. Sie entwickelten sich zunächst in einem labilen Gleichgewicht zwischen der juristischen Gleichheit (mit männlicher Dominanz) und der Gleichheit der Warenwerte. Je mehr notwendige Mittel zum Leben produziert wurden, desto mehr gingen diese zunächst auch in den Wert der (fiktiven) Ware Arbeitskraft ein (Ausnahme: Krisen und Kriege). Männer erkämpften sich auf dieser Grundlage mehr Zeit und Kraft für die Teilnahme an staatsbürgerlichen Freiheiten und sozialstaatliche Minima. Für Frauen galt das immer in einem eingeschränkteren Maße. Staatsbürgerliche Freiheiten ermöglichten es, über Gewerkschaften, Parteien, Vereine, Bürgerbewegungen usw. die minimalen Gleichheitsstandards anzuheben und darum zu kämpfen, kulturelle und soziale Menschenrechte mit einzubeziehen.

Das labile Gleichgewicht zwischen staatsbürgerlicher Gleichheit und Gleichheit der Warenwerte geriet und gerät jedoch seit etwa den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts aus den Fugen. Seitdem dominiert der Einfluss der Warenwerte. Jede/r muss in der Regel in einem tendenziell totalen Maße an der Vermarktung teilhaben, wenn sie/er in einem postindustriellen Umfeld mitschwimmen will. Das geht weit und im wachsenden Maße über die Arbeitszeit hinaus und reduziert die Zeit, die dann noch für bürgerschaftliche Aktivitäten verfügbar ist. Der Markt bestimmt zunehmend, was und wie in der arbeitsfreien Zeit geschieht. Dass dennoch von „Zeitsouveränität“ gesprochen wird (wie von GewerkschaftsvertreterInnen), entspricht faktisch Wunschvorstellungen.

Worin besteht das Gefährliche dieser Vermarktung für die bürgerliche Gleichheit? Das Gefährliche besteht darin, dass damit „fiktive Waren“ tendenziell zu tatsächlichen werden und somit entstehen Grundlagen für neuartige persönliche Abhängigkeitsverhältnisse. Gorz bezieht in Anlehnung an Paolo Virno letztere vor allem auf Erwerbsarbeitsverhältnisse, welche die ganze Person fordern (Gorz: 57). Dabei handelt es sich aber gerade um tendenziell totale *sachliche* Abhängigkeitsverhältnisse. Ich denke, dass auch geprüft werden muss, inwiefern SozialhilfeempfängerInnen und andere aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzte Menschen faktisch in persönliche Abhängigkeitsverhältnisse geraten, wenn z.B. die Kommune darauf aus ist, aus finanziellen Zwängen heraus keine neuen Sozialhilfe“fälle“ aufzunehmen. Damit Menschen und Natur als Lebenskräfte reproduziert werden können, müsste also ihrem Charakter als „fiktive“ Waren entsprochen werden. Das bedeutet eine gesellschaftliche Kontrolle des Marktes, welche die Reproduktionserfordernisse durchsetzt. Karl Polanyi hatte das schon in Auswertung der Erfahrungen mit dem Faschismus und dem zweiten Weltkrieg vorgeschlagen (K. Polanyi: 119,223).

Aber inwieweit ist diese gesellschaftliche Kontrolle allein noch zweckdienlich, wenn die Vermarktung bereits in die unmittelbare Reproduktion des Lebens eingedrungen ist und sie partiell schon dominiert und deformiert, sie in den Mahlström des Substanzverzehr zugunsten der Kapitalverwertung hineinzieht? Dies drückt sich vielleicht am deutlichsten im Mainstreamdenken aus, für das marktgerechtes Verhalten als excellent und erstrebenswert gilt und das Gegenmeinungen in das Exotikum oder in den Untergrund verweist oder erst gar nicht wahrnimmt. Gesellschaftliche Kontrolle des Marktes wird unter diesen Bedingungen tendenziell in eine Richtung gedrängt, den Bedürfnissen weiterer Vermarktung zu entsprechen. Eines der prägnantesten Beispiele dafür findet sich in dem Trend, eine Lösung der Umweltprobleme über deren Vermarktung erreichen zu wollen (von Weizsäcker u.a.: 177ff.,198ff.). Diese wirkte jedoch wenigstens bislang nicht zugunsten der Erhaltung von Lebensgrundlagen. Nehmen wir das Beispiel Genfood und Gifte in der Nahrungskette. Hier sind offenbar schon Tatsachen entstanden, die in ihrer Gesamtlogik schwer zu durchschauen sind. Denn WissenschaftlerInnen fragen bereits: Wird diese Nahrung bewirken – wie eine Zeitung schrieb – , dass Menschen mit größeren Mägen und kleineren Gehirnen die besten Anpassungs- und damit Überlebenschancen haben? Als Folgerung bleibt nur, die „fiktiven Waren“ aus der Vermarktung herauszunehmen und schrittweise auf reziproke Verhältnisse zwischen den Menschen und zwischen Menschen und Natur zu stellen. In diese Richtung

gehen schon viel mehr Aktivitäten, als gemeinhin bekannt gemacht sind (Braun 1998: 109ff.). Damit könnten Spielräume für *zivilgesellschaftliche Freiheiten* im Sinne von Gramsci⁵ und für universelle Gleichheiten erschlossen werden. Aus der Sicht der Lebensgrundlagen interessiert das Erwerbslose und RentnerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, geringfügig und in Teilzeit Beschäftigte, Vollzeit und ständig Überstunden leistende Erwerbstätige, ÄrztInnen, WissenschaftlerInnen, KommunalpolitikerInnen usw. substantiell. Ein Konsens darüber, dass andere Gleichheitsforderungen notwendig sind, um zu überleben, wäre auf dieser Basis grundsätzlich möglich. Er verlangt allerdings entsprechende politische Vorbereitung.

Welche Folgerungen ergeben sich aus frauenpolitischer Sicht?

Die schwierigste Frage scheint hierbei zu sein, wie ein Paradigmenwechsel erfolgen kann, der die Kontinuität bisheriger frauenpolitischer Aktivitäten verknüpft mit Brüchen hin zu Alternativen nichtpatriarchaler und nichtkapitalistischer Natur. Aktivitäten, die also nicht im Sinne eines „entweder – oder“ vor sich gehen – wie das derzeit fast generell geschieht – sondern eines „sowohl – als – auch“. Frauenpolitisch kämen nur solidarische Wege infrage, welche die Gleichstellung fördern. Das wären Wege, die eine Existenzsicherung für alle grundsätzlich durch eigene Tätigkeiten (bezogen auf arbeitsfähige Personen) ermöglichen und fordern.

Reproduktions- und Erwerbsarbeit als Einheit behandeln und zwar hinsichtlich ihrer Wirkung zugunsten der Erhaltung von Lebensgrundlagen und keinesfalls in Bezug auf tendenziell totale und globale Vermarktung.

für alle das Recht und die Pflicht erstreiten, gleiche Beiträge für die notwendige Reproduktion des Lebens zu leisten, für die Pflegekraft genau so wie für die BäckerInnen und die ManagerInnen, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen usw. usw..

für alle dadurch freiheitliche Spielräume ermöglichen, die von ihren eigenen Kräften, ihren Fähigkeiten im gesellschaftlichen Zusammenwirken abhängig sind.

vor allem zivilgesellschaftliche Freiheiten im Sinne von Gramsci fördern. Diese bilden eine potentielle Kraft, totalisierte Vermarktung zurückzudrängen und Lebensgrundlagen in den Blick zu bekommen. Gleichzeitig sind sie Garant für eine Gleichheit aller hinsichtlich der Beiträge zur notwendigen Reproduktion des Lebens.

den Überschuss – der derzeit wenigen und männlich dominiert zugutekommt und dessen Vermehrung die Lebensgrundlagen immer mehr irreversibel zerstört – anders verwenden und zwar zugunsten von zivilgesellschaftlichen Freiheiten im Sinne von Gramsci für alle. Das

⁵ Zivilgesellschaft aus der Sicht von Gramsci bezieht sich auf deren Unterscheidung sowohl von der ökonomischen Basis als auch vom Staat. Sie wird also in ihrer gesamten kulturellen, wissenschaftlichen Vielschichtigkeit und in ihren Institutionen betrachtet sowie als Ort, an dem Veränderungen, Transformationen und Brüche reifen. Aus dieser Sicht plädiere ich für den freiheitlichen Charakter zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, einschließlich derjenigen, welche auf Befreiung von patriarchaler Vermarktung gerichtet sind. Soziale Aktivitäten, wie Pflegedienste, Sozialarbeit u.a.m. gehören zur notwendigen Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit, bilden also insgesamt keine freiheitlichen Aktivitäten, sondern enthalten höchstens einige ihrer Elemente. Diese Sicht verstehe ich als einen Bestandteil einer erforderlichen „Reform der Zivilgesellschaft“, wie sie Bruno Trentin vertritt (Trentin 1999,121).

wiederum erfordert, die patriarchal organisierte Vermarktung des Lebens zu stoppen, welche die potentiellen Freiheiten in die Notwendigkeit verwandelt, das Leben der Mehrheit der Bevölkerung ganz und rund um die Uhr der Kapitalverwertung zur Verfügung zu stellen.

Heute geht es um Gleichheit für alle in der notwendigen Reproduktion des Lebens als Ganzheit, zivilgesellschaftliche Freiheiten im Sinne von Gramsci für alle und Menschlichkeit für alle, um auf die Losungen der französischen Revolution zu beziehen und damit auch Unterschiede deutlich zu machen.

Diese Wege sind zugegebenermaßen ziemlich aggregiert und in diesem Rahmen auch nicht im Detail erläuterbar. Ich habe sie dennoch benannt, um darauf hinzuweisen, in welchem Rahmen sich frauenpolitische alternative Aktivitäten bewegen könnten. Aus praktischer Sicht wäre es wichtig, aus den Forderungen nach Umorientierung und Umbewertung von Arbeit, nach anderen Gleichheiten und anderen Freiheiten heraus, die – jetzt gebundenen – Überschüsse freizusetzen, die für die Lösung aktueller Krisenprobleme notwendig sind.

Literatur:

- Bennholdt-Thomsen, V. und Mies, M., Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München 1997
- Bittner, S./Weinkopf, C., Dienstleistungspools am Scheideweg. Erfahrungen und Perspektiven der Förderung haushaltbezogener Dienste in: WSI-Mitteilungen 4/2000, S. 256-264
- Bosch, G., Niedriglöhne oder Innovation. Überlegungen zur Zukunft der Erwerbsarbeit in: WSI-Mitteilungen 12/1999, S. 861-869
- Braun, A., Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Schriftenreihe hrsg. von Hanna Behrend, Bd. 8, Berlin 1998
- Braun, A., Soziale Grundsicherung. Entkopplung von Arbeit oder Arbeitspflicht? In: Die Arbeit im 21. Jahrhundert. Beiträge zur Debatte über einen alternativen Arbeitsbegriff. Schriftenreihe hrsg. von Hanna Behrend, Bd. 10: Berlin 2000, S. 77-107
- DIW Wochenbericht 18/2000 v. 4. Mai 2000: Kindertageseinrichtungen in Deutschland. Ein neues Steuerungsmodell bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen
- DIW Wochenbericht 29/2000 v. 20. Juli 2000: Stille Reserve wichtig für die Arbeitsmarktflexibilität in Deutschland
- DIW Wochenbericht 30/2000 v. 27. Juli 2000: Probleme der Altersvorsorge allein durch Änderung des Finanzierungsverfahrens nicht zu lösen
- Döhl, V./Kratzer, N./Sauer, D., Krise der NormalArbeit(s)Politik. Entgrenzung von Arbeit – neue Anforderungen an Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen 1/2000, S. 5-17
- Gorz, A., Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a.M. 2000
- Helfert, M./Trautwein-Kalms, G., Arbeitspolitik unter Bedingungen der Flexibilisierung und „Globalisierung“. Vom Gestaltungsanspruch zur arbeitspolitischen Abstinenz – Neue Perspektiven? In: WSI-Mitteilungen 1/2000, S. 1-5
- Klammer, U./Plonz, S. (Hg.), Menschenrechte auch für Frauen?! Schriftenreihe hrsg. von Hanna Behrend: Berlin 1999
- Marx, K./Engels, F. Werke (MEW), Bd. 23, Berlin 1962
- Möller, C., Eigenarbeit, ein mehrdeutiger Begriff in: Die Arbeit als Menschenrecht im 21. Jahrhundert. Beiträge zur Debatte um einen alternativen Arbeitsbegriff. Schriftenreihe Bd. 110, hrsg. von Hanna Behrend: Berlin 2000, S. 108-120
- Notz, G., Auch „erweiterte Arbeitsbegriffe“ verlangen eine feministische Kritik, in: Die Arbeit als Menschenrecht im 21. Jahrhundert. Beiträge zur Debatte über einen alternativen Arbeitsbegriff: Schriftenreihe Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 10, hrsg. von Hanna Behrend: Berlin 2000, S. 13-23
- Pfarr, H., Soziale Sicherheit und Flexibilität: Brauchen wir ein „Neues Normalarbeitsverhältnis? In: WSI-Mitteilungen 5/2000, S. 279-283
- Polanyi, K., The Great Transformation, Frankfurt a. M. 1990, 2. Auflage
- Rifkin, J., Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M./New York, 3. Auflage 1996
- Schäfer, C., Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe. Zur Verteilungsentwicklung 1998 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 11/1999
- Tessaring, M. (Hg.), Die Zukunft der Akademikerbeschäftigung, Beitr AB 201, Nürnberg, 1996
- Trentin, B., Befreiung der Arbeit. Die Gewerkschaften, die Linke und die Krise des Fordismus, Hamburg 1999
- Weizsäcker von, Ch., E.U Lovins, A.B. Hunter Lovins, L., Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, München, 10. Auflage, 1997

Petra Drauschke

Existenzsicherheit, Zeit und Muße – zu viel verlangt? Sichten allein erziehender Frauen

Meine folgenden Ausführungen basieren auf einer Studie zum sozialstrukturellen Wandel von Ein-Elternfamilien in den neuen Bundesländern, die ich gemeinsam mit Margit Stolzenburg von 1991 bis 1997 durchgeführt habe, sowie der Auswertung aktueller Literatur. Neben einer repräsentativen quantitativen Untersuchung Ostberliner allein erziehender Frauen haben wir über fünf Jahre 30 allein erziehende Frauen und 14 allein erziehende Männer interviewt und zwar in jedem Jahr einmal die selben Mütter und Väter. Wir führten narrative biographische Interviews durch; und zu den meisten der Interviewten entstand ein enges Vertrauensverhältnis. So konnten wir ihre Kontinuitäten, Brüche, Höhen und Tiefen, Chancen und Risiken und vor allem ihre unglaubliche Kraft unmittelbar erleben. Eine Bedingung für die Auswahl in unser Sample war, bereits zu DDR-Zeiten allein erziehend gewesen zu sein, um den Vergleich der Systeme zu erfassen. Damit haben wir aber wenig Einblick in neue Lebensmuster junger allein erziehender Frauen. Das müßte eine weitere Studie leisten. Wir haben die Interviews im Rahmen der qualitativen Sozialforschung nach Glaser und Strauß ausgewertet.

Im folgenden spreche ich über allein erziehende Frauen, die 85 % aller Alleinerziehenden ausmachen. Insgesamt haben wir es mit einer Bevölkerungsgruppe von ca. 1,8 Millionen allein erziehenden Frauen und Männern in der Bundesrepublik zu tun.

Bevor ich zu den Sichten der allein erziehenden Frauen anhand eines Fallbeispiels komme, möchte ich einleitend Veränderungen in Politik und Wissenschaft bei der Betrachtung dieser Familienform „allein erziehend“ benennen.

In den letzten Jahren hat sich erfreulicher Weise die Sicht auf die Familienform „allein erziehend“ in Politik und Wissenschaft gewandelt. Noch Anfang der 90er Jahre, als wir begannen, uns mit dieser Thematik zu befassen, wurde in der alten Bundesrepublik das Leben allein erziehender Frauen mit ihren Kindern als defizitär charakterisiert, denn sie sind ja – ohne (Ehe-)Partner – keine „vollständige“ Familie. Desweiteren wurde diese Familienform vor allem unter dem Armutsrisiko diskutiert. In der DDR wurden spezifische Problemlagen allein erziehender Frauen erst gar nicht öffentlich diskutiert, da ja alle Frauen erwerbstätig sein konnten und damit alle Probleme gelöst schienen. In der Volksbildung der DDR wurden allein erziehende Frauen mit ihren Kindern jedoch auch oft als defizitär betrachtet.

Es mögen verschiedene Faktoren bewirkt haben, daß in den letzten 10 Jahren eine neue Sicht auf die Pluralität von Lebens- und Familienformen entstanden ist. Ich erinnere nur an die aktuelle öffentliche Diskussion um eingetragene Partnerschaften/Ehe für lesbische und schwule Paare. Das wäre vor 10 Jahren nicht denkbar gewesen. In diesem öffentlichen Diskursaufschwung geht es in erster Linie um rechtliche Gleichstellung und gegen Diskriminierung von Partnerschaften. So wohltuend das auch erscheinen mag, so bleibt Deutschland gemessen an anderen europäischen Industrieländern auf unterem Niveau.

Zurück zu Ein-Elternfamilien: Es wird allmählich von der Gesellschaft als Normalität angenommen, daß Eltern in verschiedenen Lebensformen mit Kindern leben. Dazu hat sicher die anhaltend hohe Scheidungsrate der letzten Jahrzehnte beigetragen. Bekanntlich wird derzeit jede dritte Ehe geschieden, in Großstädten fast jede zweite, der Prozentsatz der außerhalb der Ehe geborenen Kinder ist beachtlich, wenn auch hier nach wie vor deutliche Ost-West-Unterschiede erkennbar sind (neue Bundesländer 40 %, alte Bundesländer 10 %). Die Familienform allein erziehend zu sein, ist für viele Frauen stabil, das heißt sie leben ihr Leben in dieser Familienform souverän. Das schließt sowohl eine erneute aktive Partnersuche ein wie eine realistische Betrachtung des Heiratsmarktes. Auch die Frauenbewegung mag ein Stück zum Selbstverständnis dieser Lebensform beigetragen haben, schon durch die Postulierung emanzipatorischer Werte.

Veränderungen in Richtung weiterer Ausgestaltung pluraler Lebensformen sind ganz offensichtlich. Die Familienministerin Christine Bergmann stellte in ihrer Begrüßungsrede auf einer Fachtagung im Juni diesen Jahres fest, daß sich das Alleinerziehen etabliert hat¹. Es ist in allen Schichten und in fast jeder Familie anzutreffen. Es ist unübersehbar, dass sich – insbesondere in den Großstädten (im Prenzlauer Berg sind 57 % aller Familien mit Kindern Ein-Elternfamilien, im Bezirk Friedrichshain sind es 50 %) – eine neue familienmäßige Normalität bildet, auf den wir den Begriff allein erziehend anwenden, so die Ministerin. Sie argumentiert gegen den Defizitansatz: wenn sich eine neue Norm etabliert, dann ist der Ansatz falsch. Dem ist zuzustimmen.

Ich denke, daß ein Stückchen des altbundesdeutschen traditionellen Familienmodells des Ernährermannes und der kindererziehenden Ehefrau in Frage gestellt wird, auch etwas mit dem Einfluß ostdeutscher Normalität auf die alten Bundesländer zu tun hat.

Auch in wissenschaftlichen Diskursen zur Familienform allein erziehend, erfolgt eine zunehmend differenzierte Sicht. Dazu haben wir einen Beitrag geleistet. Wir haben auf die Ressourcen dieser Familienform aufmerksam gemacht und auch auf die differenzierte soziale Lage, die nicht nur unter dem Aspekt des Armutrisikos zu diskutieren ist. Selbstredend sind die Zahlen der Mütter und Kinder, die Sozialhilfe beziehen, beschämend für ein so reiches Land wie Deutschland, und es gibt eine Dunkelziffer von Frauen, die keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben, aber auch ein sehr geringes Einkommen und als arm gelten. Aber es gibt ebenso eine große Anzahl gut ausgebildeter ostdeutscher allein erziehender Frauen, die (relativ) stabil auf dem Arbeitsmarkt verankert sind, die Unterhalt für ihre Kinder bekommen und oft über mehr Geld als Zwei-Elternfamilien verfügen.

Die allein erziehenden Frauen gibt es nicht.

Bei aller Freude über veränderte Sichten in Politik und Wissenschaft sind dennoch die gesellschaftlichen Bedingungen zum Ausleben dieser Familienform in der Bundesrepublik nach wie vor klar zu kritisieren. Sie hinken der Normalität dieser Lebensform hinterher und bedingen, daß die Ressourcen dieser Familienform unzureichend zur Entfaltung kommen können.

¹ Rede der Familienministerin Christine Bergmann anlässlich der Eröffnung der Tagung „Alleinerziehen in Deutschland – Ressourcen und Risiken einer Lebensform“ am 23. Juni 2000 in Berlin, Info-Center – Presse – Reden – Im Wortlaut, S. 1

Wie ist das gemeint?:

Das Selbstbewußtsein ostdeutscher allein erziehender Frauen beruht auf der Erfahrung, ein souveränes Leben unabhängig von einem (un)geliebten Partner/Ehemann und unabhängig von der Alimentierung des Staates leben zu können. Sie waren erwerbstätig, qualifizierten sich, zogen ihre Kinder auf, arbeiteten in gesellschaftlichen Organisationen mit, waren in soziale Netze über den Betrieb und den Freundeskreis eingebunden – mehr oder weniger. Die Ausdifferenzierung der sozialen Lagen allein erziehender Frauen war bereits in der DDR ausgeprägt, es gab trotz Erwerbsarbeit Armut, Gewalt in der Familie, es gab unterschiedliche Lebenswünsche der Frauen hinsichtlich ihrer Erwerbsarbeit, der Wahl eines neuen Partners, der Kindererziehung. Frauen, die dem Leitbild der erwerbstätigen Mutter nicht folgen wollten, hatten es schwer. Die DDR war weit entfernt von pluralen Lebensmodellen. Aber sie gab ein Gefühl der Geborgenheit, der Existenzsicherheit, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau, der Gebundenheit in soziale Strukturen, trotz ihrer Enge bis hin zur Deformation der Persönlichkeit.

Die Bundesrepublik bietet ebenfalls keine wirklichen Möglichkeiten für das Ausleben pluraler Lebensmodelle unabhängig von Alimentierungen des Staates. Im Gegenteil: die Chancen, gut bezahlt erwerbstätig zu sein, sind für junge Mütter schlecht, nicht weil die Frauen Alleinerziehende sind, sondern weil sie Mütter sind², so die Aussage einer Studie des Bundesministeriums. Aber auch Kindererziehung findet keine gesellschaftliche Anerkennung in dem Sinne, daß sie finanziell abgesichert ist.

Neue Anforderungen des Arbeitsmarktes wie die Flexibilisierung der Arbeitszeit oder die Mobilität werden kaum unter den Folgen für die allein erziehenden Frauen diskutiert. Die Studie der Hans Böckler Stiftung „Dienstleistung ohne Ende? Die Folgen der verlängerten Ladenöffnung“ wird zwar auch unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf untersucht, aber kein Wort zu den Anforderungen an allein erziehende Frauen aus diesem Prozeß.³ Flexibilisierung der öffentlichen Kinderbetreuung ist nach wie vor ein Fremdwort, die Versuche dazu völlig unzureichend gemessen am Bedarf und den Bedürfnissen der Familien. Initiativen von Frauenzentren bzw. der SHIA e.V., eine zusätzliche flexible Kinderbetreuung anzubieten, werden auf den 2. Arbeitsmarkt abgeschoben und es gibt bereits über Jahre keine Bewegung in Richtung einer sinnvollen flexiblen Kinderbetreuung im Interesse der Kinder, Mütter und Väter. Im Gegenteil: die Kitaplätze werden teurer und die Öffnungszeiten eher gekürzt.

Aus dieser Arbeitsmarktsituation – auf der einen Seite erwerbsmotivierte, häufig gut ausgebildete Frauen vollbeschäftigt, voll gefordert, voll flexibel, voll engagiert und auf der anderen Seite Frauen in Arbeitslosigkeit mit unterschiedlichem Engagement, meist wirklicher Existenzangst, Krankheitsbildern – resultiert ein unterschiedliches Verständnis von Freizeit

² Das wurde in der Studie „Zur Lage junger erwerbstätiger Mütter in den neuen Bundesländern, insbesondere zur Wirksamkeit von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld“ nachgewiesen. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1995.

³ Frank Meissner/Svenja Pfahl/Philip Wotschack: Dienstleistung ohne Ende? Die Folgen der verlängerten Ladenöffnung. edition sigma 2000. In der Studie wird zwar darauf verwiesen, daß es für Beschäftigte mit kleinen Kindern schwierig ist, bis 20 Uhr zu arbeiten. (S. 162) Für alleinerziehende Frauen ist es geradezu unmöglich, wenn nicht die Kinderbetreuung flexible Formen erlangt.

und Muße. Aber so unterschiedlich die Rahmenbedingungen für Freizeit, Erholung, Interesse an Politik, an Emanzipation, an Mitgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse – alles demokratische Grundrechte – sind, viele allein erziehende Frauen ersticken an der Bewältigung der Alltagsaufgaben und -sorgen, obwohl sie so einen ganzheitlichen Lebensanspruch durchaus haben. Es fehlt die gesellschaftliche Förderung für ein Leben mit Kindern, ihrer Wohn- und Lebensverhältnisse.

Im folgenden will ich an einem Fallbeispiel demonstrieren, mit welcher Kraft, mit welchen Ressourcen allein erziehende Frauen um diesen ganzheitlichen Lebensanspruch, den ich in die Formel fasse „Existenzsicherheit, Zeit und Muße“ kämpfen:

Ich stelle einen Fall vor, der für den Typ allein erziehender ostdeutscher Frauen steht: in der DDR gut qualifiziert, Qualifikation heute nicht brauchbar, hochmotiviert erwerbstätig, gesellschaftlich engagiert, drei Kinder, geschieden, neuer Partner, aber allein erziehend. Es ist eine Biographie, die viel aussagt über Frauenleben in der DDR und die nicht dazu anregt, die DDR-Arbeitswelt zu glorifizieren.

Und nun der Fall: Frau Löwe (ihr Name wurde anonymisiert) wurde 1952 in Zittau in eine Lehrerfamilie geboren. Sie hat noch eine ältere Schwester. Als Frau Löwe sieben Jahre alt ist, läßt sich die Mutter scheiden. Sie schätzt an ihrem Vater dessen naturwissenschaftlichen und musischen Begabungen, sie weiß aber auch von seinem Egoismus und Alkoholkonsum. Die Mutter siedelt nach Schwedt um und heiratet erneut. Diese Ehe hält sieben Jahre. Sie zerbricht als Frau Löwe ihrer Mutter erzählt, daß sie von ihrem Stiefvater sexuell mißbraucht wird. Sie hat zu ihrer Mutter von Kindheit an bis heute ein enges Verhältnis. Das ist eine ihrer Kraftquellen.

Frau Löwe wird ebenfalls Lehrerin für die Unterstufe über ein Studium am Lehrerbildungsinstitut nach Beendigung der 10. Klasse. Sie arbeitet in ihrem Beruf zwei Jahre, wird Kandidatin der SED und erhält den Kandidatenauftrag, in einer Schule mit 3000 Schülern als Pionierleiterin zu arbeiten. In dieser Zeit wird die FDJ-Kreisleitung auf sie aufmerksam, denn sie leistet eine gute Arbeit. Sie soll als stellvertretende Kreisvorsitzende der Pionierorganisation arbeiten. Sie will nicht in einem Apparat arbeiten, läßt sich aber schließlich überreden. Damit beginnt ihre Funktionärlaufbahn. Wenn sie auch der formale Kram stört, wie sie selbst sagt, so findet sie doch an der Arbeit Gefallen. Dann wird sie, inzwischen ohne gefragt zu werden, Kultursekretär. Als Nachwuchskader besucht Frau Löwe ein Jahr die Bezirksparteischule der SED. Dort wird sie schwanger. Wir erfahren nichts von einer Liebe, nicht, ob der Kindesvater auch Lehrgangsteilnehmer war. Sie erwähnt die Heirat im Zusammenhang mit der Scheidung wegen einer ordentlichen Chronologie. Nach 12 Wochen Mutterschaftsurlaub wird Frau Löwe Sekretärin für Agitation und Propaganda in der FDJ-Kreisleitung. Auch diesmal wird sie nicht um ihre Zustimmung gefragt. Frau Löwe ist todunglücklich in dieser Funktion, wie sie sagt. Sie findet eine Scheinlösung „aus eigener Kraft“, sie wird ein zweites Mal schwanger. Aus heutiger Sicht ist es kaum vorstellbar, daß eine Schwangerschaft zur Durchsetzung eigener Erwerbswünsche gezielt eingesetzt wird. Aber wir können uns den Druck vorstellen, den sich Frau Löwe ausgesetzt fühlte und anders nicht zu erwehren wußte. Nach dem Mütterjahr stellt sie den Antrag auf Rückkehr in den

Schuldienst, dem aber nicht stattgegeben wird. Statt dessen wird sie in den FDGB-Kreisvorstand als Jugendfunktionärin versetzt. Sie merkt sehr schnell, daß die von ihr geforderten Berichte wenig mit dem realen Leben zu tun haben. Frau Löwe stellt bereits nach einem viertel Jahr den Abberufungsantrag, das erste Mal, daß sie sich gegen die Funktionärskarriere stellt. Aber es vergehen zwei Jahre bis sie aus dieser Funktion ausscheidet und an einer Fachschule als FDJ-Sekretärin und Lehrerin für Marxismus-Leninismus beginnt. Aber dafür hat sie keine ausreichende Qualifikation. Sie beginnt ein Diplom-Fernstudium für Gesellschaftswissenschaften. In dieser Zeit absolviert ihr Mann ein Direktstudium in einer anderen Stadt. Er kommt nur am Wochenende nach Hause.

Ihre Situation in dieser Zeit schildert sie so:

„Wenn er kam, war ich völlig am Ende meiner Kraft, und am Abend war ich och derartig kaputt von der Woche, das lief ja alles wie ein Räderwerk. Früh die Kinder in die Kinderkrippe bringen. Ich hatte sie in unterschiedlichen Krippen, weil Ralf ne Krankheit hatte, Bakterien im Stuhl, daß er nicht mit Säuglingen zusammen durfte. So mußte ich den in ne andere Krippe bringen. Und ich arbeitete im alten Stadtteil, so daß ich also schon einen Anmarschweg bis zur Arbeit von ungefähr eineinhalb Stunden hatte. Dazu ne Ofenheizungswohnung, die geheizt werden mußte, so daß der Tag eigentlich für mich früh um vier begann mit Heizen, Kinder fertig machen, die verteilen, zur Arbeit fahren. Dreiviertel sieben war ich dann auf Arbeit, so und das war derart, das ging auch physisch derart an meine Kräfte, daß ich am Wochenende immer wie erschlagen war. Und dann er mit den Ansprüchen. Dann wollte er tanzen am Sonnabend gehen....Also er hatte och gar keen, überhaupt keen Nerv für meine Situation, daß ich abgespannt war, daß ich nicht raus wollte.“

Aber ähnlich wie in ihrem Funktionärsleben paßt sich Frau Löwe auch gegenüber ihrem Ehemann an und scheut die Auseinandersetzung. Als er dann die Scheidung einreicht, weil er eine neue Partnerin hat, stimmt sie zu und läßt sich gleichzeitig vom Fernstudium exmatriculieren. Zwei Jahre hatte sie durchgehalten. Es ist ihr alles „schnurzipiepegal“, wie sie sagt. Das Mehr an Zeit verbringt sie mit ihren Kindern.

Die Fachschule bietet ihr nun ein Direktstudium an, ein Jahr und dann noch ein halbes Jahr fürs Diplom. In dieser Zeit gibt sie die Kinder in ein Kinderheim. Sie lernt einen neuen Partner kennen, einen Produktionsarbeiter. Zeitgleich mit dem abgeschlossenen Studium als Staatsbürgerkundelehrerin und der Geburt ihres dritten Kindes kommt die Wende. Frau Löwe schaut den Ereignissen im Fernsehen zu. Sie weiß, daß ihr das hart erarbeitete Diplom in Zukunft nichts nutzt. Ihre Wünsche an eine Partnerschaft erfüllen sich auch in der jetzigen nicht, Frau Löwe fühlt sich für die drei Kinder – sowohl in der Erziehung (das war auch während ihrer Ehe so) als auch für die finanzielle Absicherung voll verantwortlich. Der neue Partner behält trotz der doppelten Miete seine Wohnung. Frau Löwe will das so. Sicher ist sicher.

Beruflich erinnert sich Frau Löwe an ihre Ressourcen: ausgebildete Unterstufenlehrerin und viel, viel Energie. Sie findet eine Stelle an einer Sonderschule, an die sich kein Lehrer sehnt. Sie erzählt unglaubliche Geschichten von der Härte des Schulalltags – auch von Gewalt. Sie kompensiert diese ungewohnten Anforderungen mit der Krankheit „Eßsucht“. Obwohl sie

beinah verzweifelt, nimmt sie erneut ein zweijähriges Fernstudium als Sonderpädagogin auf und schließt es erfolgreich ab. Sie erhält eine feste Stelle. Im Laufe der Jahre lernt sie, souveräner mit der komplizierten Situation an einer Sonderschule umzugehen. Supervision und das Studium helfen ihr dabei.

Frau Löwe ist politisch in der PDS engagiert und kümmert sich um viele alte Kollegen im Wohngebiet. Schon wegen auseinanderklaffender politischer Anschauungen mit ihrem Partner sieht sie in ihm vor allem den Vater ihres dritten Kindes, keinen wirklichen Partner für sich. Das ist ihre Mutter geblieben sowie Freundinnen. Als einer ihrer Söhne kurzzeitig in die rechte Szene abdriftet und die Stadt beschmiert, zieht Frau Löwe nachts los und wäscht die Schmierereien wieder ab. Sie hat seit der Wende viel gelernt, auch sich zu wehren. Sie will weder die alte DDR zurück noch kann sie sich mit den jetzigen Verhältnissen einverstanden erklären.

Ihre finanzielle Situation ist gut, auch weil der geschiedene Mann für die beiden Kinder zahlt. Er ist im öffentlichen Dienst angestellt und kann sich keinen Ärger leisten.

Obwohl Frau Löwe ein gutes Verhältnis zu ihren Kindern hat, freut sie sich auf deren Selbständigkeit, um mehr Zeit für ihre eigenen Wünsche zu haben.

Aber Frau Löwe hat sich über all die Jahre stets als alleinerziehende Mutter gefühlt und es auch in der Praxis gelebt.

Dieser Fall ist in mehrerer Hinsicht interessant und sagt viel über Frauenleben in der DDR aus:

1. Der Fall Frau Löwe charakterisiert das untere Funktionärsmilieu in der DDR und den Disziplinierungs- und Deformierungsprozeß mittels ideologischer Doktrinen.
2. Der Fall zeigt den Führungs- und Besitzanspruch der Partei. Diejenigen, die wie Frau Löwe die Grundüberzeugung von der DDR als Alternative zum Kapitalismus mit all ihren Entwicklungsschwierigkeiten hatte, konnte sich einer Funktionärskarriere nur schwer entziehen. Individuelle Wünsche waren nicht gefragt. Ebenso wurde die hohe persönliche Belastung von Frau Löwe mit zwei kleinen Kindern nicht thematisiert.

Es ist fraglich, ob sie bei einer konsequenten Ablehnung dieser Funktionärskarriere als Lehrerin tragbar gewesen wäre.

3. Der Fall Frau Löwe verdeutlicht, daß trotz Scheitern eines Weltbildes ein bestimmter Typ Frauen in der Lage ist, flexibel und engagiert auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zu reagieren und für ihre berufliche und persönliche Entwicklung Ressourcen freizusetzen. Die ihrem Leben eigene gewohnte hohe Belastung durch Beruf, Verantwortung in Leitungsfunktionen, gesellschaftliche Arbeit, ständige Qualifikationsanforderungen, eigenverantwortliches Management ihrer Familie, Streßbewältigung in der Partnerbeziehung und, und, und – all das fördert ihre Chancen, sich erfolgreich neuen Anforderungen zu stellen. Sie verfügt über Kompetenzen, an die sie anknüpfen kann. Dazu gehört auch, sich mit der eigenen Biographie auseinanderzusetzen, sich zu fragen, wie sie Rädchen im politischen Getriebe werden konnte, um zu verhindern, daß ihr das noch einmal passiert.

So gelingt es ihr, in ihren Grundmustern und Grundüberzeugungen Kontinuität zu leben und weiterhin politisch aktiv zu sein.

4. Das Fallbeispiel macht deutlich, daß Alleinerziehende nicht nur die Frauen sind, die tatsächlich ohne Partner leben. Ministerin Bergmann unterscheidet in der bereits erwähnten Rede zwischen den alleinerziehenden Frauen, die durch unfreiwillige Notlagen in diese Familienform geraten sind und die sie dann auch als solche Familienform allein erziehend akzeptieren und nichteheliche Eltern-Kind-Konstellationen (damit sind vor allem junge Leute gemeint, die gemeinsam Kinder haben, aber nicht bzw. noch nicht verheiratet sind). Unsere Interviews zeigen hingegen, daß die Bestimmung der Familienform „alleinerziehend“ nicht mit statistischen Merkmalen wie ledig, geschieden und verwitwet präzise zu kennzeichnen ist. Letztlich ist es eine Frage der Qualität der Partnerbeziehung, sofern ein Partner vorhanden, Ehen eingeschlossen.

Frau Löwe steht für den Typ Frau, der in langjähriger Ehe sich stets als allein erziehende Frau verstanden hat, weil die Qualität der Partnerbeziehung und die Unterstützung des Ehemannes bei der Kindererziehung kein anderes Urteil erlauben. Auch der finanzielle Beitrag des Mannes für die Familie war minimal.

Neben dem Typ alleinerziehender Frauen, die nach der Wende ihre Ressourcen nutzen, um auf dem Arbeitsmarkt ihren Platz behaupten, haben wir andere Frauen, die trotz bzw. ohne Erwerbsarbeit in Kontinuität arm bleiben bzw. eine deutliche Verschlechterung ihrer Lebenssituation und ihrer Kinder spüren. Bekanntlich hat die Flexibilisierung der Frauenarbeit enorm zugenommen. Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeitsverhältnisse ohne Arbeitsvertrag, Pauschallöhne sind an der Tagesordnung und verstärken das Armutrisiko gerade für allein erziehende Alleinverdienerinnen.

Sie alle fragen sich, ob Existenzsicherheit, Freizeit und Muße zu viel verlangt sind.

Frau Löwe fehlt in erster Linie Freizeit und Muße, vielen anderen die Erwerbsarbeit, um überhaupt Freizeit zu bemerken.

Sind ihre Lebensansprüche übergebührend hoch? Sichert nicht diese Familienform einen wesentlichen Beitrag zur Generationenfolge?

Es wäre schon ein kleiner Schritt vorwärts, wenn die spezifischen Problemlagen und Ressourcen ostdeutscher allein erziehender Frauen in ihrem ganzheitlichen Lebensanspruch in allen gesellschaftlichen Ebenen stärker Berücksichtigung fänden.

Oder um es mit Jan Ross zu sagen: eigentlich wäre es an der Zeit, für eine Vielfalt von Lebensgemeinschaften ein wohnliches und zweckmäßiges Sozialgehäuse zu bauen.⁴

⁴ Jan Ross: Baustelle Beziehung. In: Die Zeit vom 20. Juli 2000, S. 29

Mira Renka

Ergebnisse einer unwissenschaftlichen, unrepräsentativen, multikulturellen Umfrage zur Bedeutung von „Arbeit“ und zum Thema „Gerechtigkeit“

Vorab möchte ich mich bei Petra dafür bedanken, dass sie mich gefragt hat, ob ich zum Seminarthema etwas vorbereiten möchte. Dann möchte ich mich bei ihr dafür bedanken, dass sie meine Idee gut fand. Weil:

Ich hätte mir nie gedacht, wie interessant und aufschlussreich es sein kann, wenn du „ganz spontan“ und ohne Zwang (wissenschaftliche Untersuchung, Geldverdienen, Karriere usw.), die Menschen zu etwas befragen kannst, was zu ihrem Leben gehört, womit sie sich „schon immer“ herumgeplagt haben, worüber sie eine Meinung haben und was sie beschäftigt – oder auch nicht, wie sich herausstellen sollte.

Ich habe bisher bei verschiedenen empirischen Untersuchungen mitgemacht (u.a. Interviews durchgeführt, Interviewerbetreuung geleistet), es war jedoch ganz anders, als es jetzt gewesen ist.

Ich hoffe, ich werde es so weitergeben können, wie ich es erlebt habe.

Vor allem jedoch hoffe ich, die Erkenntnisse wiedergeben zu können, die für mich sehr wertvoll sind, weil sie mich in ihrer Aussagekraft optimistisch stimmen, wenn ich sie mit dem vergleiche, was in der Medienwelt und in der sogenannten intellektuellen Öffentlichkeit gerade zu diesem Thema verbraten wird.

Meine Sprache wird, wie bereits gemerkt, keine wissenschaftliche sein, ich fühle mich an keine Form gebunden.

Es ist schade, dass ich die Erkenntnisse meiner Befragung mit den bisherigen Vorträgen nicht in Relation setzen kann. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Wissenschaft sich zu den Äußerungen der profanen Welt verhält, obwohl sie, die Wissenschaft, diese zum Gegenstand ihrer Untersuchungen hat.

Meine Umfrage habe ich an verschiedenen Orten gemacht.

Ich habe Menschen und Sachen befragt.

Zuerst zu den Sachen

Ich habe mein Deutsch-Kroatisches-Wörterbuch nach den Worten Arbeit und Gerechtigkeit befragt:

(Šamšaloviæ, Njemaèko-hrvatski ili srpski rjeènik, Zagreb 1982):

Arbeit – anfangend bei „Arbeit“ und endend bei „Arbeitszwang“ - wird insgesamt 113 mal erwähnt. Dabei habe ich folgende interessante Übersetzung gefunden:

Arbeitstisch = radni stol, also Arbeitstisch

Arbeitstischchen = stolica za šenski ruèni rad, also Tischchen für Frauenhandarbeit.

Bei der **Gerechtigkeit** verhält es sich anders, es gibt nur folgende Worte: gerecht, Gerechtigkeit, Gerechtigkeitsliebe, Gerechtigkeitspflege, Gerechtsame.

Da ich nicht glaubte, die Gerechtsame sei Privileg, wie dort beschrieben, schaute ich im Duden nach.

Die Gerechtsame bedeutet tatsächlich, veraltet zwar, das Vorrecht.

In der Brockhaus Enzyklopädie wird **Arbeit** und das was dazu gehört (allerdings auch die Arbeiterwohlfahrt) auf 6 Seiten behandelt, **Gerechtigkeit** ca. zwei Seiten.

Im Duden verhält es sich ähnlich.

Des weiteren habe ich den Computer in der AGB (Amerika Gedenk Bibliothek) nach Arbeit und Gerechtigkeit befragt. Mit folgendem Ergebnis:

Erster AGB-Katalog-Abruf (die ausgewählten Zahlen geben die Anzahl der vorhandenen Titel an):

205 x	Arbeit
	Arbeitstätigkeit
	Bildschirmarbeit
28 x	Büroarbeit
	Büroarbeit Milieu
32 x	Ferienarbeit
	Forstarbeit
86 x	Frauenarbeit
	Gartenarbeit
43 x	Geistige Arbeit
	Hafenarbeit
29 x	Hausarbeit
	Heimarbeit
	Industriearbeit
	Industriearbeit/Vernetzung/Probleme
	Job
	Kinderarbeit
	Körperliche Arbeit
	Kurzarbeit
	Landarbeit
	Leiharbeit
	Mehrarbeit
	Mitarbeit
	Nachtarbeit
18 x	Schichtarbeit
	Schwarzarbeit
	Schwarzarbeit/Bekämpfung
	Selbstständige Arbeit
	Sonntagsarbeit
42 x	Teamwork
40 x	Telearbeit

Wochenendarbeit

Ich habe auf Zwangsarbeit gewartet. Sie kam jedoch nicht. Sie befindet sich wohl unter einer anderen Rubrik.

Zweiter AGB-Katalog-Abruf:

- 205 x Arbeit
 - 86 x Frauenarbeit
 - 43 x Geistige Arbeit
 - 22 x Humanisierung der Arbeit
 - 29 x Kinderarbeit
 - 36 x Kulturelle Arbeit
- 313 x Soziale Arbeit
- 110 x Wissenschaftliche Arbeit, Wissenschaftliches Arbeiten
- 127 x Wissenschaftliche Arbeit, Wissenschaftliche Manuskripte
- 149 x Betriebsbedingungen
 - 54 x Arbeitsbelastung
 - 21 x Arbeitsbewertung
 - 33 x Arbeitsmotivation
- 185 x Arbeitsmarkt
 - 22 x Arbeitstherapie
 - 23 x Arbeitssoziologie
 - 20 x Zufriedenheit
 - 1 x Umverteilung
 - 17 x Flexibilisierung
 - 1 x Gemeinnützige Arbeit
 - 6 x Körperliche Arbeit
- 223 x Experimentelles Arbeiten
- 174 x Arbeiter.

Auch hier stehen Arbeit und Gerechtigkeit in keinem Verhältnis zueinander. Mit der Gerechtigkeit verhält es sich folgendermaßen:

Erster AGB-Abruf:

- 65 x Gerechtigkeit
 - Gerechtigkeit/Arbeitslosigkeit/Soziale Gerechtigkeit
 - Distributive Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit
- Dresden/Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
 - Einkommensverteilung
- Handke, Peter, Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morava und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien
 - Komitees für Gerechtigkeit

Magdeburg wie Dresden

Versammlung

Zweiter AGB-Abruf:

- 65 x Gerechtigkeit
- 1 x Kardinaltugend
- 1 x Selbstgerechtigkeit
- 17 x Soziale Gerechtigkeit
- 4 x Ungerechtigkeit
- 4 x Verteilungsgerechtigkeit.

Und nun zu den Menschen

Ich habe 27 Menschen im Alter von 11 bis 63 Jahren, 8 männliche und 19 weibliche, befragt. Ich habe sie nach dem Kriterium der Spontaneität befragt. Ich habe sie bei ihnen zu Hause, bei mir in der Beratungsstelle, in einer Kita und in einem Begegnungszentrum befragt.

Die Befragten waren aus Deutschland, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, der Türkei, Jugoslawien, einem arabischen Land und Südamerika. Es waren „schwarze“ und „weiße“ Menschen.

Es waren Schülerinnen und Schüler, Rentnerinnen, Arbeitslose und Erwerbstätige.

Ich hätte noch hundert andere Menschen befragen können, denen ich in den vergangenen Wochen begegnet bin. Das hätte aber den Rahmen dessen, was wir uns vorgenommen haben, gesprengt.

Ich habe die Aussagen zum Teil aufs Band aufgenommen, transkribiert und übersetzt, zum Teil aufgeschrieben.

Ich habe den Befragten gesagt, dass sie nicht nachdenken, sondern ad hoc antworten sollen, und zwar so knapp wie möglich. Die Fragen habe ich der Situation und meinem Gegenüber angepasst. Ich habe die Fragen ungefähr so formuliert:

Was ist für dich Arbeit? Hast du dir darüber schon Gedanken gemacht? Was denkst du über Gerechtigkeit? Was ist für dich Gerechtigkeit? Als Kinder auf die Frage nach der Gerechtigkeit keine Antwort wussten, fragte ich nach der Ungerechtigkeit.

Ich werde hier die wichtigsten Antworten vortragen. Ich habe sie nicht umformuliert:

I., Mädchen, 9 Klasse:

„Arbeit ist eine der Lebensgrundlagen. Damit meine ich, dass der Mensch ohne Arbeit kein Geld hat und ohne Geld ist er einfach schlecht dran. Ich denke, die Lage war früher nicht so schlecht wie heute. Ich denke auch, dass reiche Menschen eigentlich gar nicht arbeiten, sondern diejenigen berauben, die arbeiten. Und das, das ist echt eigenartig. Nach meiner Meinung müsste jeder gleiches verdienen und seinen Verdienst durch redliche Arbeit erzielen.“

Gerechtigkeit? Gerechtigkeit bedeutet für mich: dem einen genauso viel zu geben wie dem anderen. Z.B. wenn Nikola und ich Bonbons bekommen, die wir uns teilen sollen, dann soll jede die gleiche Menge bekommen.

Arbeit ist mit der Gerechtigkeit irgendwie verbunden. Die Gerechtigkeit gibt es aber nicht.“

K., Mädchen, II. Klasse:

„Arbeit ist zum verdienen da.

Als ich im vergangenen Jahr im Hort war, musste ich 10 Stunden in der Schule verbringen. Und diese Arbeit, die wir dort getan haben, ging mir auf die Nerven. D.h., Arbeit bedeutet, dass du immer zu Hause hocken tust.

Selbstverständlich ist Schule auch Arbeit. Und zwar langweilige.

Gerechtigkeit? Ich weiß nicht, was das ist.“

S., 30 Jahre, Honorarkraft beim Rundfunk, Hochschulabschluss:

„Ich will dir keine Definition der Arbeit liefern, diese kennst du. Für mich bedeutet die Arbeit zur Zeit etwas ganz schön Ausbeuterisches. Ich meine, dass Arbeit für die meisten Menschen etwas Ausbeuterisches ist, und zwar sehr. Meine Energie und Kraft, meine Intelligenz, mein Hirn, alles wird ausgebeutet, dafür jedoch bekomme ich kein adäquates Entgelt. Für jede Arbeit, manuelle oder intellektuelle, sollte es ein Entgelt in Geldform geben. Für diese eine Art von Arbeit. Es gibt jedoch auch eine andere. Das ist die Arbeit der Zufriedenheit willen. Viele Menschen arbeiten deshalb, weil sie an dieser Arbeit Spaß finden und diese sie zufrieden macht. Hier ist das Entgelt die Zufriedenheit selbst. Das ist auch ganz was anderes. Diese Arbeit bringt auch Resultate. Z.B. ein Buch, als Resultat einer intellektuellen Arbeit. Hierbei müsste diese Art von Arbeit nicht unbedingt in Geld bezahlt werden, weil das Resultat, das Buch also, bereits die Entlohnung, das Entgelt bedeutet. Also, es gibt Arbeit, damit du überleben kannst. Hier muss die Arbeit mit Geld bezahlt werden, und es gibt Arbeit, die du zur eigenen Zufriedenheit verrichtest. Du bist durch den Arbeitsprozess erfüllt und das Resultat deiner Arbeit kommt als Zufriedenheit noch dazu. Es ist egal, ob das Resultat ein materielles, sichtbares ist, oder nicht.“

Frage: „Welche Assoziation hast du wenn du die Arbeit in die Relation zur Gerechtigkeit setzt?“

„Ungerechtigkeit. Arbeit ist nicht gleich Gerechtigkeit. Ganz im Gegenteil. Niemand erhält für seine Arbeit das, was er verdient hat. Und viele bekommen nicht mal das, was sie zum Leben brauchen. Es hat was mit dem Gesellschaftssystem zu tun. Es liegt am System, dass wir für die Arbeit, die wir tun, nicht das bekommen, was wir zum Leben brauchen, damit wir normal leben können, damit wir nach der Arbeit frei wären für andere Dinge. Viele Menschen würden in ihrem Leben alles tun, viel mehr gegen Geld arbeiten, auch 10-12 Stunden am Tag, um nach der Arbeit ein qualitativ besseres Leben führen zu können. Also, ich könnte 10 oder mehr Stunden am Tag arbeiten, wäre ich dafür adäquat entlohnt, um danach ein gutes Leben leben zu können, um reisen zu können, mich zu vergnügen, lesen zu können, ins Theater zu gehen, Neues zu entdecken, etwas Neues zu erleben. Das Gegenteil ist der Fall. Viele

Menschen müssen 10-12 Stunden arbeiten, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Und dabei reicht es manchmal nicht für mehr als für das Brot und die Milch. Also, bei diesem Sachverhalt kann definitiv keine Rede von Gerechtigkeit sein. Weil, es gibt Menschen, die nichts tun und trotzdem ungewöhnlich viel Geld haben. Die Gerechtigkeit gibt es nicht. Die Disproportion ist zu groß. Ich schätze bei 80 % der Arbeitenden gibt es keine Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Arbeit. Ich weiß nicht, ob es ein Land gibt, wo es anders ist. Mir ist es jedenfalls nicht bekannt. Es gibt keine Gerechtigkeit. Sogar in den Rechtsinstitutionen ist sie käuflich.

Die Arbeit wird nur durchs Geld geschätzt. Der Mensch auch. Es gibt wenige gesellschaftliche Strukturen wo die Arbeit wegen der Arbeit geschätzt wird. Nur das Geld zählt. Und wenn du viel Geld hast, bedeutet dies, dass du gut arbeitest und somit viel wert bist. Hast du jedoch kein Geld, dann giltst du als nicht besonders arbeitsam.“

S., 63, Rentnerin/Arbeiterin:

„Ohne Arbeit kannst du nicht leben. Aber, es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Arten von Arbeit. Und der Entlohnung ebenfalls. Wenn du für deine Arbeit gut entlohnt bist, dann hast du einfach Lust, weiter zu arbeiten, du möchtest etwas erreichen mit deiner Arbeit, du bist glücklich wenn dir etwas gelingt, die Zufriedenheit treibt dich vorwärts.

Gerechtigkeit? Die gibt es nicht. Bisher hat es sie noch nie gegeben. Ich bin überzeugt, dass es sie nie geben wird. Bisher wurden diejenigen, die viel gearbeitet haben, selten dafür gerecht entlohnt. Gerechtigkeit ist eine Utopie.“

M., 54, Arbeitslos/Arbeiterin:

„Arbeit ist für mich, wenn ich etwas mit Überlegung tue. Du kannst nicht nur arbeiten, weil Arbeit ist alles, du musst dabei auch denken. Das Wichtigste ist, wenn du gesund bist und arbeiten kannst, und damit deinen Lebensunterhalt verdienst.

Gerechtigkeit ist Ehrlichkeit. Gerechtigkeit ist, wenn nicht getäuscht, gelogen, gestohlen wird. Offen und ehrlich zu sein, das ist Gerechtigkeit.“

Vier erwachsene Frauen:

„Arbeit ist Tätigkeit.“

„Arbeit heißt, seinetwegen die Nerven zu verlieren, angespannt sein.“

„Ich weiß es nicht.“

„Arbeiten müssen wir, weil Adam und Eva gesündigt haben. Hätten sie es nicht getan, würden wir heute nicht arbeiten müssen“.

„Gerechtigkeit ist, dass sie nicht existiert. Wer sie sucht, verliert dabei seinen Kopf.“

„Alles ist gerecht, was Gott verkündet hat.“

„Eine sehr schwierige Frage.“

D., 48, Frau, Hochschulabschluss:

„Arbeit ist das, was ich muss.“

Gerechtigkeit ist wenn ich im Recht bin.“

N., Junge, 5. Klasse:

„Arbeit ist Qual.“

A., ca. 60, Rentnerin

„Arbeit ist Spaß. Ich würde gerne einer Beschäftigung nachgehen, wenn ich könnte. Ich tue ständig irgend etwas, ich muss immer etwas tun, sonst bin ich nicht glücklich.

Gerechtigkeit ist Ehrlichkeit. Es gibt keine Gerechtigkeit.“

B., ca. 58, Angestellte:

„Arbeit ist, wenn ich an meinem Schreibtisch sitze und etwas tue.

Gerechtigkeit wäre, wenn mein Mann mehr zu Hause helfen würde.“

Drei Menschen, zwei Männer, eine Frau:

„Arbeit ist nichts tun.“

„Arbeit ist denken.“

„Es ist schwierig es einfach zu formulieren, es gibt verschiedene Aspekte, Arbeit kann sein, Geld zu verdienen, das zu tun, wofür man ausgebildet ist, andersrum auch das zu machen, was einem Spaß macht.“

„Arbeit müsste kreativ sein.“

„Arbeit ist Weiterkommen.“

„Richtige Arbeit müsste unentgeltlich sein.“

„Mein Prof. hat behauptet, Hausarbeit sei Freizeit und keine Arbeit.“

„Nur Denken ist vielleicht Arbeit.“

„Gerechtigkeit ist, wenn man dort leben kann, wo man geboren ist, wo Großeltern und Eltern leben, wo du geboren bist.“

„Auch anderswo zu leben, ohne dass du dabei anders behandelt wirst, besondere Sachen brauchst bzw. haben musst.“

„Gleichberechtigt behandelt wirst.“

Drei Mädchen, 4.-5. Klasse:

„Arbeit ist, den Tisch abzuwischen.“

„Arbeit ist, die Schüssel weg zu bringen.“

„Die Schule ist Arbeit, aber erst ab der 5. Klasse.“

„Gerechtigkeit? Keine Ahnung.“

„Ungerechtigkeit ist, wenn Erzieher rauchen wir aber keine Süßigkeiten essen dürfen.“

„Ungerechtigkeit ist wenn man Stubenarrest hat.“

Frau, ca. 30 Jahre:

„Es gibt zwei Arten von Arbeit, eine die mit mir nichts zu tun hat und die ich fürs Geldverdienen brauche, und die andere wo ich es für mich tue, weil sie mich erfüllt.“

Gerechtigkeit? Ich sehe nicht ein, warum jemand fürs Kohleschleppen so wenig Geld bekommt und andere schrecklich viel Geld verdienen für eigentlich Nichtstun.“

R., Frau, ca. 35 Jahre:

Arbeit ist, meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Als Traum: Arbeit sollte auch im Alter noch die Erfüllung sein. Ich würde so gerne auch mit 60 noch gerne zur Arbeit gehen.

Gerechtigkeit ist, wenn es keine Unterdrückung gibt, keine Hierarchien.,,

R., Mann ca. 40 Jahre:

„Arbeit muss Spaß machen, sonst habe ich keine Lust.

Gerechtigkeit wäre, jeden gleich zu behandeln bzw. das wenigstens zu versuchen.“

L., 4.-5. Klasse:

„Arbeit ist Hausaufgaben machen.“

Junge, 4. Klasse:

„Arbeit ist Kindersitten.

Was Gerechtigkeit ist, weiß ich noch nicht.“

Drei Jungen, 4.-5.-Klasse:

„Arbeit ist Schule.

Mädchen ärgern.

Arbeit ist lesen.

Arbeit ist Hausaufgaben machen.“

Meine Schlussfolgerung:

1. Es ist festzustellen, dass Erwachsene ein differenziertes Bild, eine genaue Vorstellung, was Arbeit ist und was sie sein könnte/sollte, haben.
2. Es ist festzustellen, dass Erwachsene gerne arbeiten, dass Arbeiten einfach zum Leben gehört.
3. Es ist festzustellen, dass Gerechtigkeit und Arbeit in der Praxis nichts miteinander zu tun haben.
4. Es ist festzustellen, dass es verschiedene Arten von Arbeit in der Vorstellung der Befragten gibt. Bezahlte Arbeit, als existenzsicherndes Moment und unbezahlte, als Erfüllung von etwas Größerem.
5. Es ist festzustellen, dass Kinder einen ziemlich weiten, allumfassenden Begriff von der Arbeit haben. Sie haben keine Schwierigkeiten damit, die Hausarbeit und die Schule als Arbeit zu begreifen.
6. Es ist festzustellen, dass es einen Traum von der Arbeit und der Gerechtigkeit gibt.

7. Es ist festzustellen, dass für Erwachsene die Gerechtigkeit nicht existiert, sie aber ganz genau wissen, wie sie aussehen sollte.

Ich möchte diese Aussagen mit dem vergleichen, was sich zum Thema aus den Zeitungen lesen lässt, als Garnierung sozusagen hinzufügen. Wenn ich die Aussagen der Befragten mit dem, was ich Euch nicht vorenthalten möchte, vergleiche, muss ich feststellen, dass diese Frauen und Männer, für Kinder bin ich mir nicht sicher, wahrscheinlich keine Gelegenheit haben werden, ihre Träume von Arbeit und Gerechtigkeit verwirklicht zu sehen. Nicht mal andeutungsweise, weil:

Ich zitiere (die tageszeitung, 8.9.00):

„Weg mit dem Lohndrucker-Image. Gestern war großer Randstad-Tag: Das Zeitarbeitsunternehmen wollte 20.000 Jobs vergeben. Jeder Dritte bekommt nach dem Zeitjob eine Festanstellung. Gewerkschaften schließen Tarifverträge ab. Die Löhne liegen 15 Prozent unter den Branchentarifen. ...Für die Aktion Job-tag ließ sich die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) als Schirmherrin begeistern. Denn die Branche boomt. Rund 300.000 Menschen jobben bei Zeitarbeitsfirmen. In fünf Jahren sollen es schon eine Million sein. Zeitarbeiter machen heute ein Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus. In den USA, den Niederlanden und in Dänemark liegt der Anteil drei bis siebenmal höher. Aber Deutschland holt auf. In 30 Jahren könnten bereits 30 bis 40 Prozent aller Arbeitnehmer in der Zeitarbeitsbranche arbeiten, schätzt Holger Grathe von der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG). Dank der Gewerkschaften ÖTV und DAG verliert die Branche ihr schlechtes Image vom modernen Sklavenhändler. Von Ausbeuter-Löhnen könne nicht mehr die Rede sein, beteuert Grathe. Denn im Frühjahr handelte der Tarifexperte mit Randstad einen Tarifvertrag aus.“

„Frustr im Internet. Schlechte Bezahlung, hohe Stundenzahl, Flexibilität nur von Seiten der Beschäftigten: In Diskussionsforen zur Zeitarbeit...werden vor allem Zweifel geäußert:

„Ein Freund von mir ist Radio- und Fernstechniker und wurde zu einer Druckmaschinenfirma vermittelt. Als FS-Techniker hat er früher ca. 25 Mark pro Stunde verdient und ist jetzt mit 15 Mark pro Stunde abgespeist worden'...Flexibilität sei die höchste aller Tugenden für Zeitarbeiter, meint Marco, der selbst seit sieben Jahren bei einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt ist: ‚Aber zu oft wird hierbei Augenwischerei betrieben und Mitarbeiter werden dazu gebracht, sich unter falscher Qualifikation beim Kunden auszugeben.‘ Ein Nutzer namens...bestätigte diese Einschätzung: ‚Trotz der Tatsache, dass ich kein Schlosser war, bin ich mehr als Schlosser bzw. Elektriker oder Zimmermann irgendwohin geschickt worden, und die Zeitarbeitsfirma kam damit stets durch. Meine Tätigkeiten erstreckten sich von Putzen über Facharbeiten, Produktionstätigkeiten bis hin zu Büroarbeiten.“

Oder (die tageszeitung, 8.9.00): „Bauern verdienen weniger: Die deutschen Bauern erhalten immer weniger vom Umsatz im Lebensmittelhandel. Während die Landwirte vor zehn Jahren noch 32 Pfennige von jeder Mark erhalten hatten, liegt der Anteil zurzeit bei 25 Pfennigen...So seien die Getreidepreise seit 1992 um ein Drittel gesunken...“

Zum Schluss möchte ich wieder zu den Frauen zurück. Wir haben in einer Frauenrunde vor einiger Zeit die Arbeiten aufgezählt, welche unsere Mütter und Großmütter vor gar nicht langer Zeit auf dem Lande, in unseren Dörfern verrichtet haben. Für viele Frauen ist dies heute immer noch die Wirklichkeit. Auch bei uns in Europa. Um das festzustellen, müssen wir tatsächlich nicht nach Afrika oder Asien gehen. Es ist vielleicht ein sadistisches Gedicht, was ich hier zusammengetragen habe, aber so bin ich nun mal.

**Ein Frauenleben 1900-1980 oder
Ich bin immer nur Hausfrau gewesen**

Tante Kata ist schwer krank,
wahrscheinlich wird sie sterben.

Ich muss hingehen?

Selbstverständlich. Außerdem, du hast sie doch immer gemocht. Oder etwa nicht?

Doch.

Nun liegt sie da. In der kleinen Kammer ihres, so kommt es mir vor, hundert Jahre alten Hauses.

Ganz ruhig und still.

Augen geschlossen.

Sie ist nicht mehr bei Bewusstsein, werde ich aufgeklärt.

Ich stehe da. An ihrem Bett. Ich schaue auf ihr Gesicht.

Wie alt ist sie eigentlich? Achtzig?

Seit Jahren Witwe.

Davor alleinlebend mit den Kindern.

Ihr Mann in Amerika. Jahrzehnte lang. Ich weiß nicht wie lange. Aber wahrscheinlich viel zu lange für nur ein Menschenleben.

Sie kommt mir so klein vor. Und zerbrechlich.

Zerbrechlich wirkte sie eigentlich immer, obwohl sie so stark war.

Hat sie im II. Weltkrieg einen Sohn oder zwei Söhne verloren?

Alleine hat sie alles durchgestanden.

Ihr Mann, der nur der Vater ihrer Kinder war, kam als Rentner aus Amerika zurück.

Den Küchenherd hat er auch mitgebracht. Mehr weiß ich nicht. Der Herd ist aber immer noch in der Küche. Groß. Amerikanisch eben.

Nun liegt sie da und ist eigentlich schon weg.

Ich glaube, sie hat uns schon verlassen.

Ich stehe da und starre auf ihre Hände.

Obwohl sie unbewegt und vielleicht zum ersten mal in ihrem Leben nichtstehend übereinander gefaltet ruhen, sind sie das Lebendigste im ganzen Raum.

Keine Falten.

Dass ihre Finger und Gelenke so feingliedrig sind, habe ich bisher nicht bemerkt.

Und so zart. Weiche, glatte Haut.

Wie können sie so ruhig da liegen, diese Hände, nach dem sie in ihrem Leben so vieles tun mussten:

Kochen,

Backen,

Putzen,

Waschen,

Bügeln,

Nähen,

Stricken,

Häkeln,

Sticken,

Spinnen,

Federn schleißeln,

Feldarbeiten,

Gartenarbeiten,

Kühe melken,

Hühner und Gänse rupfen,

Heu sammeln,

Holz sägen, stapeln, hacken,

Wände streichen,

Schinken, Speck und Würste räuchern

Einkochen,

Käse und Butter herstellen,

Blüten, Früchte, Kräuter sammeln, Tees herstellen,

Kinder pflegen, erziehen,

Eltern pflegen...

Wie viele Arbeiten, wie viele Berufe?

Diese Hände. Frauenhände.

Ich kann sie mir nicht in der Liebesumarmung vorstellen. Geschlungen um den Hals ihres Mannes, der nie da war.

Gearbeitet haben sie. Bis zuletzt.

Weil, vergangene Woche habe sie noch den Kuhstall gemistet.

Mit diesen lebendigen Händen.

Ich fühle den stechenden Schmerz in den Augen und warme Tränen im Gesicht.

Ich traue mich nicht, ihr zu sagen, wie leid es mir tut, dass sie gehen muss.

Ihr Kopf ruht auf dem Kissen, das sie selbst genäht und bestickt hat.

Neben dem Bett die Hauspantoffeln, die sie selbst hergestellt hat.

Auf dem Boden neben dem Bett der Teppich, den sie selbst gewebt hat.

Auf dem Tisch...

Scheiße.

Das Leben war so ungerecht zu ihr.

Autorinnen

Hanna Behrend

Dr. phil., unterrichtete englische Sprache und Literatur an der Hochschule für Ökonomie und an der Humboldt-Universität zu Berlin, leitete Projekte zur englischen Arbeitsliteratur, zu feministischer Theorie und zur Literatur schwarzer Schriftstellerinnen, seit 1994 Herausgeberin der Schriftenreihe „Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft“.

Petra Bläss

MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Frauenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion.

Brigitte Bleibaum

Dr. phil., Diplomlehrerin für Kunsterziehung und Geschichte. Langjährige Tätigkeit als Lehrerin und Museumspädagogin. Seit 1975 Forschungen auf den Gebieten der Lebensweise und Lebensqualität an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin(Ost).

Anneliese Braun

Prof. Dr. sc. oec., arbeitete bis 1990 am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, forscht zu arbeitsmarkt-, sozial- und frauenpolitischen Fragen, beschäftigt sich mit feministischen Positionen und nichtpatriarchalen Alternativen.

Petra Drauschke

Dr. phil. habil., Ostsozialisation, Sozialwissenschaftlerin, diverse Forschungen zu Familien, z.Zt. Projekt: Identitäten im Grenzraum.

Carola Möller

Dr.rer.pol., Sozialwissenschaftlerin, als Forscherin und Publizistin freiberuflich tätig in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Sozial-, Frauenpolitik und alternative Ökonomie.

Petra Müller

Dipl. Volkswirtin, Soziologin, Sozialwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Ökonomie, Finanzwissenschaften, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie „Frauenfragen“. Seit 1989 Koordinatorin des Frauenforums Ökonomie & Arbeit.

Gisela Notz

Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, arbeitet als wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, berufliche Bildung, Forschungen zu bezahlt und unbezahlt geleisteter Arbeit sowie: historische Frauenforschung.

Teresa Orozco

Dr. phil., mexikanische Lehrbeauftragte an der FU Berlin. Z.Zt. Habilitation über Männlichkeitskonstruktionen in der politischen Theologie Carl Schmitts. Arbeitsgebiete: Politische- und Sozialphilosophie, Hermeneutik und feministische Theorie.

Mira Renka

Sozialpädagogin, ist 1967 in die BRD eingewandert und arbeitet heute in einem Frauenprojekt für Frauen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien in Berlin, arbeitet zudem freiberuflich als Autorin auf sozialwissenschaftlichem Gebiet.

Frauenforum Ökonomie & Arbeit

EINE KURZE SELBSTDARSTELLUNG

1989 haben sich Ökonominnen, Sozialwissenschaftlerinnen und am Thema interessierte Frauen zum Frauenforum Ökonomie & Arbeit zusammengeschlossen.

Derzeit, im September 2000, sind wir ca. 70 Frauen, je zur Hälfte aus Ost- und Westdeutschland.

Das Frauenforum Ökonomie & Arbeit bemüht sich um die Verbindung von Theorie und Praxis, von Aktualität und "Geschichte", von Makro- und Mikroökonomie, von Weltwirtschaft und Subsistenz, von Persönlichem und Politischem... .

Analysiert und aus feministischer Sicht hinterfragt werden nationale und internationale Wirtschaftsprozesse, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken ebenso wie Überlegungen zu einer "alternativen Ökonomie". Überlegungen zum bedarfsorientierten, vorsorgenden Wirtschaften oder zur Neubewertung von "Arbeit" stehen ebenso auf unserer Agenda wie die Analyse zu Finanzmärkten und "New Economy".

Es gibt wohl kaum eine themenbezogene (und auch politisch agierende) feministische Arbeitsgruppe, die so lange und v.a. effizient auf BRD-Ebene und europaweit agiert und vernetzt ist. Dank seiner kompetenten und aktiven Mitfrauen, seiner nationalen und internationalen Seminare sowie seiner Publikationen hat sich das Frauenforum im Laufe der letzten 11 Jahre zweifelsohne zu einem Fachgremium auf wirtschafts- und sozialwissenschaftlichem Gebiet entwickelt. Es hat mittlerweile ca. 40 nationale und internationale Seminare veranstaltet und entsprechende Publikationen herausgegeben.

Für 2001 sind weitere Seminare und Veröffentlichungen in Planung.

Vier Veröffentlichungen von Forumsfrauen sind im Trafo-Verlag erschienen.¹

Frauenforum Ökonomie & Arbeit im September 2000

Koordinatorin:

Dipl. Volkswirtin Petra Müller

Kastanienallee 10, 38102 Braunschweig,

Tel.: 0531/77028, Fax: 0531/790751/ e-mail: p.mueller-gusti@gmx.de

¹ Möller, C. u.a.: Wirtschaften für das gemeine Eigene, Berlin 1997

Braun, A.: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Berlin 1998

Bleibaum, B. u.a.: Die Arbeit als Menschenrecht im 21. Jahrhundert. Berlin 2000

Stolzenburg, M. u.a.: Jahrhundertfrauen, Berlin 2000

Hg. jeweils: H. Behrend